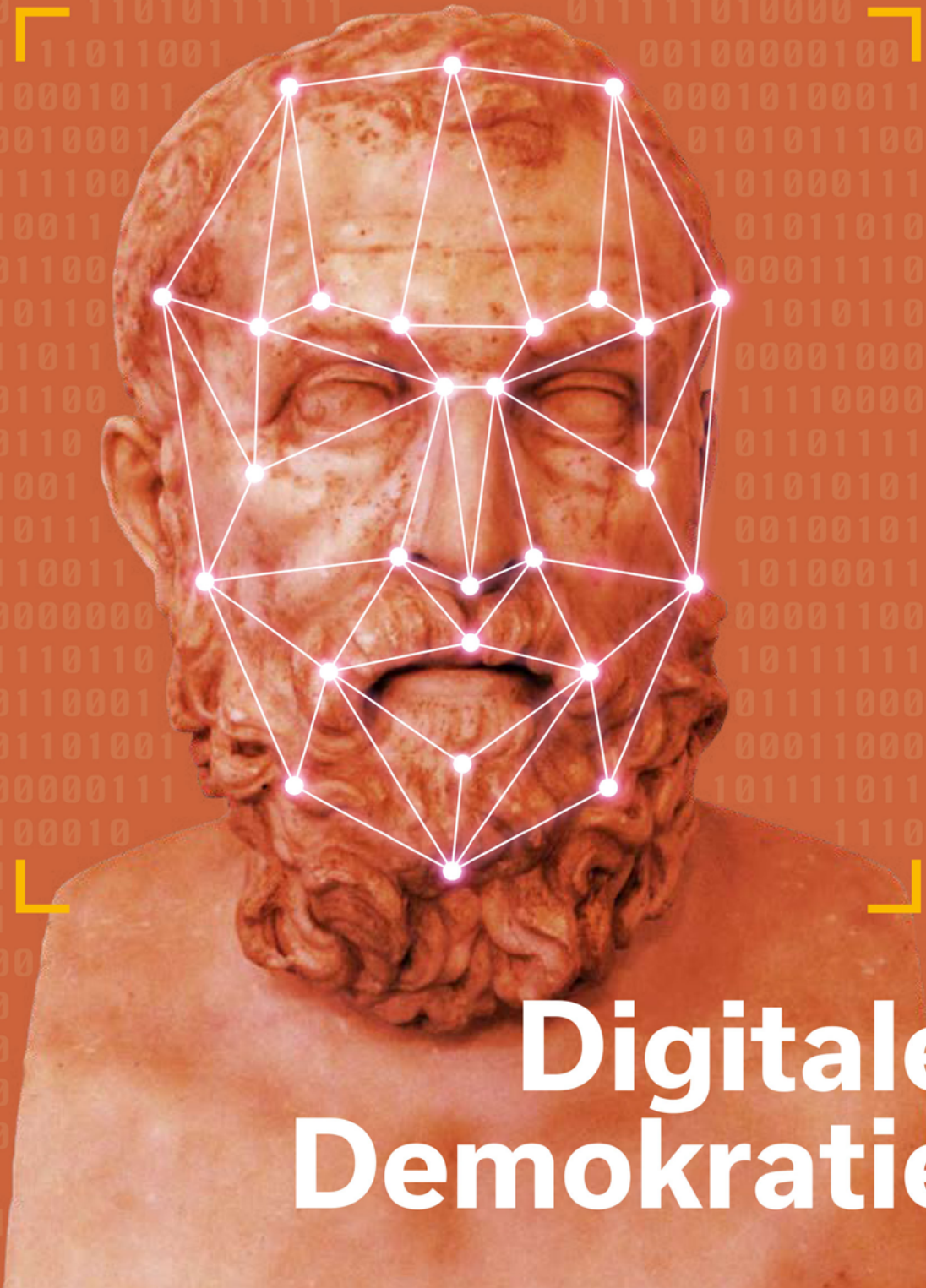


# AUSLANDSINFORMATIONEN



# Digitale Demokratie



# AUSLANDSINFORMATIONEN

1 | 2020

Liebe Leserinnen und Leser,

die rasante technologische Entwicklung der letzten Jahrzehnte bietet viele Chancen, stellt uns aber auch vor neue Herausforderungen – politisch, gesellschaftlich und zuweilen auch privat. Gerade auf internationaler Ebene müssen strategische Fragen für die politische Gestaltung der digitalen Zukunft mitgedacht werden. Denn in einem hypervernetzten Zeitalter ist die strikte technologische Entflechtung verschiedenster staatlicher und nichtstaatlicher Akteure kaum mehr möglich. Globalisierte Waren-, Dienstleistungs-, Kommunikations- und Datenströme prägen die Welt.

Wie gehen wir dann aber mit Staaten um, die in globale Wirtschaftskreisläufe eingebunden sind und eine beachtliche Innovationskraft vorweisen können, gleichzeitig aber gesellschaftlich und politisch restriktiv sind? Länder wie China zeigen, dass technologische Entwicklung auch in einem Umfeld stattfinden kann, das von politischer Unfreiheit geprägt ist. „Autoritär“ und „innovativ“ scheint kein Widerspruch zu sein. Wie können wir in so einem Umfeld die Möglichkeiten des digitalen Zeitalters nutzen, um eine nachhaltige digitale Zukunft zu schaffen, die Chancengleichheit und Demokratie weltweit stärkt? Um diese Frage zu beantworten, bauen die Vereinten Nationen auf transnationale und transinstitutionelle Zusammenarbeit. Zu einer Wachstumsgrundlage für alle wird technologischer Fortschritt nur durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit, betont Fabrizio Hochschild, Untergeneralsekretär bei den Vereinten Nationen.

Die Chancen und Risiken des digitalen Zeitalters zeigen sich gerade in Afrika südlich der Sahara. Das Internet und insbesondere die sozialen Medien bieten dem Kontinent mit großen demokratischen Defiziten neue Möglichkeiten für bürgerschaftliche Teilhabe, Transparenz und freien Informationszugang. Doch zur anfänglichen Euphorie mit Blick auf das emanzipatorische Potenzial sozialer Medien gesellt sich immer mehr Skepsis, wie Mathias Kamp schreibt. Zu offensichtlich sind die Schattenseiten, wie die Verbreitung von Hass und Falschmeldungen im Netz. Dabei verstehen es autoritäre Regierungen in Afrika immer besser, soziale Medien für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

In demokratischen Staaten kann die digitale Transformation dagegen genutzt werden, um eingestaubte Bürokratieapparate zu entschlacken, Arbeitsabläufe zu vereinfachen und die wirtschaftliche Attraktivität eines Landes zu steigern. Eine solche bessere Vernetzung von Bürgern, Wirtschaft und Staat strebt die neue griechische Regierung an, wie Henri Giscard Bohnet und Martha Kontodaimon beschreiben. Das von der Finanzkrise gezeichnete Land ist bestrebt, im digitalen Sektor aufzuholen.

China zeigt, wie technologische Innovation im digitalen Bereich mindestens ebenso effektiv durch autoritäre Systeme genutzt werden kann. Am Beispiel der High-tech-Autorität China diskutiert Sebastian Weise, wie sich freie Demokratien der Herausforderung von Innovation im illiberalen Kontext stellen können.

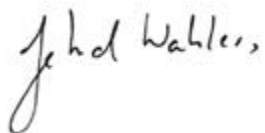
Teil der digitalen Transformation ist die Entwicklung von Kryptowährungen. Dabei sind sowohl staatliche als auch zunehmend nichtstaatliche Akteure involviert. Jason Chumtong analysiert die unterschiedlichen Gründe und mögliche Auswirkungen der Einführung von digitalen Währungen wie Libra, E-Krona und digitalem Yuan. Wie erfolgreich diese Initiativen sein werden und ob sie sich tatsächlich zu Alternativen zum etablierten Währungssystem entwickeln, wird sich erst in Zukunft zeigen.

Modernste Technologien stellen dann eine Bedrohung dar, wenn sie zur politischen Manipulation genutzt werden. Das zeigt sich deutlich am Beispiel von Deepfakes, wie Hans-Jakob Schindler im Interview mit Nael Semaan schildert. Die Verbreitung von Fake News als politisches Instrument ist längst Thema im politischen Diskurs. Dabei gilt es auch auf technologische Neuerungen zu reagieren, die das Potenzial von Desinformationskampagnen fortlaufend erweitern und somit unsere innere Sicherheit bedrohen.

Digitalisierung zeichnet weltweit ein ambivalentes Bild. Technologische Innovation baut nicht per se auf liberalen Werten auf. Digitalisierung ist vielmehr ein Instrument, das in den Dienst jeder erdenklichen (ordnungs-)politischen Idee gestellt werden kann. Um Hightech-Autokratien etwas entgegenzusetzen, ist die aktive Gestaltung, Weiterentwicklung aber auch ordnungspolitische Regulierung des digitalen Zeitalters im Sinne freiheitlich liberaler Werte zwingend notwendig. Deutschland muss sich hier aktiv einbringen und digitale Innovationen fördern, um nicht von der „digitalen Welle“ überrollt zu werden. Denn das Verhältnis von Technologie und Ideologie wird uns auch in den nächsten Jahren zunehmend beschäftigen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr



---

**Dr. Gerhard Wahlers** ist Herausgeber der Auslandsinformationen (Ai), stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung ([gerhard.wahlers@kas.de](mailto:gerhard.wahlers@kas.de)).

# Digitale Demokratie



6 ●  
Digitale Zusammenarbeit –  
Eine Chance für nachhaltige Entwicklung  
[Fabrizio Hochschild](#)

18 ●  
Wer hat die Hoheit im Netz?  
Soziale Medien und Demokratie in Afrika  
[Mathias Kamp](#)

29 ●  
Digitale Demokratie in der Praxis  
Wie Griechenland mit Europa gleichziehen will  
[Henri Giscard Bohnet](#) / [Martha Kontodaimon](#)

40 ●  
Invented in China  
Hochtechnologie im Dienste des Illiberalismus  
[Sebastian Weise](#)

52 ●  
E-Währung  
Das digitale Geld für den digitalen Staat  
[Jason Chumtong](#)

64 ● *Im Gespräch*  
Die Demokratisierung von Deepfakes  
Wie technologische Entwicklung unseren  
gesellschaftlichen Konsens beeinflussen kann  
Ein Interview mit [Hans-Jakob Schindler](#)



## WEITERE THEMEN

74 ●

### Zwischen Jurten und Wolkenkratzern

In der Mongolei ringt die Jugend mit  
einer korrupten Elite

[Johann C. Fuhrmann](#)



Quelle: © Kai Pfaffenbach, Reuters.

Digitale Demokratie

# Digitale Zusammenarbeit – Eine Chance für nachhaltige Entwicklung

Fabrizio Hochschild



In der heutigen komplexen digitalen Welt sehen wir enorme Vorteile der digitalen Technologien, die in den nächsten Jahren eine immer größere Rolle für nachhaltige Entwicklung spielen werden. Natürlich erleben wir auch Risiken und Herausforderungen bei dem schnellen Ausbau dieser Technologien. Diese Herausforderungen können nicht länger von einzelnen Organisationen oder Ländern bewältigt werden. Vielmehr hängt die Antwort auf diese Herausforderungen von der Kooperation zwischen verschiedenen Gruppen, Bereichen, Interessenvertretern und Ländern ab.

---

### **Das digitale Zeitalter, in dem wir leben**

Auf den Tag genau fünfzig Jahre nach der ersten Internetübertragung erlebt die Welt durch die Evolution der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in allen Lebensbereichen eine exponentielle Transformation. IKT haben die Wirtschaft und Gesellschaft bereits grundlegend verändert und auch in naher Zukunft werden disruptive Innovationen und Veränderungen erwartet. Ein höherer Grad der Digitalisierung wird neue Möglichkeiten für die globale Entwicklung schaffen und Auswirkungen auf die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen haben.

Technologische Entwicklungen ergeben sich mit einer nie zuvor dagewesenen Geschwindigkeit. Das steigende Tempo der Veränderung lässt sich an folgendem Beispiel verdeutlichen: Es dauerte 50 Jahre, bis die ersten 50 Millionen Telefonanschlüsse gelegt wurden, sieben Jahre, um die gleiche Anzahl an Internetanschlüssen zu erreichen, und nur drei Jahre, bis 50 Millionen Nutzer bei einer Social-Media-Plattform angemeldet waren.<sup>1</sup> Heute gibt es weltweit mehr Mobilfunkverträge als Menschen und insgesamt etwa 4,1 Milliarden Internetnutzer.<sup>2</sup>

Das Potenzial des Internets wird dann vollends ausgeschöpft sein, wenn wir in der Lage sind, es als globale Ressource und öffentliches Gut zu kultivieren, das offen, inklusiv, zuverlässig, robust, sicher und vertrauenswürdig ist. Durch seine

Evolution ist das Internet zu einem entscheidenden Teil unseres Lebens geworden und hat eine wichtige Rolle beim sozialen, wirtschaftlichen und ökologisch nachhaltigen Fortschritt übernommen. In einer Welt, in der wir erwarten, überall und jederzeit vernetzt zu sein, und über künstliche Intelligenz, Biotechnologie, Materialforschung und Robotik sprechen, ist es bemerkenswert, wie viel Fortschritt bereits erreicht wurde und wie viel mehr zum menschlichen Wohlergehen beigetragen werden kann.

IKT prägen unsere Geschichte und entwickeln sich mit uns, stellen uns gleichzeitig aber auch vor neue Bedrohungen, Risiken und politische Herausforderungen. Die Cyberkriminalität entwickelt sich weiter, wird zielorientierter, hat mehr Einfluss auf physische Systeme und untergräbt zunehmend das gesellschaftliche Vertrauen. Zudem besteht das Risiko, dass der Missbrauch digitaler Technologien zu wachsender Diskriminierung und Verletzung zahlreicher Menschenrechte führen wird. Auch Befürchtungen zu ethischen und sozialen Folgen der entstehenden Technologien werden lauter und der Druck steigt, effektive und innovative Modelle zur Kontrolle der neuen Wissenschaften und Technologien zu entwickeln.

All diese Herausforderungen sind länder- und auch institutionsübergreifend, sodass keine einzelne Regierung oder Institution sie bewältigen kann. Dies ist nur durch internationale Zusammenarbeit angebar. Erfolgreiche internationale Zusammenarbeit setzt einen soliden

Prozess der digitalen Kooperation zwischen Regierungen, Privatsektor, insbesondere Technologieunternehmen, Forschungseinrichtungen, der akademischen Welt, der Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen voraus.

Um diesen Themenkomplex zu verdeutlichen, wird der vorliegende Beitrag in zwei Teile unterteilt: Der erste Teil „Die digitale Gesellschaft, die wir schaffen“ behandelt digitale Inklusion, digitale Kapazitäten und *Digital Governance*. Der zweite Teil „Die digitale Zusammenarbeit, die wir respektieren“ stellt die Empfehlungen der Hochrangigen Gruppe zur digitalen Zusammenarbeit und die anhaltenden Bemühungen der VN vor, diesen nachzukommen. Eine Zusammenfassung erfolgt sodann im Abschnitt „Eine bessere digitale Kooperation für eine bessere nachhaltige Entwicklung“.

## Die digitale Gesellschaft, die wir schaffen

### *Digitale Inklusion*

Aktuelle Daten aus dem Jahr 2019 zeigen, dass die Internetnutzung weltweit immer weiter zunimmt. Zwischen 2005 und 2009 lag das Wachstum im Durchschnitt bei ca. zehn Prozent jährlich, sodass heute 4,1 Milliarden Menschen, also etwa 53,6 Prozent der Weltbevölkerung, das Internet nutzen.<sup>3</sup> Doch ungefähr 3,6 Milliarden Menschen sind immer noch offline und haben keinen Zugang zum Wissensschatz des Internets. In Entwicklungsländern ist die Situation noch extremer – hier sind über 80 Prozent der Bevölkerung noch nicht vernetzt. Auch innerhalb der Länder herrscht eine digitale Kluft: Männer, Stadtbewohner und junge Menschen sind häufiger vernetzt als Frauen, Landbewohner und ältere Menschen, was die Ungleichheit in der Gesellschaft verstärkt.

Da das Internet zu einem unverzichtbaren Werkzeug in unserem Alltag geworden ist, ist es umso wichtiger, unsere Bemühungen zu verstärken, die ganze Welt zu vernetzen und ein Umfeld zu schaffen, das die nötigen Investitionen in die Infrastruktur, die Anwendungen und die Dienstleistungen ermöglicht. Für den

Aufbau einer integrativen digitalen Gesellschaft sind technologische Lösungen unerlässlich, aber nicht ausreichend. Auch anhaltende und einheitliche Bemühungen der Interessenvertreter aus allen Bereichen sind nötig. Eine Erweiterung des Zugriffs auf die digitale Infrastruktur in Zusammenhang mit unterstützenden Regulierungsrahmen aus der Politik beispielsweise würde Unternehmen und Interessenvertreter dazu befähigen, an der digitalen Wirtschaft teilzunehmen, sowie Ländern die Möglichkeit bieten, ihren wirtschaftlichen Wohlstand zu vergrößern und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

## Um alle Menschen weltweit nachhaltig zu vernetzen, sind sowohl technische als auch regulatorische Maßnahmen gefragt.

---

Zahlreiche Initiativen unterstützen die laufenden Bemühungen, die „Unvernetzten“ zu vernetzen. Ein einleuchtendes Beispiel ist die Nutzung neuer Technologien – *High-Throughput*-Satelliten (HTS)<sup>4</sup>, massive nicht-geostatische Satellitenkonstellationen (NGSO)<sup>5</sup> und Höhenplattformen (HAPS)<sup>6</sup> zur Kommunikation im Weltall und in der Hochatmosphäre. Alle Menschen miteinander zu vernetzen erfordert sowohl technologische als auch regulatorische Lösungen. Die Omnipräsenz, Zuverlässigkeit und verbesserte Leistungsfähigkeit dieser Technologien wird den Anschluss ländlicher und abgelegener Regionen erweitern. Die unterstützenden regulatorischen Neuerungen, Änderungen und Lösungen, wie die auf der Welt-Radiokommunikations-Konferenz (WRC-19)<sup>7</sup> genehmigten zusätzlichen Radio-Frequenzbänder für HAPS, sollen nun konsequent mit der technologischen Entwicklung Schritt halten, um die Welt weiter zu vernetzen.

### *Digitale Kapazitäten*

Wir leben bereits in einem digitalen Zeitalter, in dem sich täglich neue Möglichkeiten ergeben

und Herausforderungen entstehen. Die IKT stellen vor allem Menschen benachteiligter Gruppen Informationen sowie Wissen zur Verfügung und unterstützen sie bei der Wahrung ihrer Rechte im digitalen Raum. In einer immer stärker vernetzten Welt sind wir nicht nur die Nutznießer, sondern auch die treibende Kraft hinter den neuesten Innovationen und Methoden. Dieser Wunsch nach neuem Wissen, neuem Know-how und neuen Fähigkeiten gibt denjenigen, die lernen und sich schnell anpassen können, die Möglichkeit, sich einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen zu verschaffen.

## Mit dem digitalen Banking wurde der technologische Enthusiasmus auf dem afrikanischen Kontinent entfacht.

---

Digitale Kapazitäten sind auch auf organisatorischer, nationaler und regionaler Ebene wichtig, da IKT bereichsübergreifend ein wichtiger Wegbereiter für Wachstum und Entwicklung sind. Der Einstieg einkommensschwacher Länder in die digitale Wirtschaft wird auch lokale Innovationen und Forschungen vorantreiben. Neue Technologien wie KI, das sogenannte Internet der Dinge (IoT), 5G und ausgereifte mobile Techniken können Erwerbstätigkeit und Geschäftsmöglichkeiten verbessern sowie den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, von der Bildung über Krankenhäuser bis hin zur Abfallwirtschaft, bereichern. Afrika nutzt den technologischen Wandel und überspringt die IKT-Entwicklung, indem es ein mobiles Breitbandnetz sowie den Zugriff auf wichtige Informationen und Dienstleistungen bereitstellt. Ein Großteil des Fortschritts wird durch Digitalisierung und E-Commerce angetrieben. Die Digitalisierung der Finanzen, z. B. durch M-PESA<sup>8</sup>, bietet Niedrigverdienern und Bewohnern ländlicher Regionen einen Zugang zu Dienstleistungen, den es vorher so nicht gab. Zudem hat dies den technologischen Enthusiasmus auf dem afrikanischen Kontinent entfacht: Die Menschen

denken darüber nach, was Afrika in anderen Bereichen wie Bildung, Gesundheitswesen, Verkehr und Landwirtschaft erreichen könnte.

Doch die mangelnden digitalen Kapazitäten sind ein großes Hindernis auf dem Weg zur Vernetzung und die vorhandenen Lücken werden durch eine ungleichmäßige Verteilung von Wissen und Expertise vergrößert. Sogar dort, wo der Internetzugang möglich und erschwinglich ist, wird zusätzliche Unterstützung benötigt, um Menschen zu stärken, die gegebenenfalls unter Ausschluss und Diskriminierung leiden. Um dieses entscheidende Ziel zu erreichen, müssen digitale Strategien auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene die besonderen Anforderungen der Menschen beachten und deren Einbindung in die digitale Gesellschaft gewährleisten. Investitionen in eine Infrastruktur für erschwinglichen Internetzugang und die Bereitstellung von digitaler Bildung könnten etwa einen zweigleisigen Ansatz zur Vernetzung darstellen.

Innerhalb des VN-Systems wurde ein potenziell wegweisendes Projekt mit dem Namen „Gavi for Gigabytes“, kurz GIGA, ins Leben gerufen, das von UNICEF und der International Telecommunication Union (ITU) angeführt wird.<sup>9</sup> Ziel dieses Projekts ist es, alle Schulen an das Internet anzuschließen und vor allem junge Menschen mit den Informationen, Chancen und Auswahlmöglichkeiten der digitalen Technologien zu versorgen. GIGA wird auf dem Ausschreibungsmodell für den Privatsektor der Impfallianz GAVI aufbauen, um einen Plan aller Schulen weltweit zu entwerfen und diese dann bis 2030 an das Internet anzuschließen. Das Projekt soll junge Menschen vernetzen, die durch Armut, geografische Lage, Mangel an Fähigkeiten oder andere Umstände von der digitalen Gesellschaft ausgeschlossen sind. Es ist dies ein ambitioniertes Vorhaben, das anhaltende und einheitliche Mühen vieler Interessenvertreter erfordern.

### *Digital Governance*

Digitale Technologien haben die demokratische Teilhabe am Alltagsleben verstärkt, globale Kommunikationsnetze ermöglicht und dazu

beigetragen, Informationen zu Entwicklungszwecken zugänglicher zu machen. Mithilfe des E-Governments können staatliche Behörden weltweit effizienter arbeiten, bessere Dienstleistungen anbieten, den Forderungen nach mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht besser nachkommen sowie inklusiver handeln. Die neue Generation digitaler Technologien wie IoT, KI und hochentwickelte Mobiltechnologien werden noch weitere Möglichkeiten bieten, die Lebensqualität der Menschen zu verbessern sowie transformative Änderungen in die Funktionsweise unserer Wirtschaft und Gesellschaft mit sich bringen.

Doch diese Technologien wurden bisher größtenteils in einem Umfeld minimaler oder fehlender Kontrolle entwickelt. Dies liegt unter anderem daran, dass in einem Bereich, der der industriellen Entwicklung durchaus ähnelt, Kontrollen und Regulierungen oft als Bedrohung für Innovation gesehen werden. In einer zunehmend digitalen Welt, die neue Gefahren und Schwachstellen für die IKT-Infrastruktur, verschiedene Systeme, Software und Daten mit sich bringt, beschäftigen wir uns immer stärker mit der Cybersicherheit. Doch neben dieser müssen auch die Standards der Menschenrechte und globale Absicherungsmaßnahmen in aufstrebenden Technologien wie der KI, autonomen Waffen und biometrischen Sensoren thematisiert werden. Vor allem die ethischen und juristischen Konsequenzen in Bereichen der Privatsphäre, der Rechenschaftspflicht und des Datenschutzes sind immer häufiger Diskussionsgegenstand.

In einigen Bereichen ist zu beobachten, dass dort, wo internationale Normen und Regulierungen fehlen, Teile des Privatsektors eigene Richtlinien einführen,<sup>10</sup> die auf deren Expertise in digitalen Technologien basieren. Bei diesem Modell gibt es jedoch weniger Rechenschaftspflicht als bei Regulierungen, die von staatlichen Behörden oder öffentlichen Funktionsträgern auferlegt werden. Insofern scheint der Privatsektor seine Meinung schrittweise zu ändern: Statt der Aussage „Regulierungen schränken Innovation ein“ kommt nun der Wunsch nach schnellen, anwendbaren und intelligenten Regulierungen



auf, sodass einige Länder angefangen haben, digitale Regulierungsrahmen für aufstrebende Technologien aufzustellen.<sup>11</sup> Der Staat sollte zusammen mit dem Privatsektor daran arbeiten, die Zeit ohne Regulierungen zu überbrücken und effektive sowie innovative Regulierungsmodelle zu entwickeln.

Aus den Erfahrungen vom Weltgipfel zur Informationsgesellschaft<sup>12</sup> haben wir gelernt, dass bei der Kontrolle neuer Technologien auch Themen des öffentlichen Interesses wie umfassende juristische, wirtschaftliche, entwicklungsbezogene und soziokulturelle Aspekte bedacht werden müssen. Um etwa die öffentliche Sicherheit besser zu schützen, bedarf es



Inklusion in digitale Gesellschaften: Investitionen in eine Infrastruktur für erschwinglichen Internetzugang und digitale Bildungsangebote könnten einen zweigleisigen Ansatz zur Vernetzung darstellen. [Quelle: © Bobby Yip, Reuters.](#)

zudem ergänzender nationaler, regionaler und internationaler Prinzipien und Richtlinien. Im VN-System werden aus diesem Grund viele wichtige Initiativen, Foren und Diskussionen in die Wege geleitet: die Expertengruppe der Regierung (GGE), die offene Arbeitsgruppe (OEWG), die VN-Generalversammlung, das Multi-Stakeholder-Forum für Wissenschaft, Technologie und Innovation (STI Forum), die Kommission für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung (CSTD) und der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS).

Zusätzlich wurde 2018 eine besondere Initiative durch den VN-Generalsekretär einberufen: die

Hochrangige Gruppe für digitale Zusammenarbeit.<sup>13</sup> Sie soll den weltweiten Dialog darüber vorantreiben, wie die Zusammenarbeit mit dem Ziel, das Potenzial der digitalen Technologien umzusetzen, um den Wohlstand der Menschen weltweit zu verbessern und die digitalen Risiken einzudämmen, aussehen könnte. Die Gruppe ist die erste des VN-Generalsekretärs, in der ausschließlich Mitglieder des Privatsektors sitzen. Sie kam durch die Empfehlung von Experten zustande, die gemeinsamen Bemühungen zum Aufbau einer digitalen Zusammenarbeit für eine nachhaltige Entwicklung zu verstärken. Weitere Einzelheiten zu den Aktivitäten der Hochrangigen Gruppe für digitale Zusammenarbeit folgen im nächsten Teil des Beitrags.

## **Die digitale Zusammenarbeit, die wir respektieren**

### *Empfehlungen der Hochrangigen Gruppe*

Im Juni 2019 versuchte die Hochrangige Gruppe für digitale Zusammenarbeit des VN-Generalsekretärs, einige der wichtigsten Fragen zur digitalen Transformation in ihrem Bericht mit dem Titel „The Age of Digital Interdependence“ zu beantworten.<sup>14</sup> Der Bericht spricht die folgenden fünf thematischen Empfehlungen aus, die die Notwendigkeit zur Schließung der digitalen Lücke, zur Erhöhung der menschlichen und institutionellen Kapazitäten, zur Anerkennung der Menschenrechte im digitalen Kontext, zur Schaffung von Cybervertrauen, Sicherheit und Stabilität sowie zur Entwicklung einer neuen globalen Architektur für digitale Zusammenarbeit betonen.<sup>15</sup>

#### *1. Eine inklusive digitale Wirtschaft und Gesellschaft aufbauen*

„[1A] Wir empfehlen, dass bis 2030 jeder Erwachsene bezahlbaren Zugang zu digitalen Netzwerken und digitalen Finanz- und Gesundheitsdienstleistungen hat, wodurch ein erheblicher Beitrag zur Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) geleistet würde.“

Das Ziel ist somit, dass jeder, auch derjenige mit Beeinträchtigungen, bis 2030 Zugang zum Internet hat. Dieses muss stabil, bezahlbar, schnell und in allen Sprachen verfügbar sein, da das Netz zum Einstiegspunkt für E-Commerce, Unternehmertum sowie für Bildungs- und Trainingsprogramme geworden ist. Der Zugang zum Internet kann digitale Kompetenzen ermöglichen und Menschen dabei helfen, sich im Laufe ihres Lebens umzuschulen und weiterzubilden. Vor allem in diesem Bereich kommt der digitalen Inklusion benachteiligter Gruppen eine Schlüsselfunktion zu, da sie Zugang zu bisher nicht ausgeschöpften Ressourcen für wirtschaftliches Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit bietet. Dazu gehört auch eine digitale Plattform für öffentliche Güter, auf der Datensätze gebündelt werden können – Daten, die Regierungen, Organisationen und der Zivilgesellschaft helfen

können, sich besser auf Klimakatastrophen und ihre Folgen vorzubereiten, Städte beim Aufbau eines besseren Verkehrsnetzes unterstützen oder Behörden zeigen können, wie eine allgemeine und bezahlbare Gesundheitsversorgung zur Verfügung gestellt und anhaltende Ungerechtigkeit bekämpft werden kann.

#### *2. Menschliche und institutionelle Kapazitäten entwickeln*

„[2] Wir empfehlen die Einrichtung regionaler und digitaler Beratungsstellen, die Regierungen, der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor dabei helfen, digitale Themen zu verstehen sowie Kapazitäten für die Zusammenarbeit im Bereich der sozialen und wirtschaftlichen Folgen der digitalen Technologien zu entwickeln.“

Wie im Bericht der Hochrangigen Gruppe dargestellt, sollte die digitale Kooperation auf gemeinsamen Werten beruhen. Hierzu zählen Inklusion, Respekt, Menschenrechte, Völkerrecht, Transparenz und Nachhaltigkeit. Einige der großen Herausforderungen, mit denen Regulatoren, Konsumenten und Privatsektor gleichermaßen zu kämpfen haben, basieren auf fehlenden Ansatzpunkten für eine digitale Kooperation und den Austausch von Wissen. Erschwerend hinzu kommt das nur rudimentäre Verständnis der digitalen Technologien und ihrer Auswirkungen. In dieser Sache werden digitale Beratungsstellen die Regierungen, die Zivilgesellschaft und den Privatsektor in zweierlei Hinsicht unterstützen – digitale Themen zu verstehen und die Kapazitäten zu entwickeln, die sozialen sowie wirtschaftlichen Folgen der digitalen Technologien zu steuern. Die Stellen werden vor allem beim Abbau der digitalen Kluft, bei den Herausforderungen in der Frage der Kontrolle, beim Aufbau von Möglichkeiten sowie beim Einbezug von Talenten und Investitionen in die Infrastruktur helfen.

Die digitalen Beratungsstellen könnten zudem dabei helfen, Daten zu sammeln, bewährte Methoden zu teilen, Trends zu überwachen und Daten zu digitalen Richtlinien zur Verfügung zu stellen. Einige Regierungen und regionale Organisationen fordern diese Beratungsstellen bereits,

da sie sehen, welche Vorteile diese bei der Entwicklung digitaler Richtlinien zur Kapazitätsentwicklung und bei der Erarbeitung tragfähiger Ansätze zu Investitionen in die IKT-Infrastruktur bieten. Eine Möglichkeit, diese Empfehlungen umzusetzen ist es, auf den vielen bereits bestehenden Initiativen zur digitalen Beratung auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene aufzubauen und somit den Kapazitätsaufbau sowie die gegenseitige Unterstützung im Bereich der Digitalpolitik nachhaltig auszubauen.

### *3. Menschenrechte und menschliches Handeln schützen*

„[3A] Angesichts der Tatsache, dass die Menschenrechte auch in der digitalen Welt gelten, fordern wir den VN-Generalsekretär dazu auf, in allen Bereichen zu überprüfen, inwieweit bestehende Menschenrechtsvereinbarungen und -standards auf neu entstehende digitale Technologien übertragen werden können.“

Zum einen fordert die Hochrangige Gruppe dazu auf, angesichts der Tatsache, dass die Menschenrechte auch in der digitalen Welt gelten, in allen Bereichen zu überprüfen, inwieweit bestehende Menschenrechtsvereinbarungen und -standards auf neu entstehende digitale Technologien übertragbar sind. Zum anderen fordern sie Social-Media-Unternehmen dazu auf, mit Regierungen, Organisationen der Zivilgesellschaft und Menschenrechtsexperten auf der ganzen Welt zusammenzuarbeiten, um die Sorgen über bestehende und potenzielle Menschenrechtsverletzungen zu verstehen und auf sie reagieren zu können. Außerdem schlagen sie vor, autonome, intelligente Systeme so zu entwerfen, dass sie etablierte Voreingenommenheiten nicht fortführen und die menschliche Verantwortung bewahren. Vor allem Entscheidungen über Leben und Tod sollten nicht an Maschinen delegiert werden. Der VN-Generalsekretär selbst hat zu einem Verbot tödlicher autonomer Waffensysteme aufgerufen.

Beispiele: Es sollten Standards und Prinzipien der Transparenz und Anti-Diskriminierung zu entstehenden Technologien vereinbart werden.

Bedenken sind hier unter anderem, dass KI-Entscheidungssysteme diskriminierende Voreingenommenheiten pflegen könnten, wie etwa jene, dass Algorithmen zur Hautkrebserkennung bei Menschen mit dunkler Haut weniger effektiv sind oder ein Ausschluss von Akzenten und Sprachen durch Spracherkennungstools stattfindet.

## **Digitale Sicherheit und Stabilität sind essenziell, um menschliches Wohlergehen sicherzustellen und die Steigerung nachhaltiger Entwicklung zu gewährleisten.**

---

### *4. Digitale Sicherheit, Stabilität und Vertrauen fördern*

„[4] Wir empfehlen den Entwurf einer weltweiten Verpflichtungserklärung zu digitaler Sicherheit und digitalem Vertrauen, um eine gemeinsame Vision zu gestalten, die Eigenschaften digitaler Stabilität zu bestimmen, über die Einführung von Normen für eine verantwortungsvolle Technologienutzung aufzuklären und diese zu stärken sowie Handlungsprioritäten vorzuschlagen.“

Dies ist vor allem deshalb wichtig, da die digitale und die physische Welt immer mehr miteinander verschmelzen. Wie bewahren wir unsere gemeinsamen Werte, Prinzipien und Übereinkünfte in einer Zeit wie dieser? Wie können wir verhindern, dass Vertrauen und Stabilität durch verantwortungslosen Gebrauch von Cyberressourcen abgeschwächt werden? Digitale Sicherheit und Stabilität sind essenziell, um menschliches Wohlergehen sicherzustellen und die Steigerung nachhaltiger Entwicklung zu gewährleisten. Der Appell für einen universalen Zusammenschluss zur Förderung von digitalem Vertrauen auf globaler Ebene ist daher hochaktuell. Hierbei kann auf zahlreiche bereits bestehende, aber untereinander unverbundene Initiativen in diesem Feld zurückgegriffen werden. Hinzu kommt, dass die Einbeziehung aller relevanten Stakeholder notwendig ist,





um effektive und wirksame Ergebnisse zu erzielen. Neben Regierungen müssen also auch weitere Hauptakteure aus der Technologiebranche und der Zivilgesellschaft hinzugezogen werden. Die Hochrangige Gruppe sieht in diesen kollektiven Bestrebungen die Möglichkeit, mittels vereinbarter Normen gesellschaftliche Kapazitäten zur Cybersicherheit und Widerstandsfähigkeit gegen Fehlinformationen aufzubauen und Unternehmen zu ermutigen, die Authentifikationspraktiken zu verstärken und transparenter zu machen.

#### 5. Weltweite digitale Zusammenarbeit

„[5A] Wir empfehlen, dass der VN-Generalsekretär einen agilen und offenen Gesprächsprozess zur Entwicklung aktualisierter Mechanismen für die weltweite digitale Zusammenarbeit ermöglicht und das 75-jährige Jubiläum der VN 2020 mit einer ‚Weltweiten Vereinbarungserklärung zur digitalen Zusammenarbeit‘ zur Wahrung gemeinsamer Werte, Prinzipien, Verständnisse und Ziele für eine bessere digitale Kooperationsarchitektur markiert.“

### Die internationale Zusammenarbeit zu digitalen Themen steckt noch in den Kinderschuhen.

In der Nachbereitung des Berichts hat der Generalsekretär den Wunsch geäußert, die Empfehlungen der Hochrangigen Gruppe mit Mitgliedstaaten und interessierten Akteuren zu besprechen. In diesem Zusammenhang werden Multistakeholder überregionale Round-Table-Gespräche mit Mitgliedstaaten, VN-Behörden, der Zivilgesellschaft, Experten und anderen relevanten Akteuren zur Umsetzung der Empfehlungen zu führen haben.<sup>16</sup> Die in diesen Gesprächen

präsentierten Beiträge sowie die in den Expertenrunden erarbeiteten Vorschläge werden in einen Aktionsplan einfließen, den der Generalsekretär im Frühjahr 2020 vorstellen wird.

#### Digitale Zusammenarbeit im 75. Jahr der Vereinten Nationen

2020 feiert die Welt das 75-jährige Jubiläum der Vereinten Nationen. Die Geschichte der VN ist eine Geschichte der internationalen Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Privatsektor, NGOs und internationalen Organisationen. Als globale Gemeinschaft stehen wir heute – bedingt durch digitale Technologien – vor Fragen und Herausforderungen zu Sicherheit, Gerechtigkeit und Menschenrechten. Doch leider befindet sich die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich noch in den Kinderschuhen. Durch das Wiederaufleben der Geopolitik und der Rivalitäten zwischen Großmächten ist zudem der Multilateralismus unter Beschuss, obwohl wir ihn gerade jetzt besonders brauchen. Die VN möchten ihr 75-jähriges Jubiläum dazu nutzen, im bisher größten globalen Gespräch („The Future We Want“) zu den aktuellen turbulenten Zeiten aufeinander zuzugehen, einander zuzuhören und voneinander zu lernen. Es liegt an uns, die Technologie und die digitale Zusammenarbeit als einen kritischen Teil dieses Gesprächs anzusprechen.

Aus den Empfehlungen der Hochrangigen Gruppe entwickelte der Generalsekretär drei Vorschläge<sup>17</sup>, die er beim Internet Governance Forum (IGF) 2019, das vom 25. bis 29. November in Berlin stattfand, vorstellte:

Erstens regte er an, das IGF zu einer Institution auszubauen. Entstanden ist es aus dem Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (World Summit on the Information Society), der umfassendsten, ausführlichsten und integrativsten Debatte zur Zukunft der Informationsgesellschaft. Im November 2005, während der zweiten Phase des WSIS, wurde das IGF ins Leben gerufen und sollte den Weg für internationale Diskussionen zu Nachhaltigkeit, Widerstandsfähigkeit, Sicherheit, Stabilität und Entwicklung des Internets ebnen. 2020 braucht das

← Den Code entschlüsseln: Wie bewahren wir unsere gemeinsamen Werte, Prinzipien und Übereinkünfte in einer Zeit wie dieser? Quelle: © Maxim Shemetov, Reuters.

IGF umsetzbare Ergebnisse und eine stärkere Einbeziehung junger Menschen, Frauen, Parlamentarier, Unternehmer und unterrepräsentierter Länder.

Zweitens schlug er vor, die Empfehlungen der Hochrangigen Gruppe zur digitalen Zusammenarbeit, vor allem zu der Möglichkeit einer weltweiten Verpflichtungserklärung zur digitalen Sicherheit und zum digitalen Vertrauen, allen Regierungen, Branchen und weltweiten Institutionen vorzustellen und diese zur aktiven Mitarbeit einzuladen. Dieses Engagement sollte zudem auf der genannten Verpflichtungserklärung, basierend auf den gemeinsamen globalen Normen für den Cyberspace sowie der Pionierarbeit der Übereinkommen von Paris und Christchurch, aufbauen. Ihr Ziel soll sein, die Welt zusammenzubringen, um sich auf eine Vision für das 21. Jahrhundert zu einigen, die eine gerechtere, zugänglichere und gemeinsame digitale Zukunft zum Ziel hat.

Drittens und letztens wollte er sich als Generalsekretär persönlich zum Erfolg dieser Initiativen sowie zur Ernennung eines Technologiegesandten verpflichten, der mit Regierungen, Branchen und der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten und dabei helfen soll, die gemeinsamen Bemühungen weiterzuentwickeln und eine gemeinsame digitale Zukunft zu fördern, die den Menschen an oberste Stelle setzt. Dies ist wichtig für die VN, wenn sie der Welt dabei helfen will, Kooperationsinitiativen für die digitale Zusammenarbeit aufzubauen, um die Nutzung digitaler Technologien zu optimieren und Risiken sowie Schäden zu minimieren. Wenn alle miteinander vernetzt sind, wird ein bemerkenswerter Fortschritt zur Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung durch digitale Technologien zu registrieren sein.

### **Eine bessere digitale Kooperation für eine bessere nachhaltige Entwicklung**

In der heutigen komplexen digitalen Welt sehen wir enorme Vorteile der digitalen Technologien, die in den nächsten Jahren eine immer größere Rolle in der nachhaltigen Entwicklung spielen werden: vor allem in Bereichen wie Bildung und Gesundheitswesen, aber auch beim Handel, bei

der Lebensmittelsicherheit, Energieeffizienz und beim E-Government. Natürlich erleben wir auch Risiken und Herausforderungen bei der schnellen Entwicklung dieser Technologien, vor allem bei den Themen Sicherheit, Vertrauen, Privatsphäre, Menschenrechte, Elektromüll und CO<sub>2</sub>-Emissionen – etwa durch technische Aspekte wie die Interoperabilität.

Diese Herausforderungen können nicht länger von einzelnen Organisationen oder Ländern bewältigt werden. Stattdessen hängt die Antwort auf diese von der Kooperation zwischen verschiedenen Gruppen, Bereichen, Interessenvertretern und Ländern ab.

2020 und im Rahmen des 75-jährigen Jubiläums der VN gelangten dieser Prozess und die Geschichte der Menschheit an einen kritischen Punkt. Ein afrikanisches Sprichwort besagt: „Wenn du schnell vorankommen willst, geh allein. Wenn du weit kommen möchtest, geh mit anderen.“ Mit Blick auf unsere digitale Zukunft nehmen die VN diese Herausforderung sehr ernst und entwerfen eine Vision, die die digitale Zusammenarbeit verstärkt und die Welt dabei unterstützt, die Vorteile der digitalen Technologien hervorzuheben und gleichzeitig die Risiken zu minimieren. Dies kann nur durch eine weltweite Zusammenarbeit aller Akteure im IKT-Ökosystem – Regierungen, Privatsektor, Unternehmen, akademische Welt, NGOs und internationale Organisationen – realisiert werden. Wenn wir wirklich eine Zukunft aufbauen wollen, die unseren Wünschen entspricht, müssen wir uns zusammenfinden, um sicherzustellen, dass die Technologie als eine Kraft für das Gute und für alle eingesetzt wird.

*–übersetzt aus dem Englischen–*

---

**Fabrizio Hochschild** ist Untergeneralsekretär und Sonderberater des Generalsekretärs bei den Vereinten Nationen. Er befasst sich mit digitaler Zusammenarbeit und der Gedenkfeier zum 75. Jahrestag der VN.

- 1 Desjardins, Jeff 2018: How Long Does It Take to Hit 50 Million Users? Visual Capitalist, 08.06.2018, in: <https://bit.ly/2v5yX01> [25.02.2020].
- 2 International Telecommunication Union (ITU) 2018: Internet usage keeps growing, but barriers lie ahead, in: <https://bit.ly/3940cXy> [25.02.2020].
- 3 ITU 2018: Statistics, Individuals using the Internet, 2005–2019, in: <https://bit.ly/3c6q6fa> [25.02.2020].
- 4 SES 2017: Four Reasons High Throughput Satellite will be a Game Changer, 27.04.2017, in: <https://shar.es/aH191R> [25.02.2020].
- 5 European Space Agency: Types of orbits, in: <https://bit.ly/2w2SOYK> [25.02.2020].
- 6 Tseytlin, Michael 2019: High Altitude Platform Stations (HAPS) – bringing connectivity to all, ITU News, 14.08.2019, in: <https://bit.ly/2TjJ6hI> [25.02.2020]; ITU 2019: HAPS – High-altitude platform systems, 12/2019, in: <https://bit.ly/37VW7TP> [25.02.2020].
- 7 ITU News 2019: WRC-19 identifies additional frequency bands for High Altitude Platform Station systems, 22.11.2019, in: <https://bit.ly/2ViB8rs> [25.02.2020].
- 8 CNBC Africa 2019: M-Pesa has completely changed Kenyans’ access to financial services, this is how..., 03.04.2019, in: <https://bit.ly/38YtSFm> [25.02.2020].
- 9 UNICEF 2019: UNICEF Executive Director Henrietta Fore’s remarks at the Broadband Commission High-Level Event, 22.09.2019, in: <https://uni.cf/2Vvx6Pj> [25.02.2020].
- 10 IEEE: The IEEE Global Initiative on Ethics of Autonomous and Intelligent Systems, in: <https://bit.ly/3a3zJcx> [25.02.2020]; Association for Computing Machinery (ACM) 2018: ACM Code of Ethics and Professional Conduct, in: <https://bit.ly/38ZZYQZ> [25.02.2020].
- 11 Madiega, Tambiama 2019: EU guidelines on ethics in artificial intelligence: Context and implementation, European Parliamentary Research Service, 09/2019, in: <https://bit.ly/2w6gAIs> [25.02.2020].
- 12 Von den VN ins Leben gerufen, fanden die zwei Phasen des WSIS 2003 in Genf und 2005 in Tunis statt, um eine Plattform für verschiedene Akteure zu schaffen, die die Probleme und Herausforderungen von IKT mithilfe eines strukturierten und inklusiven Ansatzes auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene anspricht. Generalversammlung der VN 2002: Resolution 56/183, World Summit on the Information Society, 31.01.2002, in: <https://bit.ly/2VwdRmj> [25.02.2020]; VN 2016: World Summit on the Information Society (WSIS), Sustainable Development Goals Knowledge Platform, in: <http://bit.ly/2PLh35> [25.02.2020].
- 13 VN, High-Level Panel on Digital Cooperation: About The High Level Panel, in: <https://bit.ly/2v59XpF> [25.02.2020].
- 14 VN, High-Level Panel on Digital Cooperation 2019: The Age of Digital Interdependence, 06/2019, in: <https://bit.ly/2wG7X7r> [25.02.2020].
- 15 VN 2019: Secretary-General’s Highlevel Panel on Digital Cooperation, 06.12.2019, in: <https://un.org/en/digital-cooperation-panel> [25.02.2020].
- 16 Ebd.
- 17 Guterres, António 2019: Remarks to the Internet Governance Forum, United Nations Secretary-General, 26.11.2019, in: <https://bit.ly/2HVBVqp> [25.02.2020].



Quelle: © Mohamed Nureidin Abdallah, Reuters.

Digitale Demokratie

# Wer hat die Hoheit im Netz?

Soziale Medien und Demokratie in Afrika

Mathias Kamp

Das Internet und insbesondere die sozialen Medien bieten in Afrika, dem Kontinent mit den größten demokratischen Defiziten, neue Möglichkeiten für bürgerschaftliche Teilhabe, Transparenz und freien Informationszugang. Doch zur anfänglichen Euphorie mit Blick auf das emanzipatorische Potenzial sozialer Medien gesellt sich immer mehr Skepsis. Zu offensichtlich sind die Schattenseiten, wie die Verbreitung von Hass und Falschmeldungen im Netz. Unterdessen verstehen es autokratische Regierungen in Afrika immer besser, soziale Medien für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

---

### **Das zweischneidige Schwert der sozialen Medien**

Die Digitalisierung verändert die Demokratie. Insbesondere die sozialen Medien nehmen zunehmend Einfluss auf politische Entwicklungen. Noch vor einigen Jahren überwogen in den Diskussionen dazu die positiven Einschätzungen. Unter dem Eindruck der Ereignisse des Arabischen Frühlings hatte eine gewisse Euphorie eingesetzt.<sup>1</sup> Soziale Medien galten schnell als Katalysator für sozialen und politischen Wandel. Man versprach sich positive Impulse für die Entwicklung der Demokratie: Informationsvielfalt, Vernetzung progressiver Kräfte, neue Formen der politischen Kommunikation, digitale Transparenz- und Rechenschaftsinitiativen, neue Räume für Aktivismus, Online-Mobilisierung für bürgerschaftliches Engagement. Doch es ist Ernüchterung eingetreten. Die erhoffte neue Welle der Demokratisierung blieb aus. Stattdessen scheint die liberale Demokratie weltweit immer stärker unter Druck zu geraten. Beobachter schreiben den sozialen Medien dabei eine kritische Rolle zu, einige halten sie gar für eine Bedrohung für die demokratische Gesellschaft.<sup>2</sup> In der Tat sind die Schattenseiten immer mehr in den Fokus gerückt – Desinformation und Fake News, gezielte Manipulation, Datenmissbrauch, Cybermobbing und Hassrede, Polarisierung und Radikalisierung gesellschaftlicher Gruppen. Auch im afrikanischen Kontext zeigt sich Licht und Schatten mit Blick auf die sozialen Medien und deren politische Bedeutung. Das Potenzial ist groß in beide

Richtungen: Sowohl demokratische wie undemokratische Kräfte machen sich die neuen Möglichkeiten in der digitalen Sphäre zu Nutzen. Der Kampf um die Hoheit im Netz und die Meinungen in den sozialen Medien ist in vollem Gange.

### **Internet und soziale Medien in Afrika**

Mitte 2019 nutzten über eine halbe Milliarde Menschen in Afrika das Internet<sup>3</sup> – nur in Europa und Asien waren es mehr. Die große Zahl der Nutzer kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass Afrika noch erheblich aufzuholen hat. Schaut man sich nämlich den Anteil der Bevölkerung mit Zugang zum Internet an, so liegt Afrika mit rund 40 Prozent<sup>4</sup> abgeschlagen hinter allen anderen Weltregionen. Innerhalb Afrikas zeigen sich dabei erhebliche regionale Unterschiede. Gleichzeitig jedoch wächst der Anteil der Internetnutzer in Afrika mit jährlich rund 20 Prozent schneller als im Rest der Welt.<sup>5</sup>

Dass bisher nicht mehr Menschen in Afrika das Internet nutzen, liegt primär an mangelnder Infrastruktur und hohen Kosten. Vor allem in abgelegenen Regionen fehlt es am Zugang zum Netz bzw. an verlässlicher Bandbreite. Doch die digitale Transformation schreitet voran. Die großen Technologiekonzerne drängen seit Langem schon mit Nachdruck auf die afrikanischen Märkte. Vor allem der Mobilfunksektor boomt. Der Großteil der Nutzer in Afrika ist über das Mobiltelefon im Internet. Noch bleiben jedoch die hohen Kosten für Datenverbindungen ein

großes Hindernis – nirgendwo in der Welt sind sie höher.<sup>6</sup> Nichtsdestotrotz haben die Verbreitung des Internets und damit verbunden besonders die Nutzung sozialer Medien erhebliche Auswirkungen auf politische und gesellschaftliche Entwicklungen in Afrika. Vor allem der wachsenden jungen und urbanen Bevölkerung kommt hier eine Schlüsselrolle zu. Statistiken zeigen, dass Nutzer in Afrika im Durchschnitt erheblich mehr Zeit im Internet und in den sozialen Medien verbringen und dabei politische Inhalte eine größere Rolle spielen als zum Beispiel in Europa oder Nordamerika.<sup>7</sup>

### Demokratischer Aufbruch durch soziale Medien?

Vom Hype um soziale Netzwerke als vermeintliche „Befreiungstechnologien“ mag wenig geblieben sein,<sup>8</sup> dennoch sollte man die Wirkung sozialer Medien auf demokratische Entwicklungen nicht unterschätzen. Gerade im politischen Kontext Subsahara-Afrikas, geprägt von demokratischen Defiziten, bieten Online-Plattformen wichtige Instrumente für pro-demokratisches und bürgerschaftliches Engagement. Die digitale Sphäre bietet neue Räume für den offenen politischen Diskurs sowie für einen interaktiven Austausch jenseits geografischer Grenzen und der Einschränkungen durch politische Machtverhältnisse und staatliche Kontrolle. Daraus ergeben sich auch neue Möglichkeiten der zivilgesellschaftlichen Organisation. Besonders in autokratisch regierten Ländern geht es neben dem Informationsaustausch auch um die Mobilisierung von Protest. Online-Kampagnen können politische Entscheidungsträger unter Druck setzen und Themen auf die politische Agenda heben. Aber sie können auch zum Katalysator und Hilfsmittel für Proteste und zivilen Widerstand jenseits der digitalen Sphäre werden. Dabei bieten sie gleichzeitig die Möglichkeit, eine (weltweite) Öffentlichkeit herzustellen und Beobachter unmittelbar an Geschehnissen teilhaben zu lassen. Live-Tweets und Smartphone-Videos im Netz sorgen für Aufmerksamkeit und Solidarität und machen es der staatlichen Propaganda schwer, die Narrative zu bestimmen und Ereignisse unter den Teppich zu kehren.

Zehn Jahre nach dem Arabischen Frühling ist Beobachtern klar, dass die sozialen Medien nicht das Schlüsselement für erfolgreiche Revolutionen sind. Gleichwohl können sie ein wichtiger Faktor für gesellschaftlichen und politischen Wandel sein. Das zeigen auch Ereignisse und Trends der letzten Jahre in Afrika südlich der Sahara.

Als im Oktober 2014 der damalige Präsident **Burkina Fasos**, Blaise Compaoré, versuchte, sich über eine Verfassungsänderung eine weitere Amtszeit zu ermöglichen, kam es zu massiven Protesten, die schließlich das Ende seiner 27-jährigen Präsidentschaft besiegelten. Es waren vor allem junge Menschen, die die Proteste vorantrieben, indem sie sich über die sozialen Netzwerke organisierten.<sup>9</sup>

In **Gambia** spielten soziale Medien eine wichtige Rolle rund um die Wahlen im Dezember 2016. Zunächst nutzten die Opposition und junge Aktivistengruppen Facebook, Twitter und WhatsApp, um Wähler zu mobilisieren und der Regierungspropaganda entgegenzuwirken. Und nachdem man es in der Tat geschafft hatte, den langjährigen diktatorischen Amtsinhaber Yahya Jammeh an der Wahlurne knapp zu schlagen, dieser sich aber weigerte, das Ergebnis anzuerkennen, trug man den Protest in die sozialen Medien und damit weit über die Grenzen des kleinen Landes hinaus. Am Ende war es eine Intervention der Regionalorganisation ECOWAS, die Jammeh mit militärischem Druck zur Aufgabe bewegte. Aber die Ausgangslage für den letztlich friedlichen Machtwechsel hatten die jungen Gambier mit ihren Protesten geschaffen – im Netz wie auf der Straße.<sup>10</sup>

Auch die ab Mitte 2016 in **Simbabwe** stattfindenden Proteste gegen die politischen und wirtschaftlichen Zustände unter Diktator Robert Mugabe nahmen ihren Ausgang in den sozialen Medien.<sup>11</sup> Über Facebook, Twitter und WhatsApp mobilisierten die Menschen landesweit zum sogenannten *Stay-away*-Tag am 6. Juli 2016. Doch es blieb nicht bei einer einmaligen Streikaktion, sondern es folgten wochenlange Proteste. Diese keimten erneut auf, als es im November

2017 zu einem Militärputsch kam. Tausende Demonstranten solidarisierten sich mit den Putschisten und forderten den Rücktritt Mugabes. Dieser gab nach einigen Tagen dem Druck des Militärs nach und legte das Präsidentenamt nach fast 30 Jahren nieder.

Seit 2018 ist **Äthiopien** unter Premierminister Abiy Ahmed auf einem – wenngleich wackligen – Reformkurs. Noch vor wenigen Jahren wäre dies undenkbar gewesen. Auch in Äthiopien spielten soziale Medien eine nicht unerhebliche Rolle für den Wandel. Als Ende 2015 Proteste in der Region Oromia blutig niedergeschlagen wurden, kam es zu einer Welle der Entrüstung. Die Proteste erfassten schnell weitere Landesteile und richteten sich zunehmend gegen allgemeine Missstände. Die Koordinierung der Proteste erfolgte vielfach über soziale Medien, unter Umgehung staatlicher Zensur und mit starker Unterstützung aus der Diaspora.<sup>12</sup> So wurde auch das brutale Vorgehen der Regierung gegen Protestierende kontinuierlich dokumentiert und angeprangert. Schließlich sah diese sich zu einem Kurswechsel gezwungen. Politische Gefangene wurden freigelassen, die Blockade kritischer Webseiten aufgehoben. Im Februar 2018 schließlich räumte Premierminister Hailemariam Desalegn seinen Stuhl und die Regierungspartei wählte wenig später Abiy Ahmed zu seinem Nachfolger.

Der **Sudan** ist das jüngste Beispiel eines wirklichen Volksaufstands in Afrika. Nach Monaten intensiver Proteste mit zahlreichen Toten in der Hauptstadt Khartum zwang das Militär im April 2019 den seit fast 30 Jahren herrschenden Diktator Omar Al-Bashir aus dem Amt. Um eine anhaltende Militärherrschaft unter neuer Führung zu verhindern, setzten die Bürger ihre Proteste fort und erzwangen einen Kompromiss zwischen dem Militär und zivilen Kräften zur Bildung einer Übergangsregierung. Zur Mobilisierung wurden Plattformen wie Facebook, Twitter und die Nachrichten-App Telegram genutzt. Über die sozialen Medien wurde zudem intensiv über die Proteste und das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte berichtet. Fotos und Smartphone-Videos mit teils drastischen Bildern gingen um die Welt. Das

Regime versuchte, dies durch eine Blockade des Internets zu verhindern. Doch Aktivisten waren schnell in der Lage, die Blockade durch Nutzung von VPN-Diensten zu umgehen und die Welt weiter über die Lage zu informieren und den öffentlichen Druck aufrecht zu halten.<sup>13</sup>

## Die Revolution wird nach wie vor auf der Straße gemacht, nicht in den digitalen Kanälen.

---

Niemand käme bei den oben genannten Beispielen auf die Idee, von „Facebook-Revolutionen“ zu sprechen, wie es noch bei den Ereignissen des Arabischen Frühlings der Fall war. Soziale Medien sind nicht der eigentliche Auslöser von Aufständen und auch nicht der alles entscheidende Faktor für den Erfolg solcher Aufstände. Man könnte auch sagen: Die Revolution wird nach wie vor auf der Straße gemacht, nicht in den digitalen Kanälen. Und dennoch zeigen die genannten Beispiele, welchen wichtigen Einfluss soziale Medien auf die Geschehnisse haben können. Sie können das kollektive Bewusstsein für gemeinsame Probleme schärfen und ein Gefühl der Gemeinschaft und Solidarität vermitteln. Sie eröffnen alternative Kanäle zur Kommunikation und Koordination, helfen bei der Umgehung staatlicher Zensur, der Mobilisierung von Widerstand und der Herstellung von Öffentlichkeit. In den oben genannten Fällen wäre es ohne die sozialen Medien kaum möglich gewesen, in kürzester Zeit so viele Bürger zum Protest zu versammeln und eine weltweite Öffentlichkeit unmittelbar an den Ereignissen teilhaben zu lassen.

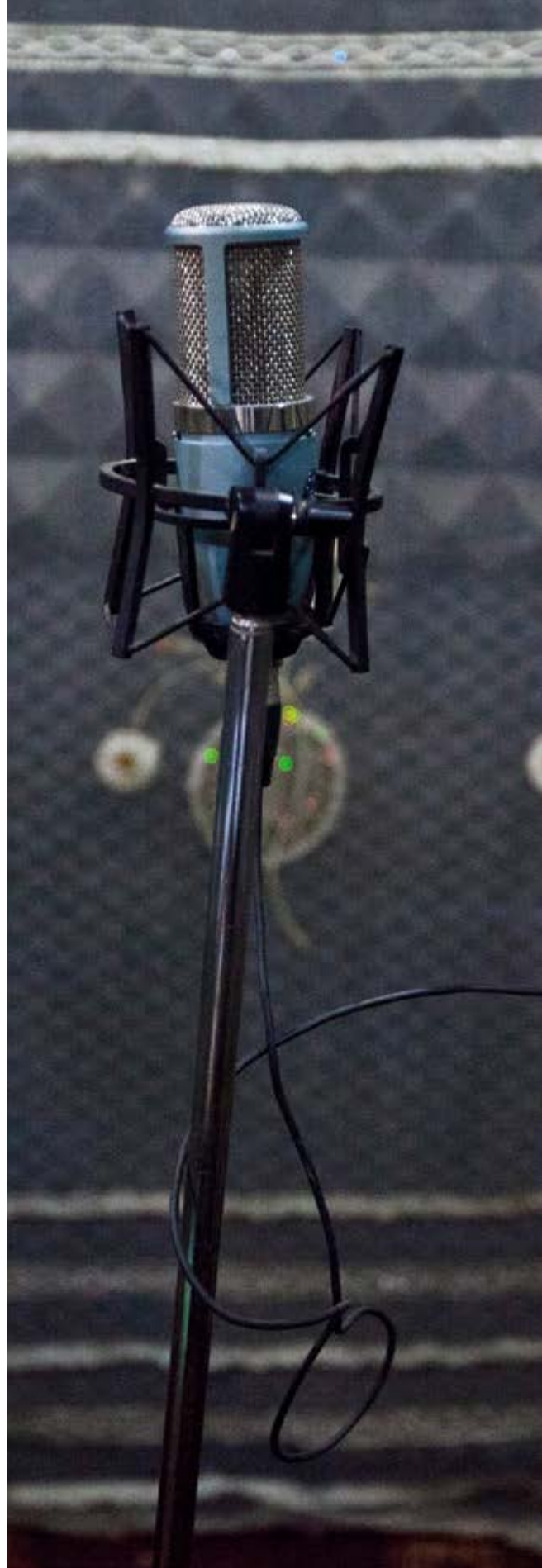
Zum vollständigen Bild gehört aber auch die Erkenntnis, dass die Euphorie nach den erfolgreichen Aufständen schnell der Ernüchterung weicht und der vermeintliche demokratische Aufbruch oft nicht hält, was er verspricht. Burkina Faso und Simbabwe sind dafür beste Beispiele, wie ein Blick auf die aktuelle Lage in beiden Ländern zeigt. Hier bestätigt sich auch in Subsahara-Afrika die bittere langfristige

Erkenntnis des Arabischen Frühlings: dass der Sturz eines Regimes weitaus einfacher gelingt als die danach erhoffte Gestaltung einer demokratischen Zukunft mit stabilen Verhältnissen. Soziale Medien erscheinen bei Ersterem weitaus hilfreicher als bei Letzterem.

### **Jenseits von Revolutionen: Vielfältige Beiträge zur demokratischen Entwicklung**

Man sollte also die Erwartungen an die sozialen Medien mit Blick auf demokratische Umstürze nicht zu hoch hängen. Aber Demokratie ist ja auch mehr als die Frage, ob und wie sich Machtwechsel vollziehen. In einem substanziellen Demokratieverständnis geht es um die Interaktion der Bürger untereinander und mit dem Staat, um Partizipation an Entscheidungsprozessen, um individuelle Rechte und Freiheiten, um Transparenz und Rechenschaft. Auch jenseits dramatischer Umbrüche und Umstürze können soziale Medien in Afrika in diesen Bereichen einige Beiträge leisten:

- Für politische Bewegungen und Parteien ergeben sich neue Formen der Kommunikation. Sie erlauben einen unmittelbaren Kontakt mit Mitgliedern und Wählern, helfen bei der Koordinierung von politischen Aktivitäten und der Mobilisierung von Unterstützern. Wo es in den etablierten Medien oft an Raum für kritische und oppositionelle Stimmen fehlt, bieten soziale Medien alternative Plattformen für die Vermittlung politischer Positionen.
- Soziale Medien bieten alternative Kanäle für die Verbreitung unabhängiger und unzensurierter Informationen – vor allem dort, wo die traditionellen Medien durch staatliche Einflussnahme eingeschränkt sind. In der Tat sehen viele junge Afrikaner Facebook und Twitter als ihre Hauptinformationsquellen. Damit verliert auch die *Gatekeeper*-Funktion der herkömmlichen Massenmedien zunehmend an Bedeutung. Informationen gelangen unabhängig von redaktionellen Prioritäten und vorbei an staatlicher Zensur ins Netz. Jeder einzelne Bürger wird zur





potenziellen Informationsquelle. So können es auch Themen und Stimmen in den öffentlichen Diskurs schaffen, die andernfalls weitgehend ausgeschlossen blieben.

- Soziale Medien können einen Beitrag zu mehr Transparenz und Rechenschaft leisten. Zum einen können staatliche Einrichtungen die digitalen Möglichkeiten proaktiv nutzen und Informationen und Dienstleistungen online zugänglich machen. Zum anderen können Bürger die Plattformen nutzen, um Rechte einzufordern, Missstände anzuprangern und konkrete Anliegen vorzutragen. Öffentlichen Einrichtungen wird es erheblich schwerer gemacht, Anliegen zu ignorieren, wenn diese in den sozialen Medien verbreitet werden. Auch für die Bekämpfung der Korruption ergeben sich Chancen. Whistleblower aus öffentlichen und privaten Institutionen können abseits der mitunter wenig vertrauenswürdigen offiziellen Kanäle ihre Einblicke teilen, ebenso wie einfache Bürger, die zu Betroffenen oder Zeugen von Korruption wurden. Erfahrungen in Uganda zeigen, dass auch auf lokaler Ebene soziale Medien einen entscheidenden Beitrag zu mehr Transparenz, Bürgerbeteiligung und Service-Orientierung der Behörden leisten können.<sup>14</sup>
- Besonders mit Blick auf junge Zielgruppen bieten soziale Medien zusätzliche und innovative Ansätze für Bildungs- und Aufklärungsangebote, vor allem in den Bereichen Menschenrechte und politische Bildung. Staatliche Akteure wie Menschenrechts- und Wahlkommissionen ebenso wie Nichtregierungsorganisationen nutzen die Online-Plattformen bereits auf vielfältige Weise, um wichtige Grundlagen und Werte zu vermitteln – nicht nur, aber besonders auch rund um Wahlen.

- Soziale Medien können neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements befördern. Durch den Austausch im Netz können sich gemeinsame Anliegen herauskristallisieren und kann ein Gefühl der Gemeinschaft und Solidarität entstehen, das sich im Idealfall in kollektive Anstrengungen übersetzt. Dabei muss es sich nicht zwangsläufig um Proteste handeln. Die Möglichkeiten des konstruktiven Engagements sind vielfältig: von der Verbreitung von Online-Petitionen über soziale Netzwerke und Fundraising-Kampagnen für soziale und humanitäre Anliegen, bis hin zur Koordinierung schneller Hilfe in Krisenfällen, wie zum Beispiel bei den Westgate-Terroranschlägen in Kenia.<sup>15</sup>

### Die hässliche Seite kommt zum Vorschein

Als der äthiopische Premierminister Abiy Ahmed im Dezember 2019 in Oslo den Friedensnobelpreis in Empfang nahm, fand er deutliche Worte: Die sozialen Medien würden Hass und Spaltung in seinem Land befördern und eine „Botschaft von Rache und Vergeltung“ verbreiten.<sup>16</sup> Eine zunächst erstaunlich wirkende Äußerung. Aber nicht nur in Äthiopien zeigt sich mehr und mehr auch die Kehrseite, das hässliche Gesicht der sozialen Medien – wo sie doch eben dort eine so wichtige Rolle für den politischen Wandel spielten, der Abiy ins Amt brachte.

In Afrika ist das Bewusstsein für die negativen Auswirkungen der sozialen Medien in den letzten Jahren enorm gewachsen. Immer mehr machen die Menschen die Erfahrung, dass der Einfluss sozialer Medien sich polarisierend und radikalisiert auf die Gesellschaft auswirkt, anstatt – wie zuvor beschrieben – verbindend zu wirken. Auch in Afrika lässt sich eine Verrohung der Umgangsformen im Netz erkennen. Täglich aufs Neue wird übelste Hassrede in den sozialen Netzwerken verbreitet. Die Effekte von Algorithmen, Filterblasen und Echokammern führen dazu, dass viele Nutzer eben nicht ihren Horizont durch Informationsvielfalt erweitern, sondern stattdessen im Austausch mit Gleichgesinnten eben jene Informationen übermittelt bekommen, die ihre Weltansicht

← Wird das Radio irrelevant? Soziale Medien bieten alternative Kanäle für die Verbreitung unabhängiger und unzensurierter Informationen. Quelle: © Adriane Ohanesian, Reuters.

bestätigen. Im Kontext anhaltender Konflikte und ethnischer Spannungen in vielen afrikanischen Ländern erweist sich dies als besonders bedrohlich. Die konfliktverschärfende Wirkung der sozialen Medien ist unter anderem im Südsudan zu beobachten. Laut einer Studie aus dem Jahr 2016 waren 60 Prozent der südsudanesischen Nutzer an der Verbreitung von Hassnachrichten beteiligt, die ethnische Spannungen befeuerten und zur Gewalt anstachelten. Politisch Verantwortliche auf beiden Seiten des dort tobenden Bürgerkriegs machten sich dies zu Nutzen, oft durch bewusste Manipulation mit Hilfe von Falschnachrichten.<sup>17</sup>

### **Regierungen in Afrika verstehen es immer besser, soziale Medien für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren und zu manipulieren.**

---

Überhaupt: Fake News scheinen aktuell das Thema schlechthin zu sein, wenn es um die Schattenseiten der sozialen Medien geht. Von dreisten Lügen individueller Nutzer bis hin zu irreführender Propaganda politischer Gruppen – jeden Tag aufs Neue werden die sozialen Medien auch in Afrika mit verfälschten oder gänzlich erfundenen Informationen geflutet. Für den normalen Nutzer wird es immer schwieriger, den Wahrheitsgehalt von Nachrichten einzuschätzen und verlässliche Informationen herauszufiltern. Nicht selten stecken dahinter gezielte Kampagnen zur Desinformation, insbesondere in den heißen Phasen des politischen Wettbewerbs. Keine der nationalen Wahlen auf dem Kontinent im Laufe des Jahres 2019 verlief ohne Diskussionen zum Thema Fake News. Befeuert wurden diese von immer neuen Enthüllungen systematischer Manipulation via Facebook & Co. Im Mai 2019 gab Facebook bekannt, dass eine israelische Consulting-Firma gesperrt wurde, die ein Netzwerk gefälschter Nutzerprofile koordinierte, über das systematisch versucht wurde, politische Stimmungen in mehreren afrikanischen Ländern zu beeinflussen.<sup>18</sup> Im Oktober folgten ähnliche

Schlagzeilen. Wieder ging es um die Sperrung Hunderter gefälschter Accounts, über die versucht wurde, auf Wahlprozesse in acht afrikanischen Ländern Einfluss zu nehmen. Diesmal führten die Verbindungen nach Russland.<sup>19</sup> Bereits 2018 war ans Licht gekommen, dass die berühmte Firma Cambridge Analytica unter anderem auch in Kenia und Nigeria am Werk war, um über den Missbrauch massiver Facebook-Datenmengen und gezielte Desinformation Einfluss auf das Wählerverhalten zu nehmen.<sup>20</sup>

### **Kontrollieren, manipulieren, blockieren – Reaktionen afrikanischer Regierungen**

Diese Hinweise auf gezielte Manipulationen weisen auf einen weiteren Grund für die gewachsene Skepsis gegenüber den sozialen Medien hin: Regierungen in Afrika verstehen es immer besser, letztere für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren und zu manipulieren, die Online-Aktivitäten der eigenen Bürger auszuspähen und im Zweifelsfall die Nutzung durch Regulierung und Blockaden einzuschränken. Die bereits erwähnten Diskussionen um Hassrede und Fake News spielen ihnen dabei in die Karten, denn sie liefern eine willkommene Rechtfertigung für stärkere Kontrolle.

Natürlich kommt mit Blick auf die sozialen Medien auch das klassische Instrumentarium autoritärer Regime im Umgang mit kritischen Stimmen – den Journalisten im Dienst der traditionellen Medien wohlvertraut – zum Einsatz. Unliebsame Online-Inhalte werden zensiert, immer wieder kommt es zu Verhaftungen von Bloggern und Aktivisten, die für ihre Äußerungen im Internet bestraft werden. Wo die Instrumente zur Kontrolle der Inhalte im Internet fehlen, greifen afrikanische Regierungen immer öfter zum radikalsten Mittel und blockieren die Nutzung des Internets oder, sofern technisch möglich, gezielt die sozialen Netzwerke. In den vergangenen Jahren waren weit mehr als ein Dutzend afrikanische Länder zumindest temporär von derartiger Blockaden betroffen. Anlass waren zumeist aufkeimende oder eskalierende Proteste oder es handelte sich um „präventive“ Blockade-maßnahmen rund um Wahlen.



Unterdessen wird vielerorts auch die gesetzliche Regulierung weiter verschärft. In Tansania wurde ein striktes Cybercrime-Gesetz verabschiedet, in dem Kritiker ein weiteres Mittel zum Vorgehen gegen kritische Stimmen sehen. In Nigeria stoßen Pläne für ein ähnliches Gesetz auf erheblichen Widerstand.<sup>21</sup> Uganda dagegen wurde zum

Vorreiter eines weiteren Ansatzes: der Besteuerung sozialer Medien. Seit Juli 2018 ist dort die Nutzung von Diensten wie Facebook, Twitter und WhatsApp nur noch nach Zahlung einer speziellen Steuer möglich. Die Regierung begründete den Schritt mit der Notwendigkeit der Erhöhung des Steueraufkommens, aber auch der Eindämmung



Überwachung: Regierungen in Afrika verstehen es immer besser, die Online-Aktivitäten der eigenen Bürger auszuspähen und im Zweifelsfall die Nutzung durch Regulierung und Blockaden einzuschränken. [Quelle: © Goran Tomašević, Reuters.](#)

des „verantwortungslosen Umgangs“ mit sozialen Medien. In mindestens fünf weiteren Ländern Afrikas sind ähnliche Pläne bereits umgesetzt oder in Vorbereitung. Die Organisation Reporter ohne Grenzen kritisiert die Steuern als massive Einschränkung der Informationsfreiheit, die die Demokratie untergräbt.<sup>22</sup> Die Juristin Justine Limplaw kommt in einer Studie zu dem Schluss, dass das ugandische Modell ebenso wie die in Tansania erhobenen Lizenzgebühren für die Veröffentlichung von Online-Inhalten, die unter anderem auch Blogger betreffen, einen Verstoß gegen internationale Menschenrechtsnormen darstellt.<sup>23</sup> Die auf den ersten Blick gering erscheinenden Beiträge sind für die große Masse der armen Menschen in den betroffenen Ländern kaum aufzubringen und stellen somit eine massive Einschränkung des Zugangs zu Informationen dar.

## China exportiert nicht nur seine Technologie für digitale Infrastruktur und Überwachung, sondern auch seine Vorstellung der „Cyber-Souveränität“ nach Afrika.

Sowohl bei den technischen Schritten zur Überwachung des Internets als auch bei den gesetzlichen Maßnahmen zur Regulierung orientieren sich viele afrikanische Staaten am Beispiel Chinas, das seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluss auf dem Kontinent in den letzten Jahren massiv ausgebaut hat. In seiner Studie zur Freiheit im Netz aus dem Jahr 2018 beschreibt der US-Think-Tank Freedom House ausführlich den maßgeblich von China betriebenen globalen Push in Richtung „digitalem Autoritarismus“.<sup>24</sup> China exportiert nicht nur seine Technologie für digitale Infrastruktur und Überwachung, sondern auch seine Vorstellung der „Cyber-Souveränität“, in dem der Staat die volle Kontrolle über das Internet und den digitalen Raum ausübt. Es ist kein Zufall, dass den bereits beschriebenen Gesetzesmaßnahmen in Uganda und Tansania

intensive Fortbildungsmaßnahmen für Regierungsbeamte zum chinesischen Modell vorangingen.<sup>25</sup> Aktuell arbeitet Simbabwe offenbar an den rechtlichen und technischen Grundlagen für ein am chinesischen Modell orientiertes Überwachungssystem.<sup>26</sup> Hartnäckig halten sich auch die zuerst im Wall Street Journal vorgebrachten Anschuldigungen, der chinesische Technologiekonzern Huawei hätte die Regierungen Sambias und Ugandas beim Ausspionieren Oppositioneller unterstützt.<sup>27</sup>

Der südafrikanische Think-Tank SAIIA (South African Institute of International Affairs) warnt in Anbetracht der beschriebenen Maßnahmen afrikanischer Regierungen vor einer schleichenden Entwicklung hin zur „digitalen Diktatur“:

„Afrikanische Führer haben mittlerweile erkannt, dass sie Technologie kontrollieren und die Freiheit und Fairness politischer Prozesse manipulieren können. Langsam aber sicher erweitern sie den Spielraum dessen, was akzeptabel ist und was nicht. Während soziale Medien anfangs als Bedrohung für die verschlossene und restriktive Kultur der alten Garde afrikanischer Führer gesehen wurden, haben Regierungen und politische Parteien diese Gleichung auf den Kopf gestellt und nutzen digitale Technologien nun zu ihrem Vorteil.“<sup>28</sup>

### Schlussfolgerungen für das pro-demokratische Engagement

Die anfangs erwähnten Beispiele für demokratischen Wandel sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die demokratische Entwicklung in Afrika in der Gesamtschau – von wenigen Ausnahmen abgesehen – aktuell eher stagniert als fortschreitet. In den meisten Ländern Afrikas halten sich alte autoritäre Herrscher an der Macht – erfolgreiche Proteste bleiben die Ausnahme. Aktuelle Entwicklungen lassen befürchten, dass daran auch die sozialen Medien nicht viel ändern werden. Dennoch wäre es falsch, ihren Beitrag zu ignorieren oder auf die negativen Aspekte zu reduzieren. Die Ausführungen in diesem Artikel zeigen Licht und Schatten gleichermaßen. Diese Widersprüchlichkeit gilt es zunächst einmal anzuerkennen.

Darüber hinaus sind gerade Akteure in der Demokratieförderung gut beraten, sich intensiv mit diesen Entwicklungen auseinanderzusetzen und sie in der Gestaltung von Maßnahmen explizit zu berücksichtigen. Regierungen in den liberalen westlichen Demokratien müssen ihrerseits überzeugende Gegenentwürfe zum politischen Umgang mit den Chancen und Herausforderungen der sozialen Medien entwickeln und ihre Umsetzung fördern. Natürlich stellt sich hier auch die Frage nach den rechtlichen Rahmenbedingungen und dem Regulierungsbedarf, gerade mit Blick auf die Rolle der großen Technologiekonzerne und Anbieter der Online-Plattformen. Aber dabei muss die Verteidigung des Rechts auf Informationsfreiheit und freie Meinungsäußerung auch und gerade im digitalen Raum das höchste Gebot bleiben. Mit Blick auf Afrika sollte man unter keinen Umständen China und anderen autoritären Vorbildern das Feld überlassen, deren Modell für viele Regierungen in Afrika offenbar attraktiv erscheint.

Zudem lohnt sich der Blick auf die junge Generation von Aktivisten und Innovatoren in den afrikanischen Ländern, die ihrerseits um Antworten auf die Herausforderungen bemüht sind. Initiativen, deren Förderung sich lohnt, sind zahlreich – von Kampagnen gegen den Hass im Netz, wie zum Beispiel #defyhatenow<sup>29</sup> im Südsudan, bis hin zu Initiativen zur Entlarvung von Fake News, wie sie unter anderem die Organisation Africa Check<sup>30</sup> erfolgreich betreibt. Auch die Stärkung der traditionellen Medien muss weiterhin Aufmerksamkeit genießen. Der Vertrauensverlust in die etablierten Medienformate ist einerseits Teil des Problems, andererseits kann der Kampf gegen Desinformation im digitalen Raum nur im Zusammenspiel mit unabhängigem Qualitätsjournalismus gelingen.

Investitionen bedarf es insbesondere in Afrika auch noch stärker in den Ausbau der digitalen Infrastruktur, denn die digitale Ungleichheit bleibt eines der Grundprobleme. Solange weite Teile der Bevölkerung vieler afrikanischer Länder von den modernen Technologien und damit vom Zugang zu Informationen ausgeschlossen bleiben, bleibt auch die erhoffte emanzipatorische, demokratisierende Wirkung der Digitalisierung eine Illusion.

Letztlich bleibt auch mit Blick auf soziale Medien vor allem die eigentlich plumpe Erkenntnis, dass nicht die Technologie an sich das Problem ist, sondern der Umgang damit. Und damit rücken die Nutzer in den Vordergrund. Somit ist die wohl wichtigste und gleichzeitig schwierigste Aufgabe die Bildung und Aufklärung der Bürger. Die Verinnerlichung grundlegender Werte wie Toleranz und Respekt und ein kritisches Bewusstsein der Nutzer nicht nur zur technischen Funktionsweise, sondern auch zu ihren Rechten und Pflichten bleibt der entscheidende Faktor, damit die positiven Seiten der sozialen Medien die eigenen Nachteile überwiegen können. In anderen Worten: Das beste Mittel sind mündige, aufgeklärte Bürger – ohnehin die wichtigste Säule für eine funktionierende Demokratie.

---

**Mathias Kamp** ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Uganda.

- 1 Vgl. Danju, Ipek /Maasoglu, Yasar /Maasoglu, Nahide 2013: From Autocracy to Democracy, The Impact of Social Media on the Transformation Process in North Africa and Middle East, *Procedia - Social and Behavioral Sciences* 81, S. 678–681, in: <https://bit.ly/37DZZIJ> [17.02.2020]; Howard, Philip N. /Hussain, Muzammil M. 2013: Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring, Oxford University Press, in: <https://bit.ly/2SFvyO5> [17.02.2020].
- 2 Vgl. Oerstroem Moeller, Joergen 2019: Democracy at Risk, Why Social Media Endangers a Free Society, *The National Interest*, 11.03.2019, in: <https://bit.ly/3bsMwH5> [28.12.2019]; Naughton, John 2018: Social media is an existential threat to our idea of democracy, *The Guardian*, 23.12.2018, in: <https://bit.ly/2tN5uHk> [28.12.2019].
- 3 Campbell, John 2019: Last Month, Over Half-a-Billion Africans Accessed the Internet, *Council on Foreign Relations*, 25.07.2019, in: <https://on.cfr.org/2LGNPsq> [28.12.2019].
- 4 Ebd.
- 5 Vgl. Kroll, Aleksandra 2019: Global Digital Report, Afrika mit höchsten Nutzerzuwachsrate weltweit, *IHK*, 21.01.2019, in: <https://bit.ly/2SymjH> [28.12.2019].
- 6 Monks, Kieron 2019: Africans face most expensive internet charges in the world, new report says, *CNN*, 22.10.2019, in: <https://cnn.it/3bsNUT3> [28.12.2019].
- 7 Vgl. Kroll 2019, N. 5; Kazeem, Yomi 2016: Politics and activism are driving Africa's Twitter conversations to new highs, *Quartz Africa*, 06.04.2019, in: <https://bit.ly/2UOKzzy> [28.12.2019].
- 8 Vgl. Transfeld, Mareike /Werenfels, Isabelle 2016: Soziale Medien: Befreiungstechnologie oder Propagandainstrument?, *Stiftung Wissenschaft und Politik*, 30.11.2016, in: <https://bit.ly/3bxLM3A> [02.01.2020].
- 9 Gut fünf Jahre nach dem erfolgreichen Aufstand überwiegt die Enttäuschung, denn die Hoffnungen auf einen nachhaltigen demokratischen und wirtschaftlichen Wandel haben sich nicht erfüllt, während das Land aktuell vor allem unter der Bedrohung des islamistischen Terrorismus leidet. Vgl. Krippahl, Christina 2019: Change of regime leaves Burkina Faso disillusioned, *Deutsche Welle*, 30.10.2019, in: <https://p.dw.com/p/3SCzX> [02.01.2020].
- 10 Vgl. Taal, Salieu 2019: A hashtag that inspired hope: #GambiaHasDecided, *Open Global Rights*, 28.02.2019, in: <https://bit.ly/2Hetw14> [02.01.2020].
- 11 Vgl. McCorley, Ciara 2016: Social media is emboldening young Zimbabweans to finally stand up to Mugabe, *Quartz Africa*, 29.08.2016, in: <https://bit.ly/3bvut2> [02.01.2020].
- 12 Vgl. Aljazeera 2018: How social media shaped calls for political change in Ethiopia, 11.08.2018, in: <https://aje.io/fud4j> [02.01.2020].
- 13 Vgl. Menon, Sunita 2019: Social media activism goes #BlueForSudan, *Business Live*, 18.07.2019, in: <https://bit.ly/38gEAqg> [02.01.2020].
- 14 Vgl. Agena, Maureen /Ojok, Donnas /Achol, Tony 2019: Social Media, Local Governance and Development in Uganda, *Konrad-Adenauer-Stiftung Uganda, Research Paper 19/01*, in: <https://bit.ly/2Sheaij> [03.01.2020].
- 15 Am 21. September 2013 überfielen islamistische Extremisten das Westgate-Einkaufszentrum in Nairobi und töteten 67 Menschen. Die anschließende Geiselnahme konnte erst drei Tage später beendet werden. Kenianische Bürger nutzten die sozialen Medien, um Hilfe, z. B. Blutspenden, zu mobilisieren. Vgl. Hamilton, Valerie 2013: When there's no 911, Kenya tweets for help, *PRI*, 24.09.2013, in: <https://bit.ly/2tOJSuj> [03.01.2020].
- 16 Dahir, Abdi Latif 2019: Nobel Peace Laureate Says Social Media Sows Hate in Ethiopia, *The New York Times*, 10.12.2020, in: <https://nyti.ms/3bvv4Sn> [03.01.2020].
- 17 Vgl. LeRiche, Matthew 2016: Facebook and Social Media Fanning the Flames of War in South Sudan, *Centre for Security Governance*, 12.07.2016, in: <https://bit.ly/37cxqSE> [03.01.2020].
- 18 Vgl. Madowo, Larry 2019: Is Facebook Undermining Democracy in Africa?, *BBC*, 24.05.2019, in: <https://bbc.in/31Qfj1> [02.01.2020].
- 19 Vgl. Allen, Karen 2019: Taking social media at (Face)book value in Africa, *Institute for Security Studies*, 08.11.2019, in: <https://bit.ly/2HeC3Rz> [03.01.2020].
- 20 Vgl. Daily Nation 2018: Cambridge Analytica says it worked for Uhuru Kenyatta, 20.03.2018, in: <https://bit.ly/2SzdPqp> [03.01.2020].
- 21 Turnbull, Mark 2019: Africa faces a balancing act on social media regulation, *The Africa Report*, 04.12.2019, in: <https://bit.ly/2Sl6pZf> [03.01.2020].
- 22 Schönherr, Markus 2018: Zensur unter dem Deckmantel der Demokratie, *Luzerner Zeitung*, 14.10.2018, in: <https://bit.ly/39tVjH1> [03.01.2020].
- 23 Limpitlaw, Justine 2019: Human rights impacts of taxing popular internet services, *The cases of Kenya, Tanzania and Uganda, APC*, 01/2019, in: <https://bit.ly/2w6lgOh> [03.01.2020].
- 24 Shahbaz, Adrian 2018: The Rise of Digital Authoritarianism. Fake news, data collection, and the challenge to democracy, *Freedom on the Net 2018*, *Freedom House*, 10/2018, in: <https://bit.ly/2xa112S> [04.03.2020].
- 25 Kefferpütz, Roderick 2018: China's Digital Dictatorship Goes Global, *Towards Data Science*, 06.11.2018, in: <https://bit.ly/2OLfOHj> [04.01.2020].
- 26 Vgl. Gilbert, David 2019: Zimbabwe Is Trying to Build a China Style Surveillance State, *Vice*, 02.12.2019, in: <https://bit.ly/2Sh6htp> [04.01.2020].
- 27 Parkinson, Joe /Bariyo, Nicholas /Chin, Josh 2019: Huawei Technicians Helped African Governments Spy on Political Opponents, *The Wall Street Journal*, 15.08.2019, in: <https://on.wsj.com/37deL9b> [03.01.2020].
- 28 Gopaladas, Ronak 2019: Digital dictatorship versus digital democracy in Africa, *Policy Insights 75, SAIIA*, 22.10.2019, S. 10, in: <https://bit.ly/2UbscCg> [28.12.2019].
- 29 Defy Hate Now, in: <https://defyhatenow.org> [11.02.2020].
- 30 Africa Check, Sorting fact from fiction, in: <https://africacheck.org> [11.02.2020].



Quelle: © Yannis Behrakis, Reuters.

Digitale Demokratie

# Digitale Demokratie in der Praxis

Wie Griechenland mit Europa gleichziehen will

Henri Giscard Bohnet / Martha Kontodaimon

Die neue Regierung in Griechenland will keine Zeit verlieren und hat vor, die durch die finanziellen und wirtschaftlichen Turbulenzen verlorenen Jahre nachzuholen. Im digitalen Bereich gibt es noch viel zu tun: 2019 befand sich das Land unter den 28 EU-Mitgliedstaaten auf Rang 26 des Index für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI).<sup>1</sup> Ohne Digitalisierung und die Abschaffung der aufgeblähten und überbesetzten Bürokratie wird das Land sein Ziel, ein attraktiver Ort für Investitionen zu werden, nicht erreichen können. Die derzeitigen Bemühungen bieten die Chance, die Wahrnehmung Griechenlands als kranken Mann Europas zu revidieren.

---

### Raus aus der Krise

In den letzten zehn Jahren gestaltete sich das Leben für die Griechen schwierig: Während der Finanzkrise wurden ihre Löhne gekürzt, die Renten reduziert und viele Arbeitsplätze abgeschafft, da viele Unternehmen aus dem Land flohen. Vor allem junge Menschen verließen ihre Heimat zu Tausenden, um Arbeit zu finden. Die Jahre, in denen die Troika aus Europäischer Zentralbank, IWF und EU-Kommission die Regierung Griechenlands unter Druck setzte, indem sie finanzielle Unterstützung an Reformen koppelte, werden im Land als Zeit des Memorandums bezeichnet.

Es funktionierte – zumindest teilweise: Die Wirtschaft wurde stabilisiert, erforderliche Reformen wurden auf den Weg gebracht, der Haushalt wurde ausgeglichen und eine Liquiditätsreserve für zukünftige Konjunkturabschwünge angelegt. Doch das Wachstum kehrt nur langsam zurück – die griechische Wirtschaft verlor nach 2008 mehr als ein Viertel seines Bruttoinlandsprodukts. Die Arbeitslosenquote ist zwar gesunken, liegt aber immer noch bei über 17 Prozent<sup>2</sup> – mit Abstand der höchste Wert in der Europäischen Union. Bei den Staatsschulden hat sich kaum etwas verändert – diese liegen weiterhin bei erstaunlichen 181 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.<sup>3</sup>

Bisher war der Reformprozess der vergangenen griechischen Regierungen in den Krisenjahren eher durch Zögern und Hartnäckigkeit als durch

eine gesunde Eigenverantwortung und den Willen zum Fortschritt gekennzeichnet. Unter der linken Syriza-Regierung von Alexis Tsipras machte die Privatisierung kaum Fortschritte, florierte die Bürokratie und stiegen die Steuern derart an, dass Privatunternehmen zugrunde gingen und Investitionen abnahmen. Unternehmen beschwerten sich über hohe Steuersätze, viel Verwaltungsbürokratie und schwache Streitschlichtungsmechanismen.

Mit der neuen Regierung Kyriakos Mitsotakis (aus der Mitte-rechts-Partei Nea Dimokratia, die einen überwältigenden Sieg bei den Parlamentswahlen letzten Juli erlangte und eine absolute Mehrheit an Mandaten im Griechischen Parlament innehat) möchte Griechenland das alte Kapitel nun endlich abschließen. Das Land sei wieder handlungsfähig, ließ der Ministerpräsident verlauten.<sup>4</sup> Und tatsächlich: einige Steuern wurden gekürzt, eingefrorene Wirtschaftsförderungen wurden reaktiviert und ausländische Investoren werden umworben. Nach sechs Monaten Amtszeit der neuen Führung sind sich internationale Beobachter einig, dass Athen nun offenbar die Notwendigkeit neuer Anstöße für Reformen erkannt hat und sich ernsthaft mit den Herausforderungen befassen will, die einer gesunden Wiederbelebung der griechischen Wirtschaft bisher im Weg standen. Eine dieser fundamentalen Herausforderungen ist die leistungsschwache Staatsbürokratie mit ihren komplizierten Verwaltungsabläufen. Die Regierung hat erkannt, dass sie die Funktionalität



des Landes erheblich steigern kann, wenn sie diesen Bereich umgestaltet und setzt nun auf Digitalisierung.

### Der analoge Staat

Unter den EU-Staaten findet sich Griechenland meist auf den hinteren Plätzen wieder, wenn es um Indikatoren der Digitalisierung und des E-Governments geht. Bei der Nutzung des Online-Bankings oder der Bereitstellung schneller Breitbandanschlüsse befindet es sich auf Rang 26. Geht es um die Zahl der E-Government-Nutzer und den Vernetzungsgrad insgesamt, belegt Griechenland sogar nur den letzten Rang.<sup>5</sup> Eine großflächige Breitbandversorgung ist für ein europaweites Wachstum und Innovationen in allen Wirtschaftsbereichen von strategischer Bedeutung. Außerdem spielt sie eine wichtige Rolle für den sozialen und territorialen Zusammenhalt. Die Digitalisierung kann auch zu einer Aufwertung der unternehmerischen Aktivität in der Region führen, wie beispielsweise im Bereich des digitalen Unternehmertums und des *Smart Farming* – den Sektoren, die von der EU-Kommission als besonders vielversprechend für die wirtschaftliche und ökologische Entwicklung genannt werden.

Theoretisch liegt Griechenlands Breitbandabdeckung bei 96 Prozent. Doch die Abdeckung des Netzwerks der neuen Generation beschränkt sich auf 66 Prozent, was weit unter dem EU-Durchschnitt von 83 Prozent liegt. Auch bei den Breitbandkosten liegt das Land unter den EU-Staaten auf dem letzten Platz. Umfragen ergaben zudem, dass ca. 25 Prozent der griechischen Bürger noch nie das Internet genutzt haben und ein Großteil der Bevölkerung Online-Transaktionen misstrauisch gegenübersteht.<sup>6</sup> Diese Zahlen stehen in deutlichem Kontrast zum EU-Durchschnitt: hier haben lediglich elf Prozent der Bürger noch nie das Internet genutzt, in Deutschland sind es sogar nur fünf Prozent.<sup>7</sup>

Auch im Privatsektor, beispielsweise bei elektronischen Rechnungen und der Nutzung von Cloud-Lösungen, liegen griechische Unternehmen weit zurück. Der *FinTech*-Sektor – vom

mobilen Banking bis zum elektronischen Handel – ist ebenfalls unterentwickelt. Insgesamt zeigt sich, dass das Fundament für eine stärkere Digitalisierung Griechenlands bisher noch nicht gelegt ist. Der Breitbandzugang und die Nutzung des Online-Banking sind jedoch von großer strategischer Bedeutung für das Land, das die Finanzkrise hinter sich lassen, seine Unternehmertätigkeiten vorantreiben und ausländische Investoren anziehen möchte.

### Die Krisenjahre: Der falsche Weg, die griechische Wirtschaft zu modernisieren

Zu Beginn der Finanzkrise war Griechenlands öffentliche Verwaltung durchweg analog und versuchte erst spät die Digitalisierungspraktiken einzuführen, die schon Jahre zuvor in anderen europäischen Ländern angewandt wurden. Bis 2018 ließen sich Kopien offizieller Papiere, wie z. B. Geburts- oder Heiratsurkunden, nur offline beantragen. Zusätzlich konnten derartige Urkunden nur nach Absprache zwischen drei unterschiedlichen Behörden ausgestellt werden. Renten wurden mit einer Verzögerung von bis zu zweieinhalb Jahren nach Beginn des Ruhestands ausgezahlt. Laut des „Ease of Doing Business Report“ der Weltbank benötigte man zur Gründung eines Unternehmens bis 2014 durchschnittlich 15 verschiedene Genehmigungen. In Deutschland waren es neun, in Zypern nur sechs.<sup>8</sup>

### Wegen der hohen Kosten zahlreicher unpopulärer Modernisierungsmaßnahmen nahmen Politiker aller großen Parteien davon Abstand, den Reformbedarf anzusprechen.

---

Diese Beispiele zeigen den weiten Weg, den Griechenland zur Modernisierung seiner Wirtschaft und Verwaltung hinter, aber auch noch vor sich hat. In den letzten Jahren wurden die Modernisierungsbemühungen hauptsächlich von der „Zuckerbrot und Peitsche“-Politik der

Troika vorangetrieben, die darauf abzielte, die griechische Regierung zu Reformen zu drängen. In der Theorie wurden dadurch viele Teile der Wirtschaft und Verwaltung bereits modernisiert. In der Praxis ist die Umsetzung der Maßnahmen aufgrund der mangelnden Eigenverantwortung bei den Reformen jedoch oft unzureichend. In dem Wissen um die hohen Kosten vieler

unpopulärer Maßnahmen zur Modernisierung der Wirtschaft nahmen die Politiker aller großen Parteien davon Abstand, Verantwortung zu übernehmen und den Reformbedarf zu thematisieren.

Unter externer Aufsicht und im Tausch gegen enorme finanzielle Unterstützung zur Aufrechterhaltung der griechischen Wirtschaft stimmte



Athen gewissen Reformen in der öffentlichen Verwaltung, Privatisierungen, der Gewährleistung finanzieller Stabilität und der Verbesserung seines Justizsystems zu.<sup>9</sup> Seit 2011 liegt der Fokus auf der Konsolidierung des Rentensystems, dem Erhalt des öffentlichen Energieunternehmens PPC und dem Abbau administrativer Belastungen in der griechischen Wirtschaft.<sup>10</sup> Bis Juni 2014 setzte die Regierung Antonis Samaras 265 der 329 OECD-Empfehlungen zur Abschaffung von Wettbewerbsbarrieren um.<sup>11</sup> Der Finanzsektor wurde durch eine zweite Rekapitalisierung stabilisiert und gefestigt. Ein erstes Antikorruptionsgesetz wurde verabschiedet und eine Zivilprozessordnung verfasst. Auf dem Papier zahlten sich die Reformen aus: 2014 befand sich Griechenland im „Ease of Doing Business Report“ der Weltbank 17 Ränge höher als im Vorjahr.<sup>12</sup> Doch in der Realität und vor dem Hintergrund der politischen Linie der Syriza-Regierung unter Alexis Tsipras waren die Reformen mit hohen Kosten für die griechischen Bürger verbunden. Deren Einkünfte, Ersparnisse und Renten fielen drastisch. Rentenfonds wurden zusammengelegt, Ausschüttungen und Zuschüsse gestrichen – das System wurde vereinheitlicht und schrittweise digitalisiert. Das in Misskredit stehende Steuersystem wurde modernisiert, doch gleichzeitig wurden die Steuersätze erhöht. Es wurden Schritte gegen Steuerhinterziehung unternommen und eine umfassende Neubewertung der Vermögenssteuer vorgenommen.<sup>13</sup> Das Ergebnis: Bei der Steuerbelastung von Privatpersonen und Unternehmen steht Griechenland heute ganz oben auf der OECD-Liste.<sup>14</sup>

Dabei traf die Reformwelle vor allem den Privatsektor. Die öffentliche Verwaltung versinkt hingegen weiterhin in Bürokratie, ist immer noch überbesetzt und in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens nicht bürgerorientiert. Trotz einiger Reformen widersetzen sich öffentliche Behörden häufig immer noch dem erklärten Ziel, effizientere, einfachere und transparente Verfahren einzuführen.

## **Bemühungen um eine digitale Transformation**

Schon frühere Regierungen unternahmen wichtige Schritte im Bereich der Digitalisierung, doch führten diese nicht zu den oben genannten Zielen in Bezug auf Effizienz, Einfachheit und Transparenz. In Hinblick auf die enormen Herausforderungen des Landes ist dies verständlich. Dass die neue Regierung in Athen die Digitalisierung ganz oben auf ihre innenpolitische Agenda gesetzt hat, lässt hoffen. Bei seinem Besuch des neugegründeten Ministeriums für digitale Regierung im Juli erklärte der Ministerpräsident die digitale Transformation des griechischen Staats zur Einbahnstraße. „Der Staat muss seinen Bürgern dienen und dies kann nur erzielt werden, wenn der Staat die Verfahren dramatisch vereinfacht und digitalisiert,“ so Kyriakos Mitsotakis. Seitdem ist es das Ziel vieler Reforminitiativen, die Digitalisierung zu einem Querschnittsthema zu machen, das allen Ministerien und Behörden dient und gleichzeitig mit Verfahren des öffentlichen Lebens harmoniert. Die Schlagworte lauten hier *Interoperabilität* sowie *Vereinfachung* und sollen Griechenlands digitaler Transformation endlich zum Absprung verhelfen.<sup>15</sup> Denn bis heute laufen die Internetseiten der griechischen Verwaltung auf unterschiedlichen Systemen, sind wenig nutzerfreundlich sowie aufgrund mangelnder Wartung ausgesprochen störungsanfällig. Zudem sind sie durch Cyberattacken angreifbar, wie die Ereignisse Mitte Januar 2020 gezeigt haben.<sup>16</sup>

Mit Blick auf die Vorgabe einer höheren Transparenz gibt die Regierung an, die offiziellen Dateneigentümer und Behörden, die für die Bereitstellung digitaler Dienstleistungen zuständig sind, stärker kontrollieren zu können.<sup>17</sup> Eine Neugestaltung der administrativen Verfahren im Sinne einer umfassenden Digitalisierung ist geplant. Für die Einbindung bewährter internationaler Methoden hat das Digitalisierungsministerium ein Expertenkomitee als institutionalisierten Konsultationsmechanismus berufen, in dem auch der ehemalige estnische Präsident Toomas Hendrik Ilves sitzt. Dieser strukturierte sein Land erfolgreich zu einer der

← Kein Zugang zu Banken und öffentlichen Dienstleistungen: Während der Finanzkrise gestaltete sich das Leben für die Griechen schwierig. [Quelle: © Yannis Behrakis, Reuters.](#)

am weitesten entwickelten digitalen Gesellschaften und wettbewerbsfähigsten Wirtschaften der Welt um.

Im Gegensatz zu den Esten haben bislang jedoch nur 36 Prozent der Griechen eine E-Government-Leistung in Anspruch genommen – der EU-Durchschnitt liegt bei 64 Prozent.<sup>18</sup> Die EU weist darauf hin, dass die griechische Bevölkerung im Vergleich zu anderen EU-Mitbürgern kaum digitale Kompetenzen aufweist.<sup>19</sup> Um eine größere Akzeptanz für digitale Behördendienste zu erreichen, müssen diese nicht nur als hilfreich, sondern auch als zeitsparend, effektiv und leicht handhabbar gesehen werden. Es wird deutlich, dass hier digitale Bildung in öffentlichen Schulen, Einrichtungen für lebenslanges Lernen und anderen Bereichen notwendig ist.

Führende Akteure des Privatsektors sind große Befürworter eines stärkeren Antriebs der Digitalisierung durch die Regierung. Die Vereinfachung der Bürokratie, eine Anpassung des Besteuerungsrahmens und ein größeres Vertrauen in den Staat wurden immer als führende Prinzipien auf dem Weg aus der Krise und in das 21. Jahrhundert gesehen.

### **Die Digitalisierung der Behörden würde zu einer effektiveren Korruptionsbekämpfung führen und die stark beklagte öffentliche Verwaltung verbessern.**

---

Renommierte heimische Forschungsinstitute wie der griechische Industrieverband, das Institut für Wirtschafts- und Industrieforschung, die Open Technologies Alliance und das unabhängige Expertengremium diaNEOsis sind sich darin einig, dass die Digitalisierung und Vereinfachung von Abläufen der einzige effektive Weg zu diesen Zielen sind. Für Griechenland würde die Digitalisierung nicht nur einen markanten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts, sondern auch

eine höhere Lebensqualität für seine Einwohner bedeuten:<sup>20</sup> 2017 errechneten führende Experten, dass eine erfolgreiche und umfassende digitale Transformation das Bruttoinlandsprodukt bis 2021 um vier Prozent steigern und 50.000 neue Arbeitsplätze schaffen könnte.<sup>21</sup> Außerdem würde die Digitalisierung der Behörden zu einer effektiveren Korruptionsbekämpfung führen und die stark beklagte öffentliche Verwaltung verbessern. So würde das Vertrauen in die Administration wiederaufgebaut und das Bürgerengagement gefördert werden.<sup>22</sup>

### **Der Privatsektor: Überleben und Widerstandsfähigkeit**

Griechische Unternehmen trugen die Hauptlast der Rezession nach 2008. Einen großen Teil des nationalen Bruttoinlandsprodukts steuern die ungewöhnlich vielen Klein- und Kleinstunternehmen bei. In der Krise mussten zahlreiche Läden jedoch schließen, Arbeitsplätze wurden gestrichen und der Konsum nahm drastisch ab. Die Unternehmen, die diese Jahre überlebten, bewiesen Innovation und Widerstandsfähigkeit – sie zeigten sich flexibel gegenüber neuen Herausforderungen und Umständen. Einige große Unternehmen haben ihre eigenen digitalen Initiativen gegründet, die ihnen halfen, ihre Aktivitäten weltweit auszuweiten. Die *Smart Factories* der Mytilineos Gruppe zum Beispiel nutzen digitale Schmelzanlagen in der Metallurgie.<sup>23</sup> Andere kleinere Betriebe schlossen sich zusammen und schufen Initiativen wie das Data Science Lab powered by TITAN Greece<sup>24</sup> als Teil eines digitalen Transformationsplans. Doch sowohl bei der Verbesserung der Kundenerlebnisse als auch bei der Automatisierung und Rationalisierung der Produktion befinden sich die meisten großen Unternehmen nach wie vor in der Anfangsphase der digitalen Transformation.

Bemerkenswert ist jedoch die Entstehung einer erfolgreichen Start-up-Szene in Griechenland in den letzten Jahren, die bereits einige erfolgreiche Unternehmensgeschichten generierte und weit über die Grenzen Griechenlands expandierte. Tech-Unternehmen wie Blueground, TaxiBeat und Workable konnten rasante Entwicklungen,





Sonnenbrillen aus Seegras: Die Entstehung einer erfolgreichen Start-up-Szene in Griechenland ist bemerkenswert.  
Quelle: © Alkis Konstantinidis, Reuters.

hohe Gewinne und ein steigendes internationales Interesse an ihren Produkten verzeichnen. TaxiBeat wurde 2017 sogar vom deutschen Daimler-Konzern übernommen und feiert Erfolge in Lateinamerika. Wie andere erfolgreiche griechische Start-ups behält es seinen Hauptsitz in Athen. Auch große Tech-Unternehmen aus den USA wie Google, Amazon und Tesla sind auf die griechische Start-up-Szene aufmerksam geworden und fördern die dortigen Aktivitäten. Gleichzeitig starten sie eigene Pilotprojekte im Lefkippos Technologiepark im Außenbezirk Athens. Unter anderem unterhält Tesla hier einen Forschungs- und Entwicklungsstandort.

Abgesehen von der kühnen und zunehmend lebhaften Start-up-Szene leiden kleine Unternehmen und Privatinitiativen immer noch darunter, dass der Staat nicht die angemessenen Rahmenbedingungen und administrative Transparenz bereitstellen kann, um sie zu unterstützen. Ein anschauliches Beispiel ist das Gesetz zur Investitionsförderung aus dem Jahre 2016, welches ein Hilfsprogramm für private Investitionen zur regionalen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes schaffen sollte: Die Internetseite des Programms war bis vor Kurzem nicht aufrufbar und die verschiedenen bürokratischen Hürden sorgten dafür, dass nur ein kleiner Teil

der Förderungen tatsächlich ausgezahlt wurde. Stattdessen häufte sich die Kritik. Der amtierende Minister für Entwicklung und Investitionen reagierte sarkastisch auf die Funktionalität des Programms: „So, wie die Dinge gerade laufen und unter der Annahme, dass ein Unternehmen, das sich für die Förderung bewirbt, alles richtiggemacht hat, die nötigen Papiere vorliegen und dass alles glatt läuft, braucht es 43 bürokratische Schritte und sieben Jahre Wartezeit, um die versprochenen Gelder zu bekommen.“ Die Bereitschaft der Regierung, die Dinge für kleine inländische Betriebe grundlegend zu verändern, wird wohl die Messlatte für ihren politischen Willen darstellen. Es wird notwendig sein, die Bürokratie mit besonderer Entschlossenheit zu vereinfachen und die wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen – vor allem bei Investitionen außerhalb der Hauptstadt Athen.

### **Einige Kommunalverwaltungen gehen voran**

In einem zentralisierten Staat wie Griechenland ist es bemerkenswert, dass einige Gemeinden trotz der Tatsache, dass sie nur über sehr eingeschränkte Möglichkeiten und ein zentralisiertes Budget verfügen, zu Experimentierfeldern für Innovationen im Bereich der Digitalisierung werden. Unter den 332 verzeichneten Gemeinden hebt sich Trikala im Norden Griechenlands besonders hervor. In der öffentlichen Diskussion wird sie die Smart City Griechenlands genannt. Dadurch, dass sie sich der Digitalisierung im Vergleich zum Rest des Landes in einer sehr frühen Phase geöffnet hat, konnten die Kommunalverwaltung und der Stadtrat strategische Entscheidungen treffen und wichtige internationale Partnerschaften aufbauen,<sup>25</sup> um den Einwohnern effektive Dienste zur Verfügung zu stellen. Die mobile Trikala Check App bietet in Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen drahtlosen Internetzugang und ein intelligentes Parksystem im örtlichen Einkaufszentrum. Außerdem hat die Stadt fahrerlose Linienbusse getestet und ist offen für Smart City-Konzepte wie intelligente Beleuchtung. Andere Gemeinden haben Teile ihrer Digitalisierungsvorhaben von Dienstleistungen an eine übergreifende Bürgerengagement-Plattform

für Kommunalverwaltungen ausgelagert (unter anderem Athen, Dionysos und Igoumenitsa). Dies hat die Zusammenarbeit der Bürger mit ihrer Stadtverwaltung erheblich verbessert sowie die Möglichkeiten erweitert, Daten zu verschiedenen Themen wie Kundenzufriedenheit, öffentlichen Beschwerden oder Vandalismus-Meldungen zu sammeln. Die Gemeinden, in denen digitale Dienste immer stärker angenommen werden und Offenheit gegenüber öffentlich-privaten Kooperationen besteht, können ein Vorbild für andere Gemeinden sein. Der Erfolg dieser Pioniere sollte auch die nationale Regierung dazu motivieren, Initiativen zu einer direkteren Interaktion zwischen Kommunalverwaltungen und ihren Bürgern zu fördern – vor allem bei der Nutzung und Erweiterung digitaler Dienstleistungen. So könnten bewährte Methoden zur Verbesserung von Dienstleistungen und einer effizienten, nachhaltigen Nutzung der staatlichen Förderungen aufgezeigt werden und als Beispiel dienen.

### **Mithilfe der Digitalisierung wird Griechenland wieder mitmischen können**

Seit zwei Jahren befindet sich Griechenlands Wirtschaft in einem Aufwärtstrend.<sup>26</sup> 2020 erwartet der Finanzminister ein Wachstum von 2,8 Prozent<sup>27</sup> – es wäre das höchste Wachstum seit Beginn der Krise vor zehn Jahren. Vor Kurzem stuften zudem diverse Ratingagenturen den Status Griechenlands hoch und gaben der Wirtschaft des Landes einen positiven Ausblick. Unter anderem die Financial Times berichtete darüber, dass internationale Märkte eine hohe Nachfrage nach griechischen Anleihen beobachten, da die Kapitalmarktzinsen zeitweise unter denen Italiens liegen. Das Land scheint auf einem Weg der Besserung. Wie es mit den Herausforderungen der Digitalisierung umgeht, wird ausschlaggebend dafür sein, ob der Aufschwung nachhaltig bleibt.

Im 21. Jahrhundert ist die Digitalisierung eine Einbahnstraße: 2020 gehört es zum Allgemeinwissen, dass effiziente öffentliche Dienstleistungen und transparente Politikgestaltung den Bürgern am meisten dienen. Dies kann heutzutage am besten mithilfe des Internets sichergestellt

werden. Griechenland, die Geburtsstätte der Demokratie, fand sich in den letzten Jahren jedoch nicht an der Spitze der Innovation. Es hat den ersten Zug der Informationstechnologie zu Beginn des Jahrtausends verpasst und tut sich nun schwer, auf den nächsten Zug der Digitalisierung und des effektiven E-Governments aufzusteigen. Da aktuell nur 1,13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung fließen, was Griechenland innerhalb der EU Rang 18 verschafft,<sup>28</sup> scheint der aktuellen Regierung in Athen die Herausforderung bekannt zu sein. Nichtsdestotrotz wurden ermutigende Schritte in die richtige Richtung unternommen und einige Kommunalverwaltungen und Teile des Privatsektors zeigen die nötige Motivation, um das Land voranzutreiben. Diese Anzeichen für Veränderung und Innovation basieren größtenteils auf Lektionen aus der Vergangenheit und sind ein Beweis für die kreative Widerstandskraft einiger führender Akteure im griechischen Privatsektor. Nun muss auch der öffentliche Sektor diesem Beispiel folgen. In ihren ersten sechs Monaten zeigte die Regierung unter Mitsotakis, dass sie die Fehler der Vergangenheit in Zukunft zu verhindern und aus bewährten Methoden im Ausland zu lernen versucht. Doch der Großteil der Arbeit steht noch bevor.

### **Mithilfe effizienter Online-Dienstleistungen für Bürger und Unternehmer könnte die öffentliche Verwaltung ein zuverlässiger Partner für internationale Investoren werden.**

Wie könnte eine dynamische und digitale Demokratie in Griechenland aussehen? Erstens könnte sie dort Transparenz schaffen, wo bisher Klientelismus und Bürokratie für Nebel sorgten und Entwicklung sowie Wachstum verhinderten. Zweitens könnte sie Vertrauen stärken. Durch eine stärkere Interaktion mit seinen Bürgern und die Möglichkeit, in Echtzeit auf ihre Wünsche

und Vorschläge zu reagieren und sie die Ergebnisse beobachten zu lassen, könnte das Vertrauen in öffentliche Behörden und auch das Bürgerengagement wachsen. Drittens würde sie das Wirtschaftswachstum fördern. Mithilfe einer Vielzahl effizienter Online-Dienstleistungen für Bürger und Unternehmer könnte die öffentliche Verwaltung ein zuverlässiger Partner für internationale Investoren werden. Das Potenzial, die Minderung, Vereinfachung und Harmonisierung dieser Vorgänge zu erreichen, ist groß. Diese und andere Vorteile könnten Griechenlands Attraktivität für ausländische Direktinvestitionen erhöhen. Außerdem könnte eine Umstellung auf einen stärkeren digitalen Marktplatz mehr Know-how aus dem Ausland bringen.

Eine funktionierende digitale Demokratie würde darüber hinaus eine bessere Lebensqualität mit sich bringen, wenn gesammelte Daten dazu genutzt würden, Städte und Gemeinden smarter und nachhaltiger zu gestalten. Fortschritte ließen sich in verschiedenen Bereichen erzielen – von der Abfallwirtschaft über den Stromverbrauch bis hin zu intelligenten Verkehrssystemen. In Bereichen also, in denen Griechenland weit unten in europäischen und internationalen Rankings liegt.

Die Digitalisierung könnte auch Vorteile für die Bildung bringen. Obwohl das griechische Bildungssystem bei seinen Einwohnern ein hohes Ansehen genießt, gibt es im internationalen Vergleich viel Verbesserungsspielraum. Fernunterricht und Online-Studiengänge sind nahezu unbekannt. Die Vorteile eines modernisierten Bildungssystems auf Grundlage digitaler Kompetenzen könnten durchaus umfangreich sein. Vor allem würde es dabei helfen, Menschen mit besonderen Bedürfnissen miteinzubeziehen und den Anteil beschäftigter Frauen zu erhöhen, der im Vergleich zu anderen europäischen Staaten ebenfalls relativ gering ist.

Ein weiterer Bereich, der von einer stärkeren Digitalisierung profitieren würde, sind öffentlich-private Partnerschaften, die in Griechenland immer noch eine Ausnahme darstellen. Ein höheres Aufkommen dieser Partnerschaften könnte

das Land mithilfe von Kooperationen statt einseitiger Regierungsinitiativen oder Unternehmensideen in eine neue Ära der Entwicklung führen. In fast jedem Bereich könnten diese Kooperationen stattfinden – auch im Bankensektor, in dem Griechenland immer noch die Folgen der Finanzkrise spürt. Aktuell arbeitet das Ministerium für Entwicklung und Investments mit der Hellenic Bank Association zusammen, um die digitale Plattform des Investitionsförderungsgesetzes voranzutreiben und bis April 2020 funktionsfähig in Betrieb zu nehmen.

Das Leben in einer digitalen Welt bringt Herausforderungen mit sich. Um wirtschaftlich erfolgreich zu sein, muss Griechenland seine Stärken hervorheben, seine Ressourcen effektiv nutzen und vor allen Dingen ein sicheres und offenes Umfeld schaffen, in dem seine Bürger und Unternehmen florieren können. Zu Beginn des neuen Jahrzehnts ist es Zeit, die Grundlage für eine digitale Demokratie und Wirtschaft zu legen. Erweisen sich diese Bemühungen als erfolgreich, kann Griechenland zu einem attraktiven Ziel nicht nur für Sonnenhungrige und Essensliebhaber, sondern auch für führende Unternehmen und kluge Köpfe auf der Suche nach Gelegenheiten und Innovationen werden.

*–übersetzt aus dem Englischen–*

---

**Henri Giscard Bohnet** ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Griechenland.

**Martha Kontodaimon** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Griechenland.

- 1 Europäische Kommission 2019: Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI), Länderbericht Griechenland 2019, in: <https://europa.eu/!gJ98wr> [21.02.2020].
- 2 OECD 2019: Unemployment rate, Greece Q3 2019, in: <https://bit.ly/2HaSTAQ> [05.02.2020].
- 3 Eurostat 2019: General government gross debt – annual data, unit: Percentage of gross domestic product (GDP), in: <https://bit.ly/37Izulu> [05.02.2020].
- 4 Ekathimerini 2019: Mitsotakis certain Greece will turn the page, 24.05.2019, in: <http://ekathimerini.com/240848> [17.03.2020].
- 5 Europäische Kommission 2019, N. 1, S. 5, 9 und 12.
- 6 Ebd., S. 5.
- 7 Europäische Kommission 2019: DESI, Länderbericht Deutschland 2019, S. 5, in: <https://europa.eu/!VD77My> [21.02.2020].
- 8 Weltbank 2020: Ease of doing business index, in: <https://bit.ly/2ShRPBG> [27.01.2020].
- 9 Europäische Kommission 2019: Financial assistance to Greece, Information on the enhanced surveillance framework for Greece, Overview of the ESM stability support programme and previous programmes, in: <https://bit.ly/31Jqhib> [23.12.2019].
- 10 Europäische Kommission 2014: Report on Greece’s compliance with the Milestones of the disbursement to the Hellenic Republic of the third tranche of EUR 1.0bn of the EFSF instalment related to the fourth review under the second programme, 11.08.2014, in: <https://bit.ly/37luz9T> [23.12.2019].
- 11 Europäische Kommission 2014: The Second Economic Adjustment Programme for Greece – Fourth Review, in: <https://bit.ly/38iOKXy> [23.12.2019].
- 12 Weltbank 2014: Doing Business 2014, Understanding Regulations for Small and Medium-Size Enterprises, in: <https://bit.ly/2ut7jtw> [05.02.2020].
- 13 Europäische Kommission 2018: Compliance Report, ESM Stability Support Programme for Greece, Fourth Review, 09.11.2018, in: <https://bit.ly/2UH3BHe> [23.12.2019].
- 14 OECD 2019: Revenue Statistics 2019, 05.12.2019, in: <https://bit.ly/2OHFDM> [27.12.2019].
- 15 Hellenic Ministry of Digital Governance 2019: Mission Statement, in: <https://bit.ly/2vm0JF5> [15.12.2019].
- 16 Ekathimerini 2020: Greek government websites hit by cyberattack, 24.01.2020, in: <http://ekathimerini.com/248802> [11.02.2020].
- 17 Hellenic Ministry of Digital Governance 2019, N. 15.
- 18 Europäische Kommission 2019, N. 1, S. 12.
- 19 Europäische Kommission 2019, N. 1, hier: Digital Single Market, Greece.
- 20 Spinellis, Diomidis / Vasilakis, Nikos / Pouloudi, Nancy / Tsouma, Niki 2018: Digital Governance in Greece, Successes, Problems and the Way to the Digital Transformation, 03/2018, in: <https://bit.ly/2OJNvZG> [20.11.2019].
- 21 Accenture 2017: Digital Greece, The Road Towards Growth. in: <https://bit.ly/38oqxPK> [27.12.2019].
- 22 Spinellis et al. 2018, N. 20.
- 23 Profilnet 2017: Mytilineos Digital Smelter, 16.10.2017, in: <https://bit.ly/2UI8lwr> [11.02.2020].



- 24 Titan Greece 2019: Initiative for digital skills in collaboration with ReGeneration, 12.09.2019, in: <https://bit.ly/2UI8HmL> [11.02.2020].
- 25 Einige von ihnen sind Mitglieder der Deutsch-Griechischen Versammlung (DGV) der Kommunalverwaltungen beider Länder, die von der Abfallwirtschaft über klimafreundliche Richtlinien bis hin zu intelligenten Mobilitätsprogrammen in verschiedenen Bereichen zusammenarbeiten. Siehe DGV-Homepage (deutsch und griechisch), in: <http://grde.eu> [19.02.2020].
- 26 Statista 2020: Greece, Real gross domestic product (GDP) growth rate from 2014 to 2024, in: <https://bit.ly/2Hbgilx> [11.02.2020].
- 27 Tornos News 2019: Greek 2020 draft budget foresees 2.8% GDP growth and 3.5% primary surplus, 07.10.2019, in: <https://bit.ly/3bmDtY2> [11.02.2020].
- 28 National Documentation Centre 2019: R&D indicators for Greece improve further, 26.07.2019, in: <https://bit.ly/3bsxelr> [11.02.2020].



Quelle: © Thomas Peter, Reuters.

[Digitale Demokratie](#)

# Invented in China

Hochtechnologie im Dienste des Illiberalismus

Sebastian Weise

30 Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion geht es wieder um Grundlegendes in der internationalen Politik. War es im Kalten Krieg die sozialistische Doktrin der UdSSR, ist es heute der digital ermöglichte Autoritarismus Chinas, der den Westen herausfordert. In diesem Systemkonflikt stehen nicht mehr nur militärische Fähigkeiten im Vordergrund, sondern ebenso digitale Schlüsseltechnologien und Zukunftsindustrien. Will sich der Westen durchsetzen, muss er die Innovationskraft Chinas sachlich beurteilen und Antworten finden, die der Faktizität der Globalisierung im Forschungs-, Innovations- und Wirtschaftsbereich gerecht werden.

---

### **China auf der Überholspur? Vom Imitator zum Innovator**

Blickt man in die jüngere Vergangenheit, ist die heutige Systemkonkurrenz eigentlich erstaunlich. Noch weit in die 2010er Jahre hinein wurde seitens des Westens angenommen, dass moderne Informationstechnologie die Verbreitung liberaler Werte und Ordnungsvorstellungen beschleunigt. Experten sowie Entscheidungsträger waren sich damals sicher, dass illiberale Regime nicht in der Lage zu sein würden, die demokratisierende Wucht des Internets einzudämmen und eine Flut globaler Daten- und Kommunikationsströme zu zensurieren.<sup>1</sup> Zwar erkannte man im Westen frühzeitig die Bestrebungen Chinas, des freien Internets Herr zu werden. Wie Bill Clintons Aussage aus dem Jahr 2000 zeigt, wurden diese Bemühungen allerdings als wenig aussichtsreich eingestuft: „In the new century, liberty will spread by cell phone and cable modem. [...] We know how much the Internet has changed America, and we are already an open society. Imagine how much it could change China. Now there's no question China has been trying to crack down on the Internet. Good luck! That's sort of like trying to nail Jell-O to the wall.“<sup>2</sup> Darüber hinaus ist der Systemwettbewerb erstaunlich, da China zwar seit Längerem ein beeindruckendes wirtschaftliches Wachstum aufweisen kann, gleichzeitig aber als innovationsträge galt. Vielfach wurde China dabei attestiert, dass es westliche Innovationen

zwar kopieren und adaptieren könne, allerdings nicht in der Lage sei, bedeutende Innovationen eigenständig hervorzubringen.<sup>3</sup> Noch bis 2014 kamen Experten vor diesem Hintergrund zu dem Urteil, dass der Aufstieg Chinas für den Westen und die USA keine ernsthafte Bedrohung darstellt. Ist die Technologieführerschaft doch das eigentliche Fundament der Machtverteilung zwischen Staaten. Selbst langfristig könne sich der Westen in Sicherheit wiegen, da für Innovationen im Hochtechnologiesektor komplexe Kompetenzen und ein offenes, vielfältiges Innovationsökosystem vorhanden sein müssen. Gerade diese Kompetenzen und Offenheit lassen sich weder einfach importieren noch kopieren, sodass der Aufstieg Chinas vom Imitator zum Innovator ein langwieriger Prozess wäre.<sup>4</sup> Dass wir heute trotz all dieser Prognosen über eine neue Systemkonkurrenz und die Innovationskraft Chinas debattieren, ist wesentlich auf die Industriestrategie „Made in China 2025“ und damit verbundene Maßnahmen zurückzuführen.

#### *„Made in China 2025“: Katalysator für marktgetriebene, offene Innovationen*

Mit der Industriestrategie „Made in China 2025“ legte China 2015 ein Strategiedokument vor, das letztlich bis heute den Rahmen für die Entwicklung des chinesischen Industrie- und Hochtechnologiesektors bildet.<sup>5</sup> Mit der Strategie zielt das Land darauf ab, weite

Teile der Wirtschaft zu digitalisieren und seine eigenständige Innovationskraft zu stärken, sodass mittelfristig neue Stufen in der industriellen Wertschöpfungskette unabhängig erklommen werden können (Innovationsautonomie). Langfristig strebt China den Aufstieg zur global führenden Innovations- und Industriesupermacht an. Gleichzeitig soll die wirtschaftliche Transformation dazu beitragen, wirtschaftliches Wachstum und Wohlstandzuwächse zu verstetigen. Somit soll China einerseits mittelfristig zu einem *high income country* aufsteigen und andererseits nicht in die Falle der Stagnation des wirtschaftlichen Wachstums (*middle-income-trap*<sup>6</sup>) geraten. Diese Ziele sind entscheidend, da wirtschaftliches Wachstum und Wohlstandszuwachs tragende Säulen der politischen Stabilität des Landes darstellen.

Um diese Ziele zu erreichen, setzt die Strategie auf die Nutzung von Marktkräften, offene und eigenständige Innovationen, *leap-frogging*, gezielte staatliche Förderung und die Verschränkung zivil-militärischer Innovationssysteme. Darüber hinaus erfolgt eine klare Schwerpunktsetzung zugunsten von Sektoren und Technologiefeldern, die aus Sicht der chinesischen Regierung von strategischer Bedeutung sind.<sup>7</sup> Zusätzlich führt die Strategie ein breites Portfolio an Handlungsfeldern für konkrete Maßnahmen an. Zu diesen zählen

- die Förderung von Forschung und Entwicklung,
- der Schutz des einheimischen Marktes gegenüber ausländischen Hochtechnologieunternehmen,
- die Förderung von Unternehmen bei deren Entwicklung zu nationalen und internationalen Champions,
- die Unterstützung von Wissens- und Technologietransfers,
- der Aufbau sektorspezifischer Innovationszentren auf lokaler Ebene sowie
- die stetige und pragmatische Anpassung der Strategie inklusive klarer Zielvorgaben und der Übersetzung der Rahmenstrategie in regionale und sektorale Teilstrategien.

Während Innovationen im strategischen Denken chinesischer Regierungen bereits seit Langem eine führende Rolle spielen, besteht eine zentrale Neuerung dieser Strategie in einem veränderten innovationspolitischen Ansatz. Dieser bewegt sich weg vom Staat als Planer von Innovationen, hin zum Staat als hybrider Innovationskatalysator, der zugunsten marktgetriebener, offener Innovationen förderliche Rahmenbedingungen setzt und gleichzeitig die Skalierung von Innovationen massiv fördert.<sup>8</sup> Während in der öffentlichen Debatte zumeist die drastische Zunahme der staatlichen Förderung von Forschung und Entwicklung (F&E) durch den chinesischen Staat im Vordergrund steht,<sup>9</sup> wird diese strukturelle Veränderung – die sich an das Aufstiegsmodell der asiatischen Tigerstaaten anlehnt – zumeist übersehen. Dies ist problematisch, da gerade die Verschmelzung von freiheitlicheren Marktkräften mit autokratischen Strukturen ein neues, staatskapitalistisches Innovationsmodell bildet.

## Innovation und Systemkonkurrenz

### *Hightech im Dienste der Kommunistischen Partei (KP)*

Mit der angestrebten Transformation Chinas entsteht für den Westen aber nicht nur ein wirtschaftlich potenter Herausforderer. Es entsteht ein durch digitale Innovationen ermächtigter Systemkonkurrent.<sup>10</sup> China instrumentalisiert Innovationen sowohl zur Absicherung des machtpolitischen Aufstiegs wie zur Festigung seiner illiberalen inneren Ordnung: „Advanced technology is the sharp weapon of the modern state.“ (Xi Jinping).<sup>11</sup> Wie digitale Innovationen und Hochtechnologie eingesetzt werden, verdeutlicht zum einen der Aufbau eines Social Scoring Systems (SSS).<sup>12</sup> Ursprünglich entwickelt, um ein Vertrauensdefizit bei der Vergabe von Krediten zu adressieren, dient es mittlerweile einer umfassenden staatlichen Überwachung und Disziplinierung. Durch das SSS werden die sozialen und politischen Tätigkeiten sowohl von Bürgern, als auch von Unternehmen und NGOs erfasst und nach Vorgaben der KP bewertet. Das automatisch erfasste und bewertete Verhalten fließt wiederum in ein Gesamtpunktesystem



Auf Schritt und Tritt: Zu relativ geringen Kosten ist heute ein höheres Maß an sozialer Überwachung und Verfolgung Andersdenkender möglich als noch zu analogen Zeiten. [Quelle: © Damir Sagolj, Reuters.](#)

ein. Personen mit einem negativen Ranking werden dann höhere Steuern auferlegt, Karrieren in staatlichen und staatsnahen Organisationen verwehrt oder in ihren Reisemöglichkeiten eingeschränkt. Welche Möglichkeiten solch ein Überwachungssystem einem Staatsapparat bietet, zeigt aktuell die Situation der uigurischen Minderheit in China. Das Arsenal hochentwickelter Informationstechnologie, das für das Social Scoring System zum Einsatz kommt, umfasst unter anderem modernste Telefon- und Videoüberwachung inklusive KI-gestützter Gesichts- und Spracherkennung wie auch Systeme zur Analyse digitaler Kommunikationsflüsse und des Onlineverhaltens von Nutzern. Darüber hinaus wird das System in manchen Regionen sogar um eine DNA-Datenbank ergänzt.

Zusätzlich zum Social Scoring System wird modernste Informationstechnologie in China bereits seit 2012 intensiv für den Aufbau und die Überwachung des „chinesischen Internets“ eingesetzt. Während der Westen für ein offenes und freies Internet eintritt, steht China für ein staatliches und zensiertes Ordnungsmodell des digitalen Raums.<sup>13</sup> Hierbei sind die Idee einer nationalen Cybersouveränität und ein stark politisch aufgeladenes Cybersicherheitsverständnis von zentraler Bedeutung. Zugleich sind dies ordnungspolitische Mittel, um ein aus chinesischer Sicht „sauberes und gerechtes Internet“ auf nationaler Ebene aufzubauen.<sup>14</sup> Dank der *Great Firewall* werden im chinesischen Teil-Internet ausgewählte westliche Plattformen und Suchmaschinen geblockt, Datenströme gefiltert und Inhalte zensiert sowie

Zugänge zum Internet gedrosselt oder gar ganz abgeschaltet.<sup>15</sup> Hochmoderne Informationstechnologien – wie KI oder *deep packet inspections* – sind hierbei entscheidend, da sie die zentralen Werkzeuge liefern, die es China ermöglichen, den Internet-Pudding an die Wand zu nageln.

### *Vorbild Hightech-Autokratie – Eine Gefahr für die Zukunft der Demokratie*

Warum der digitale Autoritarismus eine Gefahr für die Zukunft der Demokratie darstellt, ist auf drei Aspekte zurückzuführen.

1. Dank des Einsatzes modernster Informationstechnologie ist es illiberalen Regimen zu relativ geringen Kosten möglich, ein neues Maß an sozialer Überwachung und Kontrolle der öffentlichen Meinung zu erlangen, sodass illiberale Strukturen nach innen stabilisiert werden können.<sup>16</sup> Zum anderen eröffnet gerade KI zentralistischen Systemen neue Potenziale zur politischen Steuerung aller Gesellschaftsbereiche, im Lichte derer die Steuerungsversuche sozialistischer Systeme der Vergangenheit bestenfalls grobschlächtig wirken.<sup>17</sup>
2. Ein Unterschied zwischen dem digitalen Autoritarismus und seinem Vorgänger ist die Verschmelzung von autoritärer politischer Steuerung mit freien Marktkräften. Diese führt nicht nur dazu, dass China gesamtwirtschaftlich eine beachtlichere Bilanz vorzuweisen hat als vorangegangene Systemkonkurrenten. Zugleich hat China in den letzten Jahren ein eigenes staatskapitalistisches Innovationsmodell entwickelt, das Erfolge vorweisen kann.<sup>18</sup> Auch wenn diese Erfolge sachlich eingeordnet werden sollten, werfen die Entwicklungen Chinas im Innovationsbereich die Frage auf: Kann das hybride Innovationsmodell Chinas die Innovationskraft freiheitlicher Gesellschaften perspektivisch überflügeln?
3. Der digitale Autoritarismus ist bedrohlich, da China zusammen mit Russland anderen un- oder nur eingeschränkt freien Staaten als Vorbild dient.<sup>19</sup> China und Russland haben

es eben nicht nur geschafft, Hochtechnologie für ihre Strukturen nutzbar zu machen. Sie haben hierfür auch einen entsprechenden ordnungspolitischen Rahmen entwickelt. Sei es dabei das Konzept der Cybersouveränität, welches für die nationale Abschottung des Internets bedeutend ist, oder entsprechende Cybersicherheitsgesetzgebungen, die massive Überwachungseingriffe ermöglichen. Darüber hinaus exportieren Staaten wie China und Russland technisches Know-how gepaart mit dem entsprechenden Ordnungsmodell und tragen so auch aktiv zu einer weiteren Ausbreitung des digitalen Autoritarismus bei.<sup>20</sup> Zu den Abnehmern zählen dabei Staaten wie Äthiopien, Ecuador, Südafrika, Bolivien, Ägypten, Ruanda, Venezuela und Saudi-Arabien.<sup>21</sup> Erst kürzlich warnte die Politikwissenschaftlerin Anne-Marie Slaughter: „Dictators are creating and sharing tools for greater population control than ever before.“<sup>22</sup>

### **Was heißt das nun?**

Während außer Zweifel steht, dass der Westen der Herausforderung des digitalen Autoritarismus Chinas entschlossen entgegentreten muss, ist die Wahl der richtigen Mittel weitaus komplizierter. Es handelt sich bei China um einen Herausforderer, der integraler Bestandteil jener globalisierten Wirtschafts-, Forschungs- und Innovationskreisläufe ist, von denen der Westen profitiert. Anders als zu Zeiten des Kalten Krieges bestehen in dem Systemwettbewerb jenseits der zwischenstaatlichen Ebene enge Verflechtungen und gegenseitige Abhängigkeiten, die angesichts der Systemkonkurrenz klug organisiert werden sollten.

**In der Breite ist China gegenwärtig weder eine global führende Innovationsmacht noch ist es im Innovationsbereich autonom.**

---

Um dies zu ermöglichen, ist es zunächst wichtig, Chinas Entwicklung im Innovations- und Hochtechnologiebereich richtig einzuordnen. Das Land hat zwar immense Fortschritte vorzuweisen und besitzt in ausgewählten Bereichen des Hochtechnologiesektors international konkurrenzfähige sowie innovative Unternehmen. In der Breite aber ist China gegenwärtig weder eine global führende Innovationsmacht noch ist es im Innovationsbereich autonom. Die Volksrepublik führt im Global Innovation Index die Gruppe der *middle-income-countries* an. Im weltweiten Vergleich mit hochentwickelten Industrieländern fällt das Land hingegen auf Platz 14 zurück. Im Bereich Patentanmeldungen zeigt sich ebenso, dass noch immer erheblich mehr westliche Innovationen in China angemeldet werden und chinesische Patente weitaus stärker in *emerging countries* und Entwicklungsländer diffundieren.<sup>23</sup> Darüber hinaus hat zwar die Quantität chinesischer Patente in den letzten Jahren enorm zugenommen, die Qualität derer hinkt westlichen Patenten aber noch immer hinterher.<sup>24</sup> Im Bereich der privaten Forschungsausgaben von Unternehmen – die an weltweiten F&E-Ausgaben einen wesentlich größeren Anteil haben als die staatliche Förderung – ist China in der weltweiten Top 2.500 zwar erheblich stärker präsent als in der Vergangenheit. In der Gruppe der 50 Unternehmen, die 2018 die höchsten F&E-Ausgaben vorweisen können, ist mit Huawei aber nur ein einziges chinesisches Unternehmen vertreten.<sup>25</sup> Im Start-up-Bereich hat China im Jahr 2018 einerseits mehr Unicorns als die USA hervorgebracht und auch mehr Risikokapital akquiriert. Andererseits ist das chinesische Innovationsökosystem gesamtheitlich noch immer in einer frühen Phase und dabei massiv auf Basisinnovationen und auch Know-how aus dem Ausland angewiesen.<sup>26</sup> Selbst in dem von China als strategischen Kernbereich identifizierten Feld Künstliche Intelligenz stellt das Land aktuell lediglich sechs der 100 erfolgreichsten KI-Start-ups weltweit.<sup>27</sup>

Blickt man auf die Forschungslandschaft, gehört China in einigen Hochtechnologiefeldern – unter anderem bei KI, Quantencomputern und

Batterietechnologie – zur weltweiten Spitze. Selbst im Nature-Index steht China heute direkt hinter den USA auf Rang zwei bei den Naturwissenschaften.<sup>28</sup> Ein genauerer Blick zeigt allerdings, dass die einflussreichsten Publikationen (Naturwissenschaften) noch überwiegend aus dem Westen stammen.<sup>29</sup> Auch der Großteil der führenden Wissenschaftsinstitutionen (Naturwissenschaften) sind westliche Universitäten.<sup>30</sup> Würde man außerdem die Leistung der europäischen Staaten im „Nature-Index“ addieren, läge China hinter den USA und Europa nur auf Rang drei. Blickt man auch hier auf den KI-Bereich, zeigt sich Ähnliches. In einem aussagekräftigen Ranking – basierend auf den Forschungsbeiträgen zu den weltweit führenden KI-Konferenzen – sind nicht nur lediglich zwei chinesische Universitäten (Platz 15 und 22) in den *Top 40 Global AI Organizations*. Als KI-Forschungsstandort fällt China auch klar hinter die USA und Europa (aggregiert) zurück.<sup>31</sup>

### Ein Blick auf die Exporte zeigt, dass ein erheblicher Teil der Hochtechnologieprodukte in China nur gefertigt wird.

---

Das oben gezeichnete Bild setzt sich im Hochtechnologiesektor fort. China ist einerseits zum weltweit größten Exporteur aufgestiegen und kann in ausgewählten Industriezweigen international hervorragend positionierte Unternehmen aufweisen.<sup>32</sup> Ein eingehender Blick auf die Exporte zeigt andererseits, dass ein erheblicher Teil der Hochtechnologieprodukte in China lediglich gefertigt wird, sodass die Gewinne an westliche Technologieunternehmen zurückfließen.<sup>33</sup> Trotz aller Erfolge weist Chinas Hochtechnologiesektor bis heute Schwächen in der Grundlagenforschung und bei *enabling technologies* – insbesondere dem Halbleitersektor – auf.<sup>34</sup> Zu guter Letzt zeigt ein Blick auf Chinas Innovationsökosystem, dass trotz aller Impulse für Veränderungen hinsichtlich innovationsfördernder Strukturen weiterhin erhebliche Defizite existieren, deren Behebung eher eines langen Marsches als eines kurzen Sprungs bedarf.<sup>35</sup>

Für den Westen bedeutet dies, dass man China als Innovationswettbewerber ernst nehmen muss, ohne die Innovationskraft zu verklären. Noch immer ist China mit Blick auf Innovationen in der Breite stärker vom Westen abhängig als umgekehrt. Diese Asymmetrie könnte für den Westen ein Instrument darstellen, um Interessen durchzusetzen. Statt in Fatalismus zu verfallen, sind die Fortschritte Chinas außerdem eher ein Signal an den Westen, seine Innovationssysteme zu stärken und zu vernetzen, um den Innovationsvorsprung zu erhalten. Gleichzeitig gehört China in manchen Bereichen zur internationalen Spitze im Innovationsbereich, sodass Kooperationsformen mit chinesischen Innovationssystemen für den Westen Chancen bieten. Um diese zu realisieren, müssen China und der Westen auf einem *levelled playing field* agieren und illegitime Technologietransfers sowie die Nichtachtung geistiger Eigentumsrechte unterbunden werden. Kooperation mit China muss regelbasiert sein und auf Reziprozität aufbauen.

### **Ausländische Unternehmen werden beim Markteintritt in Joint Ventures gezwungen, so dass Know-how nach China abfließt.**

---

#### *Fairer Handel und regelbasierte Kooperation*

Genau dies ist gegenwärtig kaum gegeben und wird von den USA im aktuellen Handelsstreit zu Recht eingefordert.<sup>36</sup> Betrachtet man kritisch Chinas innovationspolitischen Ansatz stechen drei Punkte hervor. Zuerst sei der gezielte Technologietransfer und die unzureichende Achtung geistiger Eigentumsrechte genannt. Bereits seit Jahren werden aus China heraus strategische Investitionen in westliche Hochtechnologieunternehmen getätigt und die gewonnene Expertise anschließend nach China transferiert. Ebenso werden ausländische Unternehmen beim Markteintritt in Joint Ventures gezwungen, so dass Know-how nach China

abfließt. Damit verbunden ist der Vorwurf, dass China Forschungsk Kooperationen und akademischen Austausch gezielt nutzt, um Wissens- und Technologietransfers zu forcieren. Weiterhin geht China im Inneren nicht adäquat gegen die





Verletzung geistiger Eigentumsrechte vor. Manche Experten werfen dem chinesischen Staat sogar vor, sich aktiv an Industriespionage zu beteiligen.<sup>37</sup> Der andere Ansatzpunkt betrifft die Abschottung des chinesischen Marktes gegenüber

dem internationalen Wettbewerb insbesondere in der Digitalwirtschaft und im IT-Sektor. Auch wenn China seit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) den Zugang für ausländische Unternehmen und Investoren zum chinesischen



Gerade in der Bildung: Bis auf wenige Bereiche ist China noch immer auf ausländisches Know-how angewiesen.  
Quelle: © Aly Song, Reuters.

Markt erleichtert hat, unterliegen diese Bereiche erheblichen Restriktionen. Selbst vor dem kompletten Ausschluss bestimmter ausländischer Plattformunternehmen, sozialer Netzwerke und Suchmaschinen schreckt China nicht zurück.<sup>38</sup>

Die letzte Praxis betrifft die wettbewerbsverzerrende Förderung chinesischer Unternehmen im In- und Ausland.<sup>39</sup> Durch verschiedene Maßnahmen – z. B. industriepolitische Eingriffe – fördert der Staat die Entwicklung chinesischer Unternehmen in Zukunftsindustrien zu nationalen Champions. In einem zweiten Schritt forciert China die Internationalisierung dieser Firmen – auch entlang der Neuen Seidenstraße –, so dass chinesische Unternehmen weiter skalieren oder Überkapazitäten im Ausland abbauen können. Letztlich genießen chinesische Unternehmen in wesentlichen Zukunftsbereichen dank staatlicher Unterstützung regelwidrige Wettbewerbsvorteile, die sie – auch dank niedriger Preise – befähigen, Unternehmen im Ausland zu verdrängen.

### **Langfristig muss es das Ziel sein, dass sich China an die Normen eines fairen Freihandels anpasst.**

Um diesen Praktiken entschlossen entgegenzutreten, ist der Westen in einem ersten Schritt angehalten, weitaus entschlossener gegen den von China gezielt geförderten Technologietransfer vorzugehen. Aktuell haben mehrere westliche Staaten und die EU bereits verschärfte Regularien zur Überwachung ausländischer Direktinvestitionen im Hochtechnologiesektor erlassen und Maßnahmen zur Verhinderung des Aufkaufs westlicher Technologieführer durch chinesische Investoren eingeleitet. Auch die europäische Unterstützung der US-amerikanischen WTO-Klage gegen China ist in diesem Kontext zu begrüßen.

Eine Möglichkeit, diese Maßnahmen zu stärken, wäre der Aufbau eines transatlantischen Investment-Screenings bzw. ein Austausch der Ergebnisse zwischen westlichen Staaten. Wichtig ist

dabei aber, nur jene chinesischen Investitionen und Aufkäufe zu unterbinden, welche eine ernsthafte Bedrohung für die digitale Souveränität westlicher Staaten darstellen. Zusätzlich gilt es auch, die an vielen Stellen bereits begonnene Debatte über akademische Austauschprogramme und Forschungskooperationen mit China innerhalb des Westens zu intensivieren. Langfristig muss dabei das Ziel sein, dass sich China – zur Not auch durch den Einsatz politischer Druckmittel – an die Normen eines fairen Freihandels anpasst. Damit dies gelingen kann, ist der Westen auch angehalten, die Welthandelsorganisation wieder zu befähigen, Antworten auf Herausforderungen der chinesischen Innovationspolitik zu finden und diese durchzusetzen.

### *Illiberale digitale Massenüberwachung regulieren*

Darüber hinaus sollte der Westen die Anwendungen digitaler Schlüsseltechnologien, die die Freiheit einschränken und keiner rechtsstaatlichen Kontrolle unterliegen, versuchen einzudämmen. Hierzu sollte die Debatte über Regulierungsmöglichkeiten von hochmoderner Überwachungstechnologie stärker auf die internationale Agenda gesetzt werden. Naheliegender wäre ein Fokus auf den Bereich der Gesichtserkennung – ist diese doch für heutige Systeme der Massenüberwachung von besonderer Bedeutung. Gleichzeitig ist bereits eine Fachdebatte in Gang, an die man anknüpfen könnte.<sup>40</sup> Anzudenken wäre außerdem, das Anliegen in den internationalen Menschenrechtsrahmen einzufügen.<sup>41</sup> Anders als die KI-Ethik-Diskussion sind in diesem Rahmen Instrumente, Mechanismen und Strukturen etabliert, um auf illiberale Staaten politischen Druck aufzubauen. Es existiert innerhalb dieses Rahmens eben nicht nur eine Reihe internationaler Organisationen, die sich aktiv für den Schutz der Menschenrechte weltweit einsetzen. Zudem gibt es zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure, die eben diesen Druck im Falle des Missbrauchs von Überwachungstechnologie aufbauen können. Darüber hinaus sollte diskutiert werden, wie die Verbreitung solcher Technologien im Sinne des Westens eingedämmt werden kann. Ein Ansatzpunkt auf internationaler Ebene wäre, Systeme der digitalen Massenüberwachung in die Debatte

über Rüstungskontrolle im Cyber- und Informationsraum zu integrieren. Ein anderer Ansatz läge darin, solche Systeme direkt in bereits bestehende Regime der Exportkontrolle – auf nationaler wie internationaler Ebene – einzubinden.

### *Eine freiheitliche Ordnungsidee für den digitalen Raum gemeinsam fortschreiben*

An der Schwelle in ein neues Zeitalter wird es auch darauf ankommen, dass der Westen auf Basis seiner Werte und Prinzipien eine freiheitliche Ordnungsidee für den digitalen Raum entwickelt. Diese muss sich nicht nur von freiheitsfeindlichen Ideologien abgrenzen, sie muss auch Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit liefern – seien dies dabei der Schutz der Privatsphäre, gesellschaftliche Polarisierung und Fake News oder auch der Umgang mit *Big Tech*-Unternehmen. Soll am Ende eine überzeugende freiheitliche Ordnung stehen, bedarf es sowohl eines Westens, der geschlossen für seine Werte einsteht, wie auch der Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Kräften, die für ein freiheitliches digitales Zeitalter eintreten.

### **Fazit**

Auch wenn die neue Systemkonkurrenz im Hochtechnologiesektor gegenwärtig in aller Munde ist, zeigt der vorliegende Beitrag, dass China weder die Rolle der global führenden Innovationsmacht ausfüllt noch in der Lage ist, aus eigener Kraft bahnbrechende Innovationen hervorzubringen. Auch wenn die Volksrepublik beachtliche Fortschritte im Innovationsbereich bei digitalen Schlüsseltechnologien und Industriesektoren der Zukunft vorweisen kann, ist der Westen in der Breite und Tiefe seiner Innovationskraft dem Systemkonkurrenten noch immer voraus. Angesichts der Dynamik der Entwicklung Chinas ist aber auch klar, dass sich der Westen nicht auf dem Erreichten ausruhen darf. Will der Westen sich jedoch in dem neuen Systemkonflikt langfristig behaupten, muss er nicht nur ohne Hysterie und Fatalismus seine eigenen Innovationssysteme stärken und für seine Werte im Hochtechnologiebereich einstehen. Er muss auch für Reziprozität und klare Regeln in den

Beziehungen mit China eintreten. Damit all dies gelingen kann, wird es wichtig sein, geschlossen zu handeln und Interdependenzen klug zu nutzen anstatt auf Entflechtung und Protektionismus zu setzen. Nimmt der Westen das Heft des Handelns entschlossen und geschlossen in die Hand, wird ihm auch das nächste Kapitel der Geschichte einen guten Ausgang bescheren.

---

**Sebastian Weise** ist Referent für Innovationspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 1 Vgl. Clinton, Hillary 2010: Remarks on Internet Freedom, U.S. Department of State, 21.01.2010, in: <https://bit.ly/2Sog80R> [12.02.2020].
- 2 The New York Times 2000: Clinton's Words on China: Trade Is the Smart Thing, 09.03.2000, in: <https://nyti.ms/39xQmNn> [07.01.2020].
- 3 Hilgers, Lauren 2013: Lee Kai-Fu, China's Innovation Idol, Bloomberg, 23.08.2013, in: <https://bloom.bg/38nv18W> [12.02.2020]. Für weitere Informationen siehe: Abrami, Regina / Kirby, William / McFarlan, Warren 2014: Why China Can't Innovate, Harvard Business Review, 03/2014, in: <https://bit.ly/3buRMKd> [04.01.2020]; Xie, Xuemei / Peng, Yunfeng / Zeng, S. X. / Tam, C. M 2013: What Affects the Innovation Performance of Small and Medium-Sized Enterprises in China?, in: *Innovation Organization & Management* 15: 3, S. 271–286.
- 4 Beckley, Michael 2012: China's century? Why America's Edge Will Endure, in: *International Security* 36: 3, S. 41–78, in: <https://bit.ly/3ab4mwR> [26.02.2020].
- 5 Für eine Übersetzung der Strategie vgl. State Council of the People's Republic of China 2015: Made in China 2025, 07.07.2015, in: <https://bit.ly/2UNpKn9> [04.01.2020]. Für eine Darstellung und Analyse vgl. Zenglein, Max J. / Holzmann, Anna 2019: Made in China 2025. Wie weit China auf dem Weg zu globaler Technologieführerschaft bereits gekommen ist, Mercator Institute for China Studies (MERICS), 02.07.2019, in: <https://bit.ly/2HjC5HP> [12.02.2020]; Atkinson, Robert D. 2015: China's Strategy For Global Technology Dominance By Any Means Necessary, Forbes, 12.11.2015, in: <https://bit.ly/38niGSb> [12.02.2020]; Huang, Landy / Jiang, Edward 2019: Chinese Venture Capital and Competition with the US, Wharton Public Policy Initiative, 12.05.2019, in: <https://whr.tn/2UKasj7> [12.02.2020]; vgl. Liu, Xielin / Schwaag Serger, Silvia / Tagscherer, Ulrike / Chang, Amber Y. 2017: Beyond Catch-up – Can a New Innovation Policy help China Overcome the Middle Income Trap?, *Science and Public Policy* 44: 10, S. 665.
- 6 Vgl. Pruchnik, Kamil / Zowczak, Jakub 2017: Middle-Income Trap (MIT): Review of the Conceptual Framework, in: *Asian Development Bank (ADB-Working Papers)*, 07/2017, in: <https://bit.ly/2SG3NDY> [12.02.2020].
- 7 Vgl. Zenglein / Holzmann 2019, N.5, S.20 (Grafik).
- 8 Vgl. Liu et al. 2017, N.5, S. 665.
- 9 Vgl. Sargent Jr., John F. 2019: Global Research and Development Expenditures: Fact Sheet, Congressional Research Service, 19.09.2019, in: <https://bit.ly/2uEqmB1> [12.02.2020].
- 10 Vgl. Nouwens, Meia / Legarda, Helena 2018: Auf dem Weg zu technologischer Vorherrschaft. Chinas Streben nach fortschrittlichen Technologien für zivile und militärische Nutzung betrifft auch Europa, MERICS, 19.12.2018, in: <https://bit.ly/2vD9uv1> [12.02.2020].
- 11 Buckley, Chris / Mozur, Paul 2018: What Keeps Xi Jinping Awake at Night, The New York Times, 11.05.2018, in: <https://nyti.ms/2SlwsiY> [12.02.2020].
- 12 Vgl. Wright, Nicholas 2019: How Artificial Intelligence Will Reshape the Global Order, Foreign Affairs, 10.07.2018, in: <https://fam.ag/2utxUXn> [12.02.2020]; Feldstein, Steven 2019: The Road to Digital Unfreedom: How Artificial Intelligence is Reshaping Repression, in: *Journal of Democracy* 30: 1, 01.01.2019, S. 40–52, in: <https://doi.org/10.1353/jod.2019.0003> [26.02.2020]; Meissner, Mirjam 2017: Mirjam Meissner über Chinas gesellschaftliches Bonitätssystem, MERICS Experts #34, Podcast, 24.05.2017, in: <https://bit.ly/2UWpgeT> [12.02.2020].
- 13 Vgl. Weise, Sebastian 2019: Zeit erwachsen zu werden!, Konrad-Adenauer-Stiftung, kurzum, 21.11.2019, in: <https://bit.ly/2OMoJrZ> [12.02.2020].
- 14 The Straits Times 2018: Chinese President Xi Jinping says Internet must be 'clean and righteous', 22.08.2018, in: <http://str.sg/oWq7> [12.02.2020].
- 15 Vgl. Chao, Tang 2016: In-depth Analysis of the Great Firewall of China, 14.12.2014, in: <https://bit.ly/2SF1ocH> [12.02.2020].
- 16 Vgl. King, Garry / Pan, Jennifer / Roberts, Margaret E. 2013: How Censorship in China Allows Government Criticism but Silences Collective Expression, *American Political Science Review* 107: 2, 05/2013, S.1–18, in: <https://bit.ly/3ab2oMH> [12.02.2020].
- 17 Vgl. Harari, Yuval Noah 2018: Why Technology Favors Tyranny, The Atlantic 10/2018, in: <https://bit.ly/2vq9LkA> [12.02.2020].
- 18 Vgl. Foreign Affairs 2019: Does Technology Favor Tyranny?, 12.02.2019, in: <https://fam.ag/2HlrThW> [12.02.2020].
- 19 Vgl. Morgus, Robert / Woolbrighth, Jocelyn / Sherman, Justin 2018: The Digital Deciders, New America, 23.10.2018, in: <https://bit.ly/2SlDdRS> [12.02.2020].
- 20 Vgl. Adrian Shahbaz 2018: Freedom on the Net 2018. The Rise of Digital Authoritarianism, Freedom House, 10/2018, in: <https://bit.ly/2VncjB5> [12.02.2020].
- 21 Vgl. Polyakova, Alina / Meserole, Chris 2019: Exporting Digital Authoritarianism, Brookings Institution, in: <https://brook.gs/37rhFHO> [12.02.2020].
- 22 Vgl. Foreign Affairs 2019, N.18.
- 23 Schneider-Petsinger, Marianne / Wang, Jue / Jie, Yu / Crabtree, James 2019: US-China Strategic Competition: The Quest for Global Technological Leadership, Research Paper, Chatham House, 07.11.2019, S.16, in: <https://bit.ly/397GNoi> [12.02.2020].
- 24 Vgl. Nirupamala, Kanchana 2019: Intellectual Property: Is China the Global Leader in Innovation?, Speeda, 18.06.2019, in: <https://bit.ly/39sIVa1> [12.02.2020].
- 25 Vgl. Europäische Kommission 2018: The 2018 EU Industrial R&D Investment Scoreboard, 01.01.2018, in: <https://bit.ly/37iOKWg> [12.02.2020]; Ringel, Michael / Grassl, Florian / Baeza, Ramon / Kennedy, Derek / Manly, Justin 2019: Innovation in 2019. The Most Innovative Companies 2019, Boston Consulting Group, 21.03.2019, in: <https://on.bcg.com/31P9GTB> [12.02.2020].
- 26 Vgl. Clark, Grant 2018: What Is Intellectual Property, and Does China Steal It?, Bloomberg, 05.12.2018, in: <https://bloom.bg/38kY90B> [12.02.2020].

- 27 Vgl. CB Insights 2019: AI 100: The Artificial Intelligence Startups Redefining Industries, 06.02.2019, in: <https://bit.ly/2SGeSF4> [12.02.2020].
- 28 Für Daten des Nature-Index siehe: <https://natureindex.com> [12.02.2020].
- 29 Vgl. Atkinson, Robert D. / Foote, Caleb 2019: Is China Catching Up the United States in Innovation?, Information Technology and Innovation Foundation, 04/2019, S.23, in: <https://bit.ly/2Hi9Yck> [12.02.2020].
- 30 Vgl. Nature 2019: The Top 10 Academic Institutions, 19.06.2019, in: <https://go.nature.com/371F5OL> [12.02.2020].
- 31 Vgl. Gleb, Chuvpilo 2019: AI Research Rankings 2019: Insights from NeurIPS and ICML, Leading AI Conferences, Medium, 03.12.2019, in: <https://bit.ly/3bz3Zh6> [12.02.2020].
- 32 Hierzu zählen insbesondere Bereiche der Künstlichen Intelligenz, Batterietechnologie, Robotik und Informationstechnologie inklusive des viel diskutierten 5G-Bereichs.
- 33 Vgl. Grimes, Seamus / Sun, Yuato 2016: China's Evolving Role in Apple's Global Value Chain, Area Development and Policy 1: 1, S. 94 – 112.
- 34 Vgl. Zenglein / Holzmann 2019, N.5, S. 24 – 26.
- 35 Vgl. Liu et al. 2017, N.5, S. 667; World Economic Forum 2016: China's Innovation Ecosystem, White Paper, 08/2016, in: <https://bit.ly/2SigZYY> [12.02.2020].
- 36 Vgl. White House Office of Trade and Manufacturing Policy 2018: How China's Economic Aggression Threatens the Technologies and Intellectual Property of the United States and the World, 06/2018, in: <https://bit.ly/2SCItzj> [12.02.2020].
- 37 Vgl. Brown, Michael / Singh, Pavneet 2018: China's Technology Transfer Strategy: How Chinese Investments in Emerging Technology Enable A Strategic Competitor to Access the Crown Jewels of U.S. Innovation, Defense Innovation Unit Experimental (DIUx), 01/2018, in: <https://bit.ly/39r5Wu3> [12.02.2020].
- 38 Vgl. Ferracane, Martina F. / Lee-Makiyama, Hosuk 2017: China's Technology Protectionism and its non-negotiable Rationales, European Centre for International Political Economy (ECIPE), in: <https://bit.ly/2SnSn9c> [12.02.2020].
- 39 Vgl. Koleski, Katherine / Salidjanova, Nargiza 2018: China's Technonationalism Toolbox: A Primer, Issue Brief, U.S.-China Economic and Security Review Commission, 28.03.2018, in: <https://bit.ly/3btLASK> [12.02.2020].
- 40 Smith, Brad 2018: Facial recognition: It's time for action, Microsoft, 06.12.2018, in: <https://bit.ly/2PqSUF8> [27.02.2020].
- 41 Lorenz, Philippe / Salow, Kate 2019: Artificial Intelligence Needs Human Rights, Stiftung Neue Verantwortung (SNV), Policy Brief, 30.09.2019, in: <https://bit.ly/2uCwWYU> [27.02.2020].



[Digitale Demokratie](#)

# E-Währung

Das digitale Geld für den digitalen Staat

[Jason Chumtong](#)

Facebook möchte 2020 mit seiner Kryptowährung Libra in den Finanzsektor drängen. Mit seinen weltweit zwei Milliarden Nutzern könnte das Social-Media-Unternehmen über Nacht zu einem ernstzunehmenden Akteur neben den traditionellen Zentralbanken aufsteigen. Weltweit wurden hierzu unlängst Bedenken geäußert, obwohl einige staatliche E-Währungen bereits in der Entwicklung sind.

---

### **Bitcoin, Blockchain, Kryptowährung**

Blockchain, also die Technologie, die einer Kryptowährung zu Grunde liegt, hat ein großes Potenzial.<sup>1</sup> Blockchain bietet Transparenz, Schutz und Effizienz. Sei es beim Emissionshandel von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten oder bei der Produktion und Distribution von Gütern wie Kaffee. Die Blockchain kann zuverlässig sämtliche Prozessschritte manipulationssicher dokumentieren. Dadurch fallen Kosten für zusätzliche Zertifizierungsdienstleistungen weg.

In Form von Geld bzw. als Währung, so zeigt das Beispiel von Bitcoin, münden diese technischen Möglichkeiten bislang in keinen alltagstauglichen Anwendungen. Als Geldanlage schwankt die Preisvolatilität zu stark und als digitales Zahlungsmittel traten Kryptowährungen eher als dubiose Bezahlmethode für kriminelle Geschäfte in Erscheinung. Dass Facebook mit Libra trotzdem auf das Konzept digitales Geld setzt, könnte als Anfang eines neuen Umgangs mit Kryptowährungen gedeutet werden. Das Privatunternehmen steht mit der Entwicklung ihrer digitalen Währung Libra nicht alleine da. China hat angedeutet, noch im ersten Halbjahr 2020 den digitalen Yuan offiziell vorzustellen, und Schwedens Riksbank lässt bereits die Nutzeroberfläche für die E-Krona testen. Auch in Deutschland hat Facebooks Ankündigung von Libra Wirkung gezeigt. Der Bundesverband deutscher Banken fordert den digitalen Euro und bindet sowohl Europas als auch Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit an dessen erfolgreiche Entwicklung. Vor diesem Hintergrund ergeben sich zwei Fragen:

1. Wie trägt digitales Geld als Innovation zum digitalen Strukturwandel bei?
2. Welche Rolle spielt digitales Geld im internationalen Wettkampf hin zum digitalen Staat?

### **Die Transzendenz des Geldes**

Digitales Geld als die nächste große Innovation des Finanzsystems anzukündigen kann im ersten Moment befremdlich wirken. Bargeldlose Buchungen sind in Form von Überweisungen, Kartenzahlungen oder Lastschriften seit über 50 Jahren möglich. Für jeden Besitzer einer Kreditkarte ist digitales Bezahlen Normalität. Das Geschäftsmodell des deutschen *FinTech*-Start-ups N26 setzt auf die mobile Kontoführung mittels Smartphone. Mit PayPal, M-Pesa, WeChat und Co. sind bereits zahlreiche Privatunternehmen als Dienstleister für digitale Geldtransaktionen auf dem Markt verfügbar. Dass Geld heutzutage nicht mehr in Banktresoren lagert, sondern codiert als Einsen und Nullen auf Computerservern, wird niemanden überraschen. Doch Geld zu digitalisieren macht es noch lange nicht digital.

#### *Digital ist nicht gleich digital*

Die oben aufgezählten Geldtransaktionen basieren auf sogenanntem Buch- oder Giralgeld, das an einem Bankautomaten in Bargeld umgewandelt bzw. abgehoben werden kann. Unser digital abgebildetes Vermögen spiegelt unseren Anspruch an ein Bankinstitut auf Bargeld wider. Es ist keine digitale Kopie eines Geldscheins. Mit jeder Banküberweisung übertragen wir nur

den Anspruch auf Bargeld, nicht aber das Geld selbst. Analoges Geld besitzt unterschiedliche Authentifizierungsmerkmale wie Wasserzeichen und Seriennummern. Sie bescheinigen die Echtheit des Geldes und garantieren den Wert, wodurch ein sicherer und unkomplizierter Vertragsabschluss legitimiert wird. Der 50-Euro-Schein zur Bezahlung des Einkaufs lässt sich ohne großen technischen Aufwand auf Echtheit überprüfen. Besteht der Schein den Test, kann der Warenwert damit verrechnet werden. Buch- oder Giralgeld besitzt diese Kontrollmerkmale nicht. Da es lediglich den Anspruch auf Geld abbildet und eben keine digitale Kopie ist, muss eine dritte Partei den Handel (Ware gegen Geld) legitimieren. Beim Bezahlen des Einkaufs mit der EC-Karte übernimmt also unser jeweiliges Bankinstitut den Authentifizierungsprozess. Dieses prüft und bestätigt unsere Liquidität für den Zahlungsverkehr. Überspitzt ausgedrückt übernehmen Geldinstitute beim bargeldlosen Bezahlen die Aufgabe des Wasserzeichens.

Digitales Geld kann diese Dienstleistung ersetzen, weil es ebenso wie analoges Geld in der Lage ist, Authentifizierungsmerkmale eigenständig abzubilden. Mit Hilfe der Blockchain-Technologie<sup>2</sup> lassen sich Authentifizierungen als automatische Prozesse in die Geldüberweisung einbinden.<sup>3</sup> Die Transaktionen sind wie bei anderen Blockchain-Anwendungen manipulationsschutz dokumentiert und benötigen keine Einbindung von Dritten. Dies spart Zeit und Kosten, auch weil es Transaktionen von kleineren Beträgen rentabel macht. Diese Entwicklung soll neue Geschäftsmodelle ermöglichen, denn mit digitalem Geld lassen sich sogenannte *Smart Contracts* (intelligente Verträge) umsetzen. Sie geben der Technologie das langfristige Potenzial.<sup>4</sup>

### *Smart Contracts*

*Smart Contracts* sind Computerprotokolle, die vertragliche Bedingungen digital abbilden. Sie ermöglichen die Abwicklung automatisierter Geldüberweisungen, die an bestimmte Regeln gebunden sind. Mit ihnen lässt sich eine Bezahlung direkt an die Ausführung einer Dienstleistung koppeln, ohne eine zusätzliche aktive

Bestätigung des Kunden. Eine vergleichbare Technik begegnet uns beispielsweise beim Ausleihen von E-Rollern oder Autos. Sobald wir den Fahrservice beenden, belastet der Anbieter die von uns hinterlegte Kreditkarte automatisch. Ähnlich arbeiten Amazons Supermärkte. Der amerikanische Onlineversandhändler testet die Funktionalität von Warengeschäften, in denen Kunden nicht mehr an der Kasse zahlen müssen. Stattdessen erkennt eine Software, welches Produkt aus dem Regal entnommen wurde, und zieht den Preis beim Verlassen des Ladens automatisch vom Amazon-Guthaben ab. *Smart Contracts* funktionieren aber auch ohne menschliche Aktion. Im August 2019 berichtete die Commerzbank über erfolgreiche Tests von Zahlungen zwischen Maschinen. Bei dem durchgeführten Versuch transferierte die Bank digitales Geld auf das System eines Daimler-Fahrzeugs. Die Maschine bezahlte anschließend selbstständig die anfallenden Kosten nach dem Aufladen an einer E-Ladesäule. Menschliches Eingreifen war nicht notwendig.<sup>5</sup>

## **Digitales Geld, das mit Hilfe der Blockchain-Technologie um *Smart Contracts* erweitert wird, erlaubt Geschäfte ohne separate Bezahlinfrastruktur.**

---

Für den Bundesverband deutscher Banken bildet diese Technologie die Grundlage für ein innovatives Geldsystem der Zukunft. Digitales Geld, das mit Hilfe der Blockchain-Technologie um *Smart Contracts* erweitert wird, erlaubt Geschäfte zwischen Parteien ohne separate Bezahlinfrastruktur. Noch bedarf es komplexer Computerprogramme, die sich derzeit nur größere Unternehmen mit entsprechender Branchenexpertise leisten können. Langfristig sollen auch mittelständische Unternehmen Zugang zu automatisierten Finanztransaktionen bekommen. Sobald die Technik eine Nutzerfreundlichkeit erreicht, die es auch Laien erlaubt, automatisierte Finanztransaktionen selber zu







Einfach hinausgehen: Amazon testet Geschäfte, in denen Kunden nicht mehr an der Kasse zahlen müssen.  
Quelle: © Lindsey Wasson, Reuters.

konfigurieren, ergeben sich gänzlich neue Bezahl- und Sharing-Modelle, so die Prognose. Der Verband spricht deswegen auch treffenderweise von „programmierbarem Digitalgeld“.<sup>6</sup>

Die zunehmende Verknüpfung physischer und virtueller Gegenstände (Internet der Dinge) sowie die Standardisierung von Datenverarbeitung durch intelligente Algorithmen (Künstliche Intelligenz) fordern eine Strategie der kollaborativen Digitalisierung. Sowohl Unternehmen als auch staatliche Akteure müssen Daten als

kooperative Zusammenhänge begreifen und als solche auch in Dienste und Marktstrukturen übersetzen. Digitales Geld ist Teil dieser Entwicklung und zugleich ein Vehikel der digitalen Transformation. Durch das Transzendieren von analogem Geld auf eine digitale Ebene bekommt digitales Geld Eigenschaften, die wir vom Buch- oder Giralgeld kennen – hohe Transaktionsgeschwindigkeit und ortsunabhängigen Zugriff. Der entscheidende Vorteil besteht jedoch in der Möglichkeit, Geld mit anderen Technologien zu kombinieren. Durch die Blockchain-Technologie und

*Smart Contracts* können wir Geld nach unseren Wünschen programmieren. Digitales Geld wird damit auch zu einem Instrument der Daten- und Prozessverwaltung. Mit Blick zum rasant voranschreitenden digitalen Strukturwandel sind diese Eigenschaften essenzielle Bausteine für Erfolg. Eine Betrachtung von Facebooks Projekt Libra hilft zur Veranschaulichung.

### **New Kids on the Block(chain)**

Im Sommer 2019 sorgte Facebook mit der Ankündigung für Schlagzeilen, an einer eigenen Kryptowährung zu arbeiten. Sie heißt Libra, basiert auf der Blockchain-Technologie und soll laut offizieller Beschreibung als Ersatz und Ergänzung zur klassischen Landeswährung genutzt werden. Ähnlich wie PayPal können Nutzer von Libra diese mittels ihres Smartphones oder Computers an andere Nutzer wie Textnachrichten verschicken. Die Transaktionen sind gebührenfrei und nehmen nur wenige Sekunden in Anspruch. Um Libra als Zahlungsmittel zu benutzen, braucht man eine digitale Geldbörse (*digital wallet*), welche als Konto zur Verwaltung des eigenen Guthabens dient. Diese wird derzeit von Facebooks Tochterfirma Calibra entwickelt, als eigenständige Applikation und als Erweiterung im Facebook Messenger oder in WhatsApp. Der Tausch zwischen Libra und der Landeswährung erfolgt dabei über Calibra selbst oder in Form von Gutscheinkarten.<sup>7</sup> An dieser Stelle ist die Frage berechtigt, warum Facebook für solche Dienstleistungen eine Währung entwickelt und ob digitales Geld, wie es oben beschrieben wurde, überhaupt dafür notwendig ist. Andere Anbieter ermöglichen schließlich auch weltweit günstige und schnelle Finanztransaktion – und zwar mit den handelsüblichen Landeswährungen.

*Wer zuerst kommt, kassiert zuerst*

Für Facebooks zukünftige Geschäftsmodelle fehlt es an technologischen Alternativen. Wie zuvor erläutert, erlaubt digitales Geld, auf Blockchain-Basis automatisierte Prozesse als individuell programmierbare Eigenschaft zu integrieren. Dies ermöglicht es, die Transaktion von kleinsten Beträgen kostengünstig anzubieten. Einen

signifikanten Teil des Umsatzes verdient Facebook mit Werbung. Werbeanbieter könnten zum Beispiel Belohnungen für das Anklicken, Bewerten oder Anschauen von Werbematerial direkt mit Libra auszahlen. Das geht nur, wenn die Transaktion billig ist und der Wert des Geldes dauerhaft stabil bleibt. Transaktionen mit Giralgeld sind für solche Modelle nicht lukrativ und andere Kryptowährungen sind zu volatil. Libra soll aber als „echte“ Währung und nicht als Spekulationsgut dienen. Deswegen entwickelt Facebook Libra auch als sogenannten *Stablecoin*. Im Gegensatz zu Bitcoin und Co. sind *Stablecoins* durch Bankeinlagen und Staatsanleihen besichert. Im Falle Libras verantwortet die Libra Reserve den Werterhalt. Durch die gezielte Sammlung von risikoarmen Vermögenswerten fungiert sie quasi als Geldspeicher. Die Verwaltung der Libra Reserve übernimmt die eigens dafür gegründete Libra Association, ein Entscheidungsgremium aus Akteuren der Privatwirtschaft und multilateralen Organisationen, das über die Finanzverhältnisse verfügt. Die Libra Association reguliert die Distributionsstärke von Libra und übernimmt die technische Wartung und Kontrolle der Hardware.<sup>8</sup>

### **Digitales Geld ebnet den Weg für eine Vielzahl neuer Angebote, die den Kunden nicht in dauerhafte Kosten verwickeln.**

---

Spotify, eines der Mitglieder des Gremiums, teilt sich nicht nur einen ähnlichen Kundenstamm mit Facebook. Auch dieses Unternehmen ist daran interessiert, Dienstleistungen, die nur von geringem finanziellen Wert sind, lohnend umzusetzen. Über Libra sind beispielsweise *paper-use*-Bezahlmodelle denkbar, die das Portfolio um spezielle, „kleinere“ Zusatzdienste erweitern. Spotify könnte via Libra die direkte Bezahlung zwischen Künstlern und Hörern basierend auf einzelnen Titeln ermöglichen.<sup>9</sup> Denkbar sind auch Modelle, bei denen Mobilfunkanbieter Zugänge zu 5G-Netzen mit temporär erhöhter

Bandbreite über Libra abrechnen. Den aktuellen Trend, digitale Dienstleistungen mit Abos zu verrechnen, wird es nicht ersetzen. Digitales Geld ebnet aber den Weg für eine Vielzahl an neuen Angeboten, die den Kunden nicht in dauerhafte Kosten verwickeln. Ein solches Produkt zu entwickeln folgt der Logik des *First Mover Advantage*, demzufolge der Erststagerende seinen Wettbewerbsvorsprung ausbauen und großflächig Marktanteile abdecken kann. Die Einbindung weiterer Geschäftspartner folgt dabei der angesprochenen Strategie kollaborativer Digitalisierung. Je mehr Dienstleistungen mit Libra automatisch bezahlt werden können, desto höher wird die Nutzerfreundlichkeit. Vielfältige Anwendungsmöglichkeiten wirken sich positiv auf die Verbreitung aus, was für den nächsten Aspekt Relevanz hat.

#### *Daten, Geld... Wo ist der Unterschied?*

Mit der Möglichkeit, Libra auch über Gutscheinkarten und dadurch mit Bargeld zu kaufen, erweitert Facebook den potenziellen Kundenkreis um Menschen außerhalb eines strukturierten Finanzsektors. Das Unternehmen möchte gezielt Regionen ansprechen, in denen finanzschwache Bevölkerungsgruppen nur erschwerten oder keinen Zugang zu Finanzdienstleistungen haben. Dort, wo Menschen nicht öffentlich erfasst sind und daher über kein Bankkonto verfügen, könnte sich Libra als Alternative schnell verbreiten. Solche informellen Sektoren als Markt zu gewinnen mag auf finanzieller Seite aussichtsreich sein. Von Bedeutung ist jedoch, dass Facebook genau an dieser Stelle das etablierte Bankensystem angreift. Libra schafft Anreize für Kunden, die bislang vom System ausgeschlossen waren. Gerade in Ländern mit einer schwachen Währung hat Libra ernstzunehmende Chancen, sich zu einer Zweitwährung zu entwickeln. Das in Kooperation mit Vodafone entwickelte Zahlungssystem M-Pesa zeigt das Erfolgspotenzial von mobilen Geldtransfers ohne reguläres Bankkonto. Seit dessen Einführung in Kenia 2007 stieg die Anzahl aktiver M-Pesa-Nutzer innerhalb von zehn Jahren auf 28 Millionen weltweit.<sup>10</sup> Am stärksten verbreitet ist die Nutzung in zentral- und ostafrikanischen Regionen, wobei

in strukturschwachen Ländern, wie Pakistan, Bangladesch und Afghanistan, M-Pesa ebenfalls signifikant an Popularität gewinnt.

Hinzu kommt, dass Facebook mit Calibra der bislang einzige Anbieter einer digitalen Geldbörse zur Verwaltung von Libra ist. Auch wenn es sich um eine Tochterfirma handelt, bleiben innerhalb des Libra-Ökosystems alle wichtigen Kommunikationskanäle in direkter Reichweite des Mutterkonzerns. Facebooks jüngster Umgang mit persönlichen Daten war nicht durch angemessenen Verbraucherschutz gekennzeichnet, weswegen auch hier ein geschäftliches Interesse nicht auszuschließen ist. Mit seiner Social-Media-Plattform greift Facebook bereits auf Datensätze von Privatpersonen zu, die ihren Alltag digital hochladen. Dadurch lassen sich detaillierte Verhaltensmuster ablesen, die insbesondere für Werbung und Nutzerinhalte essenzielle Informationen darstellen. Dieser Logik folgend dürfte der Zugriff auf Datensätze zum individuellen Konsumverhalten und Zahlungsverkehr von gleichem, wenn nicht größerem Wert sein.

Die Entwicklung einer eigenen Währung und die aktive Nutzung von digitalem Geld, so lassen sich die hier aufgeführten Aspekte zusammenfassen, erfüllen grundlegende Vorteile im digitalen Strukturwandel. Sie erlauben die Monopolisierung finanzieller Datenströme und eröffnen neue Geschäftsmodelle bei gleichzeitiger Reduzierung der Transaktionskosten. Im Falle Facebooks hat der Kunde gewissermaßen seit der ersten Stunde mit seinen Daten für die Dienstleistung gezahlt. Mit Libra hängt Facebook den Daten endgültig ein Preisschild an.

#### **Der digitale Staat: Auf die Plätze, fertig...**

Dass staatliche Akteure in der Entwicklung Libras eine Gefahr sehen, ist nicht verwunderlich. Zentralbanken verantworten die Herausgabe von Währungen und kontrollieren maßgeblich die Geldversorgung der Wirtschaft. Hier mit privaten Akteuren in einen Währungswettbewerb zu gehen wäre ökonomisch fahrlässig. Hinzu kommen ungeklärte Fragen zu den Modalitäten staatlicher Kontrolle. In einer



Anhörung des US-Kongresses zu Libra konnte Facebooks CEO Mark Zuckerberg keine konkreten Maßnahmen nennen, entlang derer Libra normgerecht operieren soll. Eine Taskforce der G7-Finanzministerien und Zentralbankgouverneure sprachen in einer Bewertung Libras ihr daher die Eignung als funktionale Währung ab.<sup>11</sup> Ähnlich zum Blockchain-Strategiepapier der Bundesregierung erkennt die Taskforce in

privaten E-Währungen keine sichere und stabile Alternative zu staatlichen Währungen. Diesem Narrativ folgend erklärten auch die EU-Finanzminister, privaten *Stablecoins* wie Libra mit strengen Regularien und angepassten Vorschriften den Marktzugang erschweren zu wollen. Ein erster Ansatz hierbei wäre, Facebook nach dem Grundsatz „gleiches Geschäft, gleiche Risiken, gleiche Regeln“ zu reglementieren.<sup>12</sup> Wenn



Per QR-Code bezahlen: Durch WeChat und Alipay ist die Infrastruktur für mobile Geldtransaktionen schon vorhanden. Quelle: © Jason Lee, Reuters.

### *Der digitale Yuan: Für das Volk*

Passend zum Jahreswechsel 2019/2020 trat in der Volksrepublik China ein neues Gesetz zur Regulierung von Onlineverschlüsselungen in Kraft. Sie verleiht dem Staat die Autorität über die Standardisierung von Onlineverschlüsselungen für die Politik und für die Industrie. Mit diesem Schritt sind juristisch alle wichtigen Wege für den digitalen Yuan geebnet.<sup>13</sup> Trotz Verschwiegenheit über technische Details und Entwicklungsfortschritte sind die Vorteile für die chinesische Regierung durch eine E-Währung absehbar.

### **In China können Vorgänge, die eine Identifikation erfordern, über den Kommunikations- und Bezahlendienst WeChat abgewickelt werden.**

---

Auf der einen Seite stehen die finanziellen Faktoren. Die Zentralbank erhofft sich mit dem digitalen Yuan eine Reduzierung von Arbeitsprozessen im Finanzsektor. Dies soll Kosten sparen und gleichzeitig die Industrie vorantreiben. Das Qianzhan Industry Research Institute schätzt, dass die chinesische Blockchain-Industrie dadurch in den nächsten zwei Jahren von 67 Millionen auf 459 Millionen Yuan anwächst. Auf der anderen Seite bekommt der Staat ein Kontrollinstrument an die Hand, das sich perfekt in den digitalen Wandel des Landes einfügt. Mit dem digitalen Yuan verspricht sich die Regierung eine detaillierte Einsicht in die und ein besseres Verständnis von den finanziellen Aktivitäten ihrer Bürger. Offiziell will die Regierung mit dem digitalen Yuan Steuerhinterziehung und Betrug gezielter bekämpfen und Geldflüsse ins Ausland

Technologieunternehmen Finanz- bzw. Bankdienstleistungen anbieten, sollten sie wie solche behandelt werden. Auch aus diesem Grund werden Forderungen nach einer staatlichen Alternative, also einer staatlichen E-Währung, immer lauter. Wie digitales Geld den digitalen Staat ergänzt, zeigt der internationale Blick nach China, Schweden und zur Europäischen Union.

kontrollierter nachvollziehen. Durch die großflächig im Land genutzten Kommunikations- und Bezahldienste WeChat und Alipay ist die Infrastruktur für mobile Geldtransaktionen schon vorhanden. Die Betreiber beider Dienste, Tencent und Alibaba, gelten zudem als regierungsnah und als wichtige Säulen der chinesischen Digitalisierungsstrategie. So haben seit 2018 Bürger die Möglichkeit, ihre amtlichen Ausweisdokumente via WeChat-App auf ihrem Smartphone abzubilden. Damit können Vorgänge, die eine Identifikation erfordern, über WeChat abgewickelt werden.<sup>14</sup> Der digitale Yuan ist eine konsequente Erweiterung dieser Entwicklung.

Ähnliches plant auch das Militär. Mit dem digitalen Yuan möchte Chinas Streitkraft das Personal verwalten. Konkret sollen Löhne und Belohnungen an Trainingsleistung und herausragenden Kampfeinsatz geknüpft werden. Soldaten sollen unmittelbar Rückmeldung über ihr Verhalten bekommen und sich durch diese Konditionierung via digitalem Geld stetig verbessern.<sup>15</sup> Bei erfolgreicher Implementierung wäre eine Ausweitung der Technologie auf Chinas Sozialpunktesystem (*Social Credit System*) denkbar. Hier werden „gute“ Bürger für gesellschaftskonformes Verhalten belohnt und „schlechte“ Bürger sanktioniert. Digitales Geld bietet die notwendigen technischen Voraussetzungen, um Daten über individuelles Sozialverhalten zu speichern und automatisch Regeln darauf anzuwenden. Das Bußgeld für ein Vergehen käme dann nicht mehr mit der Post.

#### *Die E-Krona: Vom Volk getrieben*

Schaut man nun nach Europa, ergeben sich nicht nur andere Umstände für die Entwicklung von digitalem Geld, auch die Motivation unterscheidet sich maßgeblich von der Chinas. Schweden hat noch keine endgültige Entscheidung darüber getroffen, ob es eine digitale Version seiner Landeswährung einführt, die Arbeiten daran sind jedoch fortgeschritten. Aktuell befindet sich die E-Krona in einer Testphase. In Kooperation mit dem Beratungsunternehmen Accenture untersucht Schwedens Zentralbank die Anwendungsgrenzen, legislativen Herausforderungen und

möglichen Effekte auf die Landesökonomie.<sup>16</sup> Wichtige Fragen beschäftigen sich mit der praktischen Ausgestaltung einer passenden digitalen Umwelt. Es geht um die notwendigen Voraussetzungen, wenn Bürger mit ihren Smartphones, Uhren und Karten zahlen, aber auch um Risikozenarien bei einem Ausfall des Systems. Laut der Riksbank soll die E-Krona das Bargeld komplementieren, aber nicht vollständig ersetzen. Ausgangspunkt für eine mögliche Einführung sind jedoch die schwindenden Bargeldzahlungen im Land. Nach einer Studie der Riksbank sanken diese von 2010 bis 2018 von 39 Prozent auf 13 Prozent.<sup>17</sup> Geht der Trend weiter, wird Bargeld als Zahlungsmittel komplett an Akzeptanz verlieren. Die skandinavische Technologieaffinität ist bekannt. Durch den aktiven Verzicht auf Bargeld bringen die Schweden nun das eigene Land in Zugzwang und treiben als Volk den digitalen Wandel voran.

### **Auf der Suche nach Gründen für die Bargeldpräferenz lassen sich für jedes Land unterschiedliche Faktoren benennen.**

---

#### *Der E-Euro: Europas Chance*

In Ländern wie Deutschland, Spanien oder Italien ist Bargeldzahlung weiterhin beliebt. Laut der Deutschen Bundesbank basierten 2018 51 Prozent aller Zahlungsvorgänge in der Bundesrepublik auf Bargeld.<sup>18</sup> Auf der Suche nach Gründen für die Bargeldpräferenz lassen sich für jedes Land jeweils unterschiedliche Faktoren benennen. Der Ausbau einer digitalen Infrastruktur, die Kaufkraft der verschiedenen demografischen Gruppen, aber auch die staatliche Förderung digitaler Trends nehmen Einfluss auf die Präferenzen des Bürgers und das Angebot des Marktes. Trotzdem bietet eine elektronische Währung in Form des digitalen Euros Chancen, wenn auch zunächst nur für die europäische Industrielandschaft.

Informationen über konkrete Arbeiten an einem digitalen Euro sind nur spärlich vorhanden, doch Frankreich hat bereits angekündigt, als erstes Land der Eurozone den Umgang mit dem E-Euro zu testen. Dass EZB-Chefin Christine Lagarde sich ebenfalls offen für eine Einführung zeigt, hilft.<sup>19</sup> Fakt ist, dass Europa mit der EZB bereits ein supranationales Institut besitzt, das effizient regulatorische Anforderungen umsetzen kann. Dies betrifft eine funktionierende Finanzaufsicht, den Datenschutz und die Rechtskonformität für den E-Euro. Fakt ist auch, dass im politischen Raum der Effizienzgewinn durch digitales Geld insbesondere bei grenzüberschreitendem Zahlungsverkehr bekannt ist. Das geht aus der G7-Arbeitsgruppe zu *Stablecoins* beim Treffen in Tokio 2019 hervor. Aus Sicht der Industrie sind damit wichtige Voraussetzungen vorhanden, die paneuropäische Zahlungsinfrastruktur aktiv in den digitalen Strukturwandel einzugliedern. Das entscheidende Stichwort dabei ist Industrie 4.0.

Weil der internationale Wettbewerb sich zunehmend plattformorientiert entwickelt, sind die Einfachheit und Benutzerfreundlichkeit der Zahlung immer entscheidender. Das Business-to-Consumer (B2C), also der Markt digitaler Plattformen für den Endverbraucher, ist zu großen Teilen erschlossen, allen voran durch Unternehmen im Silicon Valley. Bei Kooperationen zwischen Unternehmen, dem Business-to-Business (B2B), ist der Wettbewerb weitestgehend offen. Digitales Geld könnte das ideale Instrument zur Vernetzung zwischen Mensch, Maschine und Produkt sein. Durch den europäischen Binnenmarkt sind die strukturellen Rahmenbedingungen für Kooperationen zwischen den Marktteilnehmern längst gegeben und werden genutzt. Digitales Geld bietet eine innovative Lösung, um bestehende Wertschöpfungsketten zu optimieren und dabei neue zu schaffen. In der Logistik des Güterverkehrs könnte der E-Euro massive Kosteneinsparungen vorantreiben und den Austausch europäischer Geschäftsbeziehungen signifikant stärken. Vorstellbar sind auch Implementierungen im europäischen Straßenverkehr und im öffentlichen Transport. Die Europäische Union bietet

ausreichend Ansätze, um den E-Euro effektiv in ihre finanzielle und politische Architektur einzubinden. Die Industrie sieht die Chancen für den digitalen Strukturwandel im E-Euro und traut sich selbst den Wechsel zu. Das sollte die Politik auch.

## Fazit

Digitales Geld befreit den Nutzer von einer bislang notwendigen Abhängigkeit von Dritten, die in erster Linie den allgemeinen Schutz beim Handeln garantiert. Diese werden von der Technologie ersetzt, was neue Möglichkeiten eröffnet. Je nach Anwendung haben sie weitreichenden Einfluss auf den Bürger, die Industrie und den Staat. Zwei Vorteile von digitalem Geld gegenüber Giral- oder Buchgeld sind entscheidend:

1. Die bisherige Infrastruktur für den Handel im digitalen Raum wird vereinfacht. Das senkt Kosten für den Handel, rückt die handelnden Parteien näher zueinander und schafft neuen Raum für Innovation.
2. Digitales Geld ermöglicht die Kombination neuer Technologien (Blockchain und *Smart Contracts*), ohne den Zugang hinter exklusiver Fachexpertise zu verschließen.

Vom Global Player über mittelständische Unternehmen bis hin zur Privatperson – alle Akteure können und sollen am Fortschritt teilhaben und davon schöpfen. Für den digitalen Strukturwandel lässt sich festhalten, dass vor allem die Möglichkeit, selektive Funktionen, Eigenschaften und Automatismen mit der Nutzung von digitalem Geld zu kombinieren, diesen Fortschritt abbildet. Es ergeben sich neue Geschäftsmodelle für den Markt, die mit den herkömmlichen Finanztransaktionen via Giral- bzw. Buchgeld entweder zu teuer sind oder bislang nicht möglich waren. Digitales Geld schafft die Grundlage für neuen Wettbewerb, von dem insbesondere kollaborative Geschäftsideen profitieren können. Die Möglichkeit, Geld nach dem eigenen Geschäftsmodell zu programmieren, fügt sich nicht nur in die bisherige Entwicklung des digitalen Strukturwandels ein, langfristig treibt sie diesen voran.

Digitale Währungen können in den Händen eines Privatunternehmens mit globaler Reichweite und milliardenschweren Kunden Einflussbereiche einnehmen, die auch souveräne Staaten als Gefahr bewerten. Bei Facebooks E-Währung Libra mag das dem Umstand geschuldet sein, dass der Währungswettbewerb zwischen Staaten ausgetragen wurde. Doch gerade in Regionen, wo staatliche Strukturen bestimmten Bevölkerungsgruppen den Zugang zu Finanzdienstleistungen erschweren, erlaubt digitales Geld, privaten Akteuren Alternativen anzubieten. Dieser Punkt ist entscheidend. Welcher Akteur die Technologie bereitstellt, wirkt sich erheblich auf die Ausgestaltung der digitalen Umwelt des Einzelnen aus.

Im Fall des digitalen Yuan sind die Kontroll- und erzieherischen Maßnahmen nicht ungewöhnlich für Chinas digitale Transformation. Sie zeigen aber auch, dass der Weg zum digitalen Staat nicht immer trennscharf zur digitalen Autokratie verläuft. Demgegenüber zeigt die Entwicklung der E-Krona, dass die Einführung von digitalem Geld auch als natürlicher Prozess und kulturelles Verständnis einer Nation begriffen werden kann. Bestandteil einer digitalen Demokratie ist nicht zuletzt das Angebot des Staates an die Bürger, eine solche zu werden. Hieran schließt auch die Forderung nach einem E-Euro. Diese ist weniger einer reaktionären Gegenwehr zu Libra geschuldet, sondern entspricht vielmehr einem Appell. Europa muss als einheitlicher Akteur in diesen Wettbewerb einsteigen, solange sich dieser noch im Anfangsstadium befindet. Mit der Einführung des Euros haben wir Europäer schon einmal bewiesen, dass die Funktion von Geld uns wichtiger ist als dessen Beschaffenheit. Warum sollte das beim E-Euro anders sein?

---

**Jason Chumtong** ist Referent für Künstliche Intelligenz der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 1 Mehr dazu in Hübner, Christian 2018: Mehr als nur Bitcoin. Das Potenzial der Blockchain-Technologie am Beispiel Lateinamerikas, *Auslandsinformationen* 1/2018, in: <https://bit.ly/2uVEBl9> [17.02.2020].
- 2 Technisch betrachtet handelt es sich bei der Blockchain um eine Anwendung der *Distributed-Ledger-Technologie* (DLT). Sie erlaubt die Authentifizierung auf mehreren Systemen, wodurch nachträgliche Manipulation verhindert wird. Die Blockchain ist die bekannteste Implementierung der DLT und wird daher auch synonym verwendet.
- 3 Hardono, Thomas/Lipton, Alex/Pentland, Alex 2018: Digital Trade Coin: Towards a More Stable Digital Currency, *Society Open Science* 5: 7, S.1–23, in: <https://bit.ly/329krAo> [17.02.2020].
- 4 Mills, David et al. 2016: Distributed Ledger Technology in Payments, Clearing, and Settlement, in: *Finance and Economics Discussion Series* 2016: 095, S.1–34, hier: S.14.
- 5 Commerzbank 2019: Commerzbank testet erstmals Blockchain-basierte Maschine-zu-Maschine-Zahlung, 08.08.2019, in: <https://bit.ly/31OlBKO> [12.02.2020].
- 6 Utzig, Siegfried/Tenner, Tobias 2019: Jenseits von Libra: Warum die Wirtschaft einen digitalen Euro braucht, *Bankenverband*, 30.10.2019, in: <https://bit.ly/2uIJJJ4> [12.02.2020].
- 7 Libra 2019: Libra Whitepaper, in: <https://libra.org/de-DE/white-paper> [12.02.2020].
- 8 Ebd.
- 9 Vgl. Prinz, Wolfgang 2019: Die Idee hinter Libra ist wichtig für Deutschland, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.12.2019, in: <https://faz.net/-gv6-9u57d> [12.02.2020].
- 10 Thome, Matthias 2019: Gründerszene in Kenia. Start-up als Problemlöser?, *ZDF*, 13.04.2019, in: <https://bit.ly/31NT3HO> [12.02.2020].
- 11 G7 Working Group on Stablecoins 2019: Investigating the impact of global stablecoins, *CPMI Papers* 187, 18.10.2019, in: <https://bit.ly/38nbMFU> [12.02.2020].
- 12 Coeuré, Benoît 2019: Einleitende Bemerkungen (Ansprache), *Europäische Zentralbank*, 25.09.2019, in: <https://bit.ly/37lusLJ> [12.02.2020].
- 13 Tabeta, Shunsuke 2019: China's digital yuan takes shape with new encryption law. Beijing enhances control over tools crucial to developing blockchain, *Nikkei Asian Review*, 31.12.2019, in: <https://s.nikkei.com/2vvjrtO> [12.02.2020].
- 14 Ankenbrand, Hendrik 2018: Chinas Überwachungsapp drängt in die Welt, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.01.2018, in: <https://faz.net/-ikh-962z2> [12.02.2020].
- 15 Xuanzun, Liu 2019: Chinese military could deploy blockchain management, *Global Times*, 18.11.2019, in: <https://bit.ly/31VrPiI> [12.02.2020].
- 16 Sveriges Riksbank 2019: E-krona, 13.12.2019, in: <https://bit.ly/2vnxced> [12.02.2020].
- 17 Sveriges Riksbank 2018: E-krona project, report 2, 26.10.2018, in: <https://bit.ly/2OQnhER> [12.02.2020].



- 18 Deutsche Bundesbank Eurosystem 2019: Studie: Zahlungen mit Bargeld sind schnell und günstig, 12.02.2019, in: <https://bit.ly/2SCddjS> [12.02.2020].
- 19 Stephan, Marc 2019: Kommt jetzt der digitale Euro?, ARD, 12.11.2019, in: <https://bit.ly/2OPRfsz> [12.02.2020].



Die Verbreitung von Fake News als politisches Instrument ist längst Thema im politischen Diskurs. Dabei gilt es auch, auf technologische Neuerungen zu reagieren, die das Potenzial von Desinformationskampagnen fortlaufend erweitern und somit unsere innere Sicherheit bedrohen. Nael Semaan sprach mit Dr. Hans-Jakob Schindler, dem Senior Director des Counter Extremism Project, über die „neue Superwaffe der Fake News“ – sogenannte Deepfakes.

---

*Ai: Herr Schindler, Deepfakes verbreiten sich inzwischen all-  
täglich und sehr rasant im Netz. Dabei ist nur noch schwierig  
herauszufinden, welches Foto oder Video wirklich echt ist und  
welches nicht. Deepfakes sind sozusagen die neue Superwaffe der  
Fake News – jetzt kann man nicht nur falsche Informationen  
verbreiten, sondern sie auch noch glaubwürdig aussehen lassen.  
Aber was genau sind Deepfakes und wie fügen sie sich ein in eine  
der Desinformation ausgesetzten Politik?*

**Hans-Jakob Schindler:** Durch die Verbreitung der sozialen Medien sind in den letzten Jahren Fake News und Deepfakes Teil des alltäglichen politischen Diskurses

geworden. Es ist jedoch wichtig, beide Phänomene klar zu definieren. Fake News sind verbreitete und weiterverbreitende Falschinformationen. Diese kommen in jeglicher Art vor, wie z. B. in Text-, Ton-, Bild- oder Videoaufnahmen. Deshalb sind Fake News ein grundsätzliches gesellschaftliches Problem, dem es auf breiter Front entgegenzuwirken gilt. Deepfakes sind eine Unterkategorie von Fake News. Es handelt sich hierbei um elektronisch modifizierte Videoaufnahmen und Fotos, welche Personen und Ereignisse verändern oder simulieren und die Überzeugungskraft audiovisueller Medien nutzen, um ihre Wirkung zu erzielen.

Grundsätzlich ist die nachträgliche Veränderung audiovisueller Medien kein neues Phänomen. In der Filmindustrie ist die elektronische Veränderung von Videos und Aufnahmen mittlerweile ein akzeptiertes künstlerisches Mittel. So werden mit Spezialeffekten beispielsweise Schauspieler verjüngt oder in alte Filmaufnahmen hineinprojiziert.<sup>1</sup> Der Film „Forrest Gump“ war hier bereits im Jahr 1994 ein Vorreiter dieser Technologie. Das Aufkommen von Deepfakes in Form von Foto-Manipulationen im politischen Diskurs ist ebenfalls nicht unbedingt neu. Zum Beispiel wurden schon Anfang des 20. Jahrhunderts während der stalinistischen Diktatur in der Sowjetunion regelmäßig in Ungnade gefallene Regierungsmitglieder aus offiziellen Fotos retuschiert, um sie auf Befehl Stalins aus der offiziellen Geschichte und dem Gedächtnis des Landes zu entfernen. In der Vergangenheit benötigten solche Operationen ein hohes Maß an technischem und handwerklichem Wissen und Können.

Aktuell gewinnt dieses Phänomen an Bedeutung, da immer stärker die sozialen Medien als Manipulationsinstrument missbraucht werden und neben reinen Falschinformationen auch gezielte politische Manipulation betrieben wird. Zusätzlich hat die technische Entwicklung dafür gesorgt, dass die technologischen Hürden mittlerweile sehr viel

niedriger sind und weder die Möglichkeiten eines Filmstudios noch außergewöhnlich hohe Rechenleistungen erforderlich sind, um Deepfakes zu produzieren. Eine eher spielerische Variante dieser Technologie ist die *Face-Swap*-Funktion, vor allem bekannt durch die Social Media-Applikation Snapchat.<sup>2</sup>

*Ai: Bedeutet das, dass man heutzutage kein Tech-Experte mehr sein muss, um Bilder und Videos zu manipulieren? Deepfakes kann also jeder?*

**Hans-Jakob Schindler:** Prof. Dr. Hany Farid, der Senior Advisor des Counter Extremism Projects (CEP), arbeitet aktuell im Auftrag von CEP und der Konrad-Adenauer-Stiftung an einer Studie zu diesem Thema.<sup>3</sup> Er spricht in diesem Zusammenhang von der „Demokratisierung“



Mit Apps zur Manipulation: Die technologischen Hürden für die Produktion von Deepfakes werden immer niedriger.  
Quelle: © Steve Marcus, Reuters.

der Deepfake-Technologie. Dies bedeutet, dass die Produktion von Deepfakes von einer weitaus größeren Anzahl von Akteuren betrieben werden kann und sich so ihre Anzahl und politische Schlagkraft erhöhen wird.

Grundsätzlich werden aktuell drei Methoden zur Herstellung von Deepfakes angewandt: *Face Swap*, *Lip Sync* und *Puppet Master*. Bei der *Face Swap*-Methode werden die gesamten Gesichtszüge einer Person auf den Kopf einer anderen Person übertragen. So kann beispielsweise ein Schauspieler Aktionen durchführen, während das Gesicht der Zielperson eingefügt wird, und den Eindruck erwecken, die Zielperson habe diese Aktionen durchgeführt.

Bei der technisch aufwändigeren *Lip-Sync*-Methode werden ausschließlich die Lippenbewegungen in der Aufnahme der Zielperson simuliert, damit sich die Mundbewegungen an einen neuen Sprachtext anpassen. Dieser neue Text ist dann entweder synchron gesprochen oder durch eine synthetisierte Stimme der Zielperson ersetzt. Dies erlaubt, dass eine Aufnahme so manipuliert wird, dass die Zielperson jeden beliebigen Text in dem Video sagt, der für die Manipulation notwendig ist. Hier ist jedoch unter Umständen noch zu erkennen, dass die Lippenbewegungen nicht immer mit den restlichen Gesichtsbewegungen der Zielperson übereinstimmen.

Die *Puppet Master*-Methode ist technisch am aufwändigsten und noch nicht vollkommen zu Ende entwickelt und perfektioniert. Hier wird das Gesicht der Zielperson in dem Video beibehalten, elektronisch können jedoch die Gesichtsbewegungen der Zielperson komplett manipuliert werden. Damit sind nun nicht nur die Stimme, sondern auch die Gesichtsbewegungen komplett synthetisiert. Somit ist für den bloßen Betrachter nicht mehr zu erkennen, dass eine Manipulation vorliegt. Mit dieser Methode ist es nun möglich, eine Zielperson authentisch sprechen zu lassen, da die Bewegungen der Gesichtsmuskeln vollkommen mit denen der Mundbewegungen harmonisieren. Ein Schwachpunkt dieser Methode ist, dass die Gesichtsbewegung der manipulierten Darstellung nicht immer dem natürlichen Bewegungsmuster der Zielperson entspricht – ein wichtiger Punkt für die forensische Erkennung und den Nachweis der Manipulation.

*Ai: Was wären denn aktuelle Beispiele für den Einsatz von Deepfakes?*

**Hans-Jakob Schindler:** Aktuell werden illegale Deepfakes hauptsächlich in Betrugs- und Erpressungsfällen eingesetzt.

Mir wurde vor Kurzem von einem Fall berichtet, bei dem ein Unternehmer einen Anruf erhielt und er davon ausging, dass er mit seinem Vorgesetzten gesprochen habe. Die Stimme am Telefon war jedoch synthetisiert. Der Unternehmer gab wichtige Kontodaten an die Stimme am Telefon weiter, was zu einem finanziellen Schaden seiner Firma führte.<sup>4</sup> Auch im Bereich *non-consensual pornography* werden Deepfakes eingesetzt.<sup>5</sup> Hier geht es um Erpressungsfälle, bei denen elektronisch manipulierte Aufnahmen eingesetzt werden, welche die Opfer angeblich in peinlichen Situationen zeigen, um für die Nichtweiterverbreitung Schweigegelder zu erpressen.

Eine Unterkategorie der Deepfakes ist die Herstellung künstlicher Identitäten. Hier werden Bilder existierender Personen elektronisch so kombiniert, dass Bilder einer neuen Person entstehen, welche mit keiner anderen lebenden Person übereinstimmen. Für eine

solche neue, einmalige elektronische Identität können dann Lebensläufe geschrieben und biografische Dokumente online bestellt werden. Dies ist eine neue Variante des Identitätsbetrugs. Die künstlichen Identitäten werden dann zur Umfeldaufklärung von Zielpersonen von Spionage oder zur Vorbereitung von *Spear-Phishing*-Operationen eingesetzt.<sup>6</sup>

Zunehmend ist jedoch auch der Einsatz von Deepfake-Videos im politischen Bereich beobachtbar. Im letzten Jahr kursierte ein Video der Sprecherin des amerikanischen Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, auf dem sie angeblich betrunken einen Vortrag gehalten haben soll.<sup>7</sup> Obwohl dieses Video relativ schnell als falsch erkannt wurde, verdeutlichte dieser Vorfall, wie viel potenzielle politische Sprengkraft die Kombination dieser Technologie mit den Verbreitungsmöglichkeiten der sozialen Medien entfalten kann.

*Ai: Welche konkrete Gefahr geht von Deepfakes für unsere Gesellschaft aus? Welche Akteure haben die Absichten und auch die Fähigkeiten, Deepfakes als Waffe einzusetzen?*

**Hans-Jakob Schindler:** Filmaufnahmen haben eine extrem hohe Glaubwürdigkeit, da sie eigentlich eine korrekte Darstellung der Realität sind. Daher ist eine geschickte Manipulation solcher Aufnahmen für kriminelle oder politisch manipulative Zwecke im höchsten Maße problematisch. Sollte sich, wie zu erwarten ist, der aktuelle technische Trend der



Effektive Propagandamaschinerie: Es ist davon auszugehen, dass Terrororganisationen in Zukunft neue Technologien einsetzen, um ihre Manipulationen von Individuen bei der Radikalisierung und Rekrutierung im Internet zu unterstützen. [Quelle: © Dado Ruvic, Reuters.](#)

Vereinfachung und Verbreitung dieser Technologie fortsetzen, wird dies den gesellschaftlichen Grundkonsens darüber, was real und faktisch wahr ist und was nicht, weiter unterminieren. Eine der gravierendsten Auswirkungen ist die *liar's dividend*.<sup>8</sup> Da es nun möglich ist, Videos nahezu perfekt zu manipulieren, kann immer behauptet werden, dass es sich bei Aufnahmen von peinlichen oder illegalen Handlungen um angebliche Deepfakes handelt. Dies hat Auswirkungen sowohl auf den politischen Diskurs als auch unter Umständen auf juristische Fälle. Daher ist die Entwicklung von Technologien, welche das Erkennen von Deepfakes ermöglichen, eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe.

Im politischen Bereich wurden in den letzten Jahren immer wieder Fälle bekannt, in denen autoritäre Regime versuchten, politische Prozesse und Wahlen in demokratischen Staaten zu manipulieren und den gesellschaftlichen Grundkonsens zu erodieren. Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen von 2016 sind nur das bekannteste Beispiel in diesem Zusammenhang. Die fortschreitende Verbreitung und Vereinfachung dieser Technologie erlaubt solchen Akteuren den Verzicht auf staatliche Strukturen bei der Umsetzung ihrer Strategien. Wenn nun angebliche Privatpersonen im staatlichen Auftrag Deepfakes produzieren können, wird es umso schwieriger werden, hier eindeutige politische Verantwortlichkeiten zu identifizieren. Dies stellt eine wachsende Gefahr dar, insbesondere da die großen Technologiekonzerne weiterhin so gut wie keine Verantwortung übernehmen, was die Verbreitung solcher Manipulationen angeht. Es sei hier nur an die Anhörung von Mark Zuckerberg im amerikanischen Kongress Ende Oktober 2019 erinnert, bei der er als Vorstandsvorsitzender von Facebook jegliche Verantwortung seiner globalen Plattform für die Verbreitung von politischen Falschinformationen von sich wies.<sup>9</sup>

*Ai: Sie beschäftigen sich seit über 20 Jahren mit internationaler Sicherheitspolitik. Dabei lag ein Schwerpunkt Ihrer Arbeit immer auf der Bekämpfung von Terrorismus. Große dschihadistische Organisationen wie der sogenannte Islamische Staat sind bekannt für ihre effektiven Medien- und Propagandastrategien. Wie relevant und umsetzbar ist der Einsatz von Deepfakes für Terrororganisationen?*

**Hans-Jakob Schindler:** Im Moment sind noch keine Fälle bekannt, in denen Terrororganisationen Deepfakes produziert haben. Dies heißt jedoch nicht, dass die effektive Propagandamachinerie von Organisationen wie dem Islamischen Staat (IS) in Zukunft keine solche Technologie einsetzen wird, um ihre Manipulationen von Individuen bei der Radikalisierung und Rekrutierung zu unterstützen.

Konkret kann das Phänomen von Deepfakes bei der juristischen Aufarbeitung von IS-Rückkehrern aus dem Irak und Syrien eine Rolle spielen. Bei einigen Gerichtsverfahren in Europa werden aktuell schwere IS-Verbrechen aufgearbeitet.<sup>10</sup> Dabei werden auch Bild- und Videoaufnahmen als Beweismittel eingesetzt. Die Authentizität dieser IS-Aufnahmen steht zwar außer Frage, bei weniger schweren Fällen könnte jedoch die *liar's dividend* die Beweisführung wesentlich komplizieren. Wenn angeklagte IS-Mitglieder nun unter Umständen glaubhaft behaupten können, dass Film-, Ton- und Bildaufnahmen, auf denen sie bei der Verübung von Verbrechen zu sehen und hören sind, elektronisch manipuliert wurden, wird dies die Anklage vor neue technische Herausforderungen stellen.

*Ai: Mit ein wenig Zeit ist es doch oft möglich, die Manipulation eines Bildes oder Videos nachzuweisen. Sollte eine Gegendarstellung und Aufklärung der Fehlinformationen nicht ausreichend sein, um die Wirkung von Deepfakes zu bekämpfen?*

**Hans-Jakob Schindler:** Das zweifelsfreie elektronische Erkennen von Deepfake-Videos ist mittler-

weile möglich, jedoch nur unter erheblichem technischem Aufwand. An der Universität Berkeley wird zurzeit an der Weiterentwicklung solcher Methoden gearbeitet.<sup>11</sup> Im Grundsatz beruhen diese Erkennungsmethoden auf der Erstellung von typischen Bewegungsmustern von Personen. Jede Person hat eine Reihe von individuellen Kopf-, Mund- und Muskelbewegungen, welche mit den gesprochenen Worten übereinstimmen und ein Sprach- und Bewegungsmuster ergeben, das einmalig für dieses Individuum ist. Aus der Kombination dieser verschiedenen Faktoren kann ein relativ genaues Muster berechnet werden. Dieses Sprach- und Bewegungsmuster wird dann mit den auf dem Video erkennbaren Mustern verglichen. Da sich bei Manipulationen diese Muster notwendigerweise ändern, kann somit mit hoher mathematischer Wahrscheinlichkeit die Manipulation nachgewiesen werden.

Diese Methode funktioniert jedoch nur, wenn für die in dem verdächtigen Video gezeigte Person ausreichend verlässliche Originalaufnahmen bestehen, aus denen diese Muster errechnet werden können. Daher ist sie aktuell nur für Personen des öffentlichen Lebens anwendbar. Da jedoch für die Produktion von qualitativ hochwertigen Deepfake-Videos ebenfalls eine große Anzahl solcher Originalaufnahmen notwendig ist, stellt diese Methode eine effektive Nachweistechnologie dar.

Solche forensischen Methoden sind insbesondere im juristischen Bereich einsetzbar. Dort besteht im Rahmen der Beweisaufnahme ausreichend Zeit, um den forensischen Nachweis effektiv zu erbringen. Für die effektive Bekämpfung von Deepfake-Videos, die für politische Manipulationen eingesetzt werden, sind solche Methoden ebenfalls hilfreich, jedoch nicht ausreichend. Sozialwissenschaftliche Forschungen haben gezeigt, dass das Aufdecken von Fake News nicht ausreichend ist, um ihre Wirkung erheblich zu mindern.<sup>12</sup> Die Richtigstellung falscher Informationen kommt bei den Konsumenten der Fake News nicht so wirksam an wie die ursprüngliche Falschmeldung. Der gleiche Effekt kann für Deepfake-Videos angenommen werden. Daher kann der forensische Nachweis solcher Manipulationen nur ein Teil eines größeren Maßnahmenkataloges sein.

*Ai: Wie sonst kann die Bedrohung durch Deepfakes effektiv bekämpft werden?*

**Hans-Jakob Schindler:** Die effektive Bekämpfung politischer Manipulation durch Deepfake-Videos

muss breit aufgestellt werden. Zunächst ist es wichtig, das gesellschaftliche und politische Bewusstsein darüber zu schaffen, welche Möglichkeiten und Gefahren sich durch diese Technologie ergeben. Es muss deutlich werden, dass nicht jedes Video, das in den sozialen Medien verbreitet wird, glaubhaft ist. Weiterhin sind hier Fragen des Systemvertrauens wichtig. Sinkt das Vertrauen in die Effektivität und Glaubwürdigkeit des politischen Systems, werden Manipulationsversuche einfacher und wird der Schaden durch den Einsatz von manipulativen Deepfake-Videos größer.



Zusätzlich zur Bewusstseinsweiterung bestehen technische Möglichkeiten, den Effekt von Deepfake-Videos einzuschränken. Wenn sich die Industrie darauf einigen könnte, dass bei der elektronischen Aufnahme von originalen Videos automatisch eine elektronische Signatur im Datensatz der Aufnahme verankert wird, könnten somit Originalvideos zertifiziert werden. Diese Technologie, die sogenannten *Hashes*, existiert schon recht lange und wird erfolgreich zum Beispiel bei der Datenübertragung eingesetzt.<sup>13</sup> Bei jeglicher Veränderung der Ursprungsdatei verändert sich der Hash ebenfalls, was ein erster Hinweis auf eine mögliche Manipulation sein könnte.

Schließlich wird es auch notwendig sein, die Verbreitungsmechanismen von Deepfake-Videos näher zu betrachten. Hiermit sind vor allem die großen Plattformen und Konzerne der sozialen Medien angesprochen. Die Kontrolle über globale Verbreitungsmechanismen mit Hunderten Millionen Nutzern, im Falle von Facebook sogar Milliarden, kann nicht mit einer völligen Verweigerung der Corporate Social Responsibility verbunden werden. Die Sprengkraft gezielter politischer Manipulationen wird entscheidend durch den Verbreitungsgrad erhöht. Das Counter Extremism Project argumentiert hier schon seit einigen Jahren, dass es unumgänglich ist, regulatorische und gesetzgeberische Maßnahmen zu ergreifen. Mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) hat die Bundesrepublik einen richtungsweisenden ersten Schritt unternommen, die Plattformbetreiber stärker in die Pflicht zu nehmen.<sup>14</sup> Deepfake-Videos, welche zu kriminellen oder politisch manipulativen Zwecken eingesetzt werden, können als Eingriff in das Recht auf das eigene Bild definiert werden. Sie stellen daher illegale Inhalte im Sinne des Paragraphen 1 Absatz 3 des NetzDG dar und sind potenziell schon jetzt durch das Gesetz abgedeckt.<sup>15</sup> Das Counter Extremism Project wird die Nachbesserung des Gesetzes, die im Jahr 2020 erfolgen soll, aktiv durch sein neues Büro in Berlin unterstützen und begleiten.

*Ai: Wir bei der KAS beschäftigen uns ja sehr facettenreich mit dem Thema Deepfakes – beispielsweise in unserem Format Analysen & Argumente, in dem der Wirtschaftsjournalist Norbert Lossau den Handlungsbedarf und mögliche Lösungsansätze zum Umgang mit Deepfakes diskutiert. Spezifisch zum Sicherheitsaspekt von Deepfakes veröffentlichen wir Mitte des Jahres auch gemeinsam mit dem CEP eine Studie. In diesem Rahmen möchte ich Sie nach einem Ausblick auf die Situation in Deutschland fragen: Glauben Sie, dass die kommende Bundestagswahl Ziel für einen Angriff durch Deepfakes werden kann?*

**Hans-Jakob Schindler:** Es steht außer Zweifel, dass in den letzten Jahren von externen Akteuren ver-

sucht wurde, den politischen Prozess innerhalb Deutschlands zu beeinflussen.<sup>16</sup> Aktuell gibt es Hinweise, dass auch bei den Wahlen zum britischen Unterhaus Deepfake-Videos zur politischen Desinformation eingesetzt wurden.<sup>17</sup> Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass solche Akteure nicht weiterhin versuchen werden, alle ihnen zur Verfügung stehenden technischen Mittel zu nutzen, um ihre Ziele zu erreichen. Deepfakes sind eine potenziell extrem wirksame neue technische Waffe in diesem Zusammenhang. Daher wird es wichtig sein, dass durch öffentliche Aufklärung sowie technische und legislative Maßnahmen der politische Prozess in Deutschland seine Abwehrfähigkeit erhöht. Manipulation wird in jedem System in einem gewissen Umfang möglich sein.

Die Frage ist jedoch, ob die Wirksamkeit solcher Versuche und damit der Schaden am politischen und gesellschaftlichen Diskurs eingedämmt werden kann.

In Bezug auf Deepfakes besteht hier noch ausreichend Zeit, den manipulativen Möglichkeiten dieser technologischen Entwicklung entgegenzutreten. Die gesellschaftliche Debatte hierzu sollte jedoch jetzt beginnen, da es hierbei, wie oben dargestellt, um ein Paket von Maßnahmen gehen wird. Entscheidungen, wie und in welchem Umfang neue Strukturen geschaffen, technische Innovationen umgesetzt oder regulatorische Eingriffe notwendig sind, werden mit Sicherheit mehr Zeit in Anspruch nehmen als die weitere technische Ausreifung der Deepfake-Technologie. CEP und die Konrad-Adenauer-Stiftung werden Mitte 2020 die Ergebnisse ihrer gemeinsamen Studie der Öffentlichkeit vorstellen. Diese wird auch erste konkrete Handlungsempfehlungen an die politischen Entscheider in Berlin enthalten.

*Das Gespräch führte Nauel Semaan,  
Referentin für Terrorismusbekämpfung  
der Konrad-Adenauer-Stiftung.*

- 1 Osteried, Peter 2019: Wie Hollywood die Totenruhe stört, *golem.de*, 13.11.2019, in: <https://glm.io/144938?t> [10.02.2020].
- 2 Goss, Tricia 2019: How to Do a Face Swap, *lifewire*, 11.11.2019, in: <https://bit.ly/38ga0x3> [10.02.2020].
- 3 Counter Extremism Project, in: <https://counterextremism.com> [12.02.2020].
- 4 Stupp, Catherine 2019: Fraudsters Used AI to Mimic CEO's Voice in Unusual Cybercrime Case, *The Wall Street Journal*, 30.08.2019, in: <https://on.wsj.com/31LyThL> [10.02.2020].
- 5 Als „non-consensual pornography“ wird die Verbreitung von privaten Bild- und Filmaufnahmen gegen den Willen des Betroffenen bezeichnet. Siehe: Scott, Alexandra 2017: What is Nonconsensual Pornography?, *National Council of Juvenile and Family Court Judges*, 12.02.2017, in: <https://bit.ly/2tUh43A> [10.02.2020].
- 6 Satter, Raphael 2019: Experts: Spy used AI-generated face to connect with targets, *AP News*, 13.06.2019, in: <https://bit.ly/37fnaJm> [10.02.2020]; Swinhoe, Dan 2019: What is spear fishing? Why targeted email attacks are so difficult to stop, *CSO*, 21.01.2019, in: <https://bit.ly/31UfaMY> [10.02.2020].
- 7 Winkler, Peter 2019: Ein Video zeigt eine betrunkenene Nancy Pelosi – und führt uns vor Augen, was mit Deepfakes heute alles möglich ist, *Neue Zürcher Zeitung*, 25.05.2019, in: <https://nzz.ch/ld.1484614> [10.02.2020].
- 8 Harwell, Drew 2019: Top AI researchers race to detect ‚deepfake‘ videos: ‚We are outgunned‘, *The Washington Post*, 12.06.2019, in: <https://wapo.st/2UKvb6A> [10.02.2020].
- 9 Rodriguez, Salvador 2019: Watch video of AOC grilling Zuckerberg on Facebook allowing lies in political ads, *CNBC*, 24.10.2019, in: <https://cnb.cx/2OLgM64> [10.02.2020].
- 10 United Nations Meetings Coverage and Press Releases 2019: Victims' Testimony Steering United Nations Team Investigating ISIL / Da'esh Atrocity Crimes in Iraq, Special Adviser Tells Security Council, 26.11.2019, in: <https://bit.ly/31UfGdS> [10.02.2020].
- 11 Manke, Kara 2019: Researchers From the I School and Engineering Use Facial Quirks to Unmask ‚Deepfakes‘, *Berkeley School of Information*, 18.06.2019, in: <https://bit.ly/38gRggS> [11.02.2020].
- 12 Chan, Man-pui Sally / Jones, Christopher R. / Jamieson, Kathleen Hall / Albarracin, Dolores 2017: Debunking, A Meta-Analysis of the Psychological Efficacy of Messages Countering Misinformation, in: *Psychological Science* 28:11, S.1531–1546.
- 13 Schmitz, Peter 2017: Was ist ein Hash?, *Security Insider*, 23.08.2017, in: <https://bit.ly/2HhVdGc> [10.02.2020].
- 14 Echikson, William / Knodt, Olivia 2018: Germany's NetzDG: A key test for combatting online hate, *Counter Extremism Report 2018/09*, *Centre for European Policy Studies (CEPS)*, 11/2018, in: <https://bit.ly/2tUh8Ak> [10.02.2020].
- 15 Hier wäre besonders § 1 Abs. 3 NetzDG in Verbindung mit § 201a StGB anzuführen, siehe: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz 2017: Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz – NetzDG), 01.09.2019, in: <https://bit.ly/2SDlMej> [10.02.2020].
- 16 Pörzgen, Gemma 2017: Informationskrieg in Deutschland? Zur Gefahr russischer Desinformation im Bundestagswahljahr, *Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)*, *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 19.05.2017, in: <https://bpb.de/248506> [10.02.2020].
- 17 The Soufan Center 2019: IntelBrief: The Use of Disinformation in the British Election, 13.12.2019, in: <https://bit.ly/2UJTckt> [10.02.2020].



[Weitere Themen](#)

# Zwischen Jurten und Wolkenkratzern

In der Mongolei ringt die Jugend mit einer korrupten Elite

Johann C. Fuhrmann

In der Mongolei streitet die junge Generation um politische Mitsprache. Im Internet protestieren Netzaktivisten gegen Korruption in Politik und Wirtschaft. In Ulan Bator kämpfen junge Frauen gegen sexuelle Gewalt und für ein Mehr an politischer Teilhabe. Derweil sind die traditionellen Lebensformen auf dem Rückzug. Spalten tiefgreifende soziale Veränderungen und eine verkrustete politische Elite die mongolische Gesellschaft?

---

### Lokalisierung einer globalen Debatte?

„Now it's war“ – jetzt ist Krieg. Mit dieser Kampfansage berichtete kürzlich die New York Times über den Unmut der jungen Generation gegenüber den sogenannten Babyboomern, also den ungefähr zwischen 1945 und 1965 Geborenen.<sup>1</sup> Unter dem Hashtag *Ok, Boomer* machen junge Menschen im Internet die Ansichten der Älteren lächerlich. *Ok, Boomer* ist ein digitales Abwinken, eine moderne Spielart der Aussage „schon klar, Opa“, die um die Welt geht. Und nicht zuletzt durch die Proteste von Fridays for Future und das Rezo-Video wurde auch in Deutschland deutlich, dass insbesondere beim Thema Klima eine Verständigungslücke zwischen Jung und Alt klafft. Ob Greta Thunberg, Klimaproteste oder *Ok, Boomer* – auch in der Mongolei wird über diese Themen berichtet. Unlängst stellte dort die Journalistin Manjaagiin Ichinnorov die Frage, ob in dem asiatischen Binnenstaat ebenfalls ein Generationenkonflikt drohe.<sup>2</sup> Doch aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslagen und Zielsetzungen scheint ein solcher Vergleich kaum möglich: Während der Klimaschutz in der europäischen Debatte im Vordergrund steht, streiten die jungen Menschen in der Mongolei vor allem für die Einhaltung demokratischer Grundrechte und die Möglichkeit verstärkter gesellschaftlicher und politischer Partizipation. Dabei steht den jungen Mongolen eine in großen Teilen korrupte politische Elite gegenüber, die keinerlei Bereitschaft zeigt, auf deren Forderungen einzugehen. Mehr noch, ein geplantes NGO-Gesetz stellt die Zukunft der Zivilgesellschaft grundsätzlich in Frage. Politikverdrossenheit und eine wachsende Skepsis

gegenüber den politischen Entscheidungsträgern sind die unmittelbaren Folgen. Zugleich führt eine rasant voranschreitende Urbanisierung zu gravierenden gesellschaftlichen Umwälzungen.

### Resignation und Protest

„Einbeziehung der Jugend in die Entwicklung der Mongolei“ lautete im Jahr 2016 die Überschrift des nationalen „Human Development Report“ des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen.<sup>3</sup> Die lesenswerte Studie gewährt Einblicke in das Politikverständnis der jungen Generation. Junge Menschen, die von der Organisation als Altersgruppe zwischen 15 und 24 Jahren definiert werden, stellen mit über 30 Prozent den größten Bevölkerungsanteil in der Mongolei. Nach der friedlichen Revolution von 1990 und dem Untergang der sozialistischen Diktatur sind sie erstmals in einer Demokratie herangewachsen. Diese ist jedoch von häufigen Regierungswechseln und grassierender Korruption gekennzeichnet. In den vergangenen 30 Jahren waren 16 Regierungen an der Macht. Ihre Sozialisation hat auch das politische Bewusstsein der jungen Generation geprägt: Der Studie zufolge halten mehr als 60 Prozent der Jugendlichen in der Mongolei Politik für schmutzig und glauben, dass Ungerechtigkeit gute Menschen aus der Politik vertreibt.<sup>4</sup> Nur noch wenige von ihnen sind bereit, sich in den Parteien zu engagieren oder Kontakt zu ihren Abgeordneten zu suchen. Doch, dass der Eindruck einer unpolitischen Generation trägt, wurde nicht zuletzt vor etwa einem Jahr deutlich, als Zehntausende unter dem Hashtag Ждү (deutsch: KMU, kleine und mittlere

Unternehmen) auf Twitter und Facebook gegen einen Korruptionsskandal der Regierungspartei protestierten. So war Ende 2018 bekannt geworden, dass sich zahlreiche Politiker der regierenden Mongolischen Volkspartei (MVP), darunter zwei Minister und 14 Abgeordnete, an einem Staatsfonds bereichert hätten, welcher der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen gewidmet war.<sup>5</sup> Laut dem Mongolei-Experten Julian Dierkes gehörte ЖДУ in den folgenden Wochen zu den „aktivsten und verbindendsten Hashtags, die wir in den mongolischen sozialen Medien gesehen haben“.<sup>6</sup> Doch auf den massiven Protest der jungen Netzaktivisten folgte lediglich die Absetzung des Parlamentssprechers Mijee-gombyn Enkbold sowie die Entlassung des für die Kreditvergabe verantwortlichen Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Leichtindustrie, Batjargal Batzorig, der unter anderem seine Frau mit einem Kredit des Fonds bedacht hatte. Die 14 Abgeordneten, die sich bereichert hatten, wurden strafrechtlich nicht belangt und verblieben in ihren Ämtern. Eine anschließende Parlamentsabstimmung entschied für den Verbleib der Regierung und spaltete zudem die oppositionelle Demokratische Partei (DP). Drei Mitglieder der DP hatten für die MVP-Regierung gestimmt; zwei von ihnen gründeten wenige Monate später eine neue Partei. Die Medienberichte über Korruption in den Reihen der Regierungspartei reißen derweil nicht ab. Anfang November 2019 wurden zwei MVP-Politiker zu je vier Jahren Haft verurteilt, da sie in den Verkauf von Regierungsämtern involviert sein sollen.<sup>7</sup>

Eine schwindende Akzeptanz der politischen Institutionen und die mangelnde Einbindung der jungen Generation wurden bereits vor vier Jahren in dem Bericht der Vereinten Nationen bemängelt. Das Ergebnis der Studie: Junge Menschen sind im Parlament nicht ausreichend repräsentiert und ihre Vorstellungen werden von den Politikern kaum ernst genommen.<sup>8</sup> In diesem Zusammenhang stellt die Parteienfinanzierung ein gravierendes, in dem Bericht nicht berücksichtigtes Problem dar. Diese ist nicht nur intransparent, sondern erfordert von potenziellen Abgeordneten und insbesondere von Neueinsteigern in die Politik einen immensen

finanziellen Eigenaufwand. Teure Wahlkampfveranstaltungen aus eigenen Mitteln oder durch Sponsoring zu finanzieren, können sich nur wenige junge Menschen leisten. Hohe Mitgliedsbeiträge in den Parteien benachteiligen junge Frauen, die im Schnitt 1,4-mal weniger verdienen als Männer.<sup>9</sup> Insbesondere in der ländlichen Mongolei können sich Frauen eine Parteimitgliedschaft oftmals nicht leisten. Dies spiegelt sich auch in der Zusammensetzung des Parlaments wider. Nur 13 der 76 Abgeordneten sind Frauen. Der jüngste Abgeordnete, Nyam-Osoryn Uchral, ist 34 Jahre alt, gefolgt von fünf Parlamentariern im Alter von 39 Jahren.

Sowohl die MVP als auch die DP verfügen über Jugendorganisationen, die in sämtlichen Provinzen des Landes vertreten sind. Als ein Hoffnungsschimmer galt, dass die Junge DP maßgeblich an der Verfassung des neuen Grundsatzprogramms der Mutterpartei beteiligt wurde. Sukhbaatar Erdenebold, der Vorsitzende der Jugendorganisation, wurde mit dem Prozess beauftragt, in dessen Verlauf der Programmentwurf auf 21 Regionalkonferenzen diskutiert und schließlich ohne Gegenstimmen am 5. Dezember 2018 auf dem IX. Parteitag der DP verabschiedet wurde. Gerade mit Blick auf die im Allgemeinen mangelnde Einbindung der jungen Generation in die politischen Entscheidungsprozesse erschien dieser Schritt wegweisend. Er weckte zugleich Hoffnungen auf eine Verjüngung des Parlaments nach den Wahlen im Juni 2020. Für Aufsehen und Ernüchterung sorgte deshalb, dass die DP zuletzt ankündigte, dass Bewerber für die kommenden Parlamentswahlen zunächst hundert Millionen Tugrik, umgerechnet über 30.000 Euro, an die Parteikasse zu zahlen hätten.<sup>10</sup> Hierdurch steht zu befürchten, dass talentierte Nachwuchspolitiker aufgrund finanzieller Hürden nicht werden antreten können.

Gegen die Regierung: Durch Politikversagen und →  
Korruption schwindet bei der jungen Generation der  
Rückhalt für die demokratischen Institutionen des Landes.  
Quelle: © Rentsendorj Bazarsukh, Reuters.



Aufgrund des Politikversagens und der anhaltenden Korruption schwindet bei der jungen Generation zunehmend der Rückhalt für die demokratischen Institutionen des Landes. Eine vergleichende Umfrage in zwölf asiatischen Ländern kam zu dem Ergebnis, dass die Arbeit des Parlaments von den Jugendlichen in keinem anderen Land so negativ bewertet wird wie in der Mongolei. Nur zehn Prozent von ihnen sind der Auffassung, dass das Parlament die Interessen des Volkes berücksichtigt.<sup>11</sup> Von der Politik enttäuscht, engagieren sich dennoch viele junge Menschen in zivilgesellschaftlichen Organisationen, um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen.

### **Junge Frauen im Kampf für Gleichberechtigung**

Ende November 2019 war der öffentliche Druck letztendlich doch zu groß geworden: Dorj Odbayar, der Präsident des mongolischen Verfassungsgerichts, wurde von seinem Posten entfernt. Dem 52-Jährigen wird vorgeworfen, auf einem Flug von Ulan Bator nach Incheon eine südkoreanische Flugbegleiterin sexuell belästigt zu haben.<sup>12</sup> Er soll während des Vorfalls, der sich im vergangenen Oktober ereignete, betrunken gewesen sein. Zunächst gab es Rückendeckung von der Regierung. So hatte der Parlamentssprecher verkünden lassen, dass die südkoreanische Polizei den Sitzplatz verwechselt und deshalb die falsche Person verhaftet habe. Die Pressestelle des Verfassungsgerichtes ließ erklären, dass der Richter lediglich einen mitreisenden Mongolen verteidigt habe, der zu Unrecht eines sexuellen Übergriffs beschuldigt worden sei.<sup>13</sup> Doch beide Versionen der Ereignisse ließen sich nicht lange aufrechterhalten. Nach Bekanntwerden des Falls brachen die Proteste in den sozialen Netzwerken über Wochen nicht ab. In einer Online-Petition fordern tausende Unterzeichner bis heute eine offizielle Entschuldigung des ehemaligen Gerichtspräsidenten. Die Heftigkeit, mit der dieser Vorfall in den mongolischen Medien diskutiert wurde, ist auch darauf zurückzuführen, dass sexuelle Gewalt gegen Frauen weit verbreitet ist. So zeigt eine Studie des United Nations Population Fund, dass in der Mongolei mehr als jede zweite Frau in einer Beziehung eine oder

mehrere Formen von Gewalt am eigenen Körper erlebt – physisch, sexuell oder psychisch.<sup>14</sup> Erst seit drei Jahren ist häusliche Gewalt eine offizielle Straftat. Dass die Mongolei ein stark patriarchalisch geprägtes Land ist, lässt sich auch an der Besetzung der Spitzenposten in der Politik ablesen. Sämtliche Gouverneure der 21 Provinzen des Landes sind Männer. Ähnlich sieht es in den Führungspositionen der Wirtschaft aus. Nur 15 Prozent dieser Posten sind von Frauen besetzt – und dies, obwohl unterschiedlichen Statistiken zufolge zwischen 60 und 80 Prozent der Universitätsabsolventen weiblich sind.<sup>15</sup> Schon vor Jahren forderte das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen deshalb eine Kehrtwende in der Arbeitsmarktpolitik, bislang ohne Erfolg.

### **Im Jahr 2015 war ein Gesetz gegen sexuelle Belästigung erlassen worden, doch dieses wurde zwei Jahre später wieder zurückgenommen.**

In der mongolischen Hauptstadt Ulan Bator sind junge Frauen nicht länger bereit, sexuelle Übergriffe und die gesellschaftliche Ungleichbehandlung von Frauen zu akzeptieren. Vier Verbündete gründeten dort die Frauenrechtsorganisation *Young Women for Change*. Ihren Unmut bringen die Frauen nicht nur in Form von Demonstrationen auf die Straße. Mit Schulungen und Seminaren ist die NGO darum bemüht, auf die Problematik aufmerksam zu machen, um ein gesellschaftliches Umdenken zu erzeugen. Mit Comics und Videos beziehen die Aktivistinnen dabei bewusst auch die heranwachsende männliche Bevölkerung in den Dialog mit ein. Von den handelnden Politikern zeigen sich die Frauen enttäuscht. So war zwar im Jahr 2015 ein Gesetz gegen sexuelle Belästigung erlassen worden, doch dieses wurde zwei Jahre später wieder zurückgenommen. „Der Grund, warum das Parlament es aus dem Strafrecht gestrichen hat, ist, dass die Maßnahmen im selben Stil ergriffen wurden wie sexuelle Gewalt, und es war unfair für Männer“,



lautete die skurrile Begründung einer der wenigen weiblichen Parlamentsabgeordneten Oyunkhorol Dulamsuren von der MVP.<sup>16</sup> Etwa ein Jahr später, im Juni 2018, musste ihr Amts- und Parteikollege Gantulga nach Vergewaltigungsvorwürfen seinen Parlamentssitz aufgeben.

Die *Young Women for Change* geben nicht auf. Mehrere Gründungsmitglieder engagieren sich seit Jahren in der Politik und wollen nun bei den kommenden Parlamentswahlen im Juni dieses Jahres selbst kandidieren, um die ersehnte Kehrtwende in der Frauenpolitik zu vollziehen. Auch in den digitalen Medien des Landes kämpfen die Frauen für eine gleichberechtigte Gesellschaft. Mehr als 67.000 Unterstützer haben sie dort allein bei Facebook bereits gefunden.<sup>17</sup>

## Der Rat zur Entwicklung der Zivilgesellschaft soll NGOs überwachen und auf ihren „öffentlichen Nutzen“ prüfen.

### Drohende Verstaatlichung der Zivilgesellschaft

Jüngste Pläne des mongolischen Justizministeriums lassen befürchten, dass die junge Generation auch in ihrem sozialen und gesellschaftlichen Engagement Repressionen erfahren könnte. Am 16. Oktober 2019 wurde auf der Internetseite des Justizministeriums der Entwurf eines geplanten NGO-Gesetzes veröffentlicht, das darauf zielt, den Einfluss des Staates auf die Zivilgesellschaft massiv zu erhöhen.<sup>18</sup> In der Mongolei sind derzeit rund 21.000 NGOs registriert. Zum Vergleich: Vor 20 Jahren waren es lediglich rund 1.000 Organisationen. Der Gesetzesentwurf über „nicht-profitorientierte juristische Personen“ sieht unter anderem die Schaffung eines Rates zur Entwicklung der Zivilgesellschaft vor, der mit umfangreichen Kompetenzen und Eingriffsrechten ausgestattet werden soll. So soll der Rat dazu ermächtigt werden, die Aktivitäten und Finanzen der NGOs zu überwachen und auf ihren „öffentlichen Nutzen“ hin zu

überprüfen.<sup>19</sup> Was genau mit dem „öffentlichen Nutzen“ gemeint ist und welche Konsequenzen zu befürchten sind, sollte dieser aberkannt werden, bleibt dabei unklar.

Fest steht, dass der geplante Rat unter der Kontrolle der Regierung stehen soll. Laut des Gesetzesentwurfs werden die Richtlinien des neuen Gremiums von der Regierungskanzlei bestimmt und die neun Mitglieder nach einer nicht näher definierten Eignungsprüfung vom Premierminister ernannt bzw. bestätigt.<sup>20</sup> Obwohl die öffentliche Finanzierung derzeit weniger als zwei Prozent der Einnahmen der mongolischen NGOs ausmacht, zielt der Gesetzesentwurf auch in diesem Bereich auf zusätzliche Kontrolle.<sup>21</sup> So ist vorgesehen, dass die Regierung künftig alle zwei Jahre eine Prioritätenliste dazu erstellt, welche Themen- und Projektbereiche sie als förderungswürdig erachtet. Dabei schreibt der Entwurf bereits vor, in welchen Tätigkeitsfeldern sich NGOs engagieren dürfen – und wo nicht. So sollen etwa gemeinsame Maßnahmen mit politischen Parteien ebenso verboten werden wie die Förderung religiöser Aktivitäten oder Projekte.<sup>22</sup> Darüber hinaus sollen NGOs aufgelöst werden, sollte festgestellt werden, dass sich das „wesentliche Ziel“ einer Organisation geändert hat.

Es ist gerade die Vielzahl unbestimmter und vager Begriffe, die bei der Auslegung großen Spielraum für Interpretationen lässt. Dies macht den Gesetzesentwurf in den Augen der Kritiker besonders bedrohlich. So verbietet etwa Artikel 14.2 Aktivitäten, die sich gegen die „nationale Einheit“ richten, sowie solche, die „Extremismus fördern“. Ob etwa bereits Kritik an der Regierung oder die Einforderung von Minderheitenrechten als Extremismus gewertet werden kann, bleibt unklar. So berichtet die Journalistin Aubrey Menardt in einem Artikel für die *Washington Post*, dass in Russland eine wortgleiche Formulierung genutzt wurde, um NGOs, die sich für die Rechte sexueller Minderheiten einsetzen, zu verbieten.<sup>23</sup> Dieses Beispiel unterstreicht, dass sich der Gesetzesentwurf nicht an westlichen Vorbildern orientiert und der Regierung umfangreiche Eingriffsrechte in die Zivilgesellschaft zugesteht. Dies wird auch bei den vorgesehenen

Berichtspflichten zur Finanzierung deutlich: So sollen die NGOs künftig nicht nur an die entsprechenden Finanzbehörden berichten, sondern dazu verpflichtet werden, sämtliche Einnahmen, Ausgaben und Aktivitäten öffentlich zu machen. Dabei liegt die Vermutung nahe, dass der Staat hierdurch nicht nur finanzielle Transparenz schaffen möchte, sondern auch NGOs diskreditieren will, die Finanzmittel aus dem Ausland erhalten. Fast 68 Prozent der Finanzierung mongolischer NGOs stammt derzeit von ausländischen Geldgebern.<sup>24</sup>

Der Journalist Jargal DeFacto gehört zu den prominenten Gegnern des Gesetzes. Eindringlich warnt er seit Monaten vor den möglichen Auswirkungen. Konkret befürchtet er, dass NGOs keine Kontrollfunktion gegenüber der Regierung mehr wahrnehmen können und es schwerer werden wird, der Zivilgesellschaft gegenüber der Regierung Gehör zu verschaffen. Ein Grund hierfür ist das vage formulierte Verbot politischer Aktivitäten. Gravierender ist aber, dass das Gesetz zu einer Selbstzensur führen könnte, da die NGOs um die unklaren gesetzlichen Bestimmungen und den massiven staatlichen Einfluss wissen.

### **Die hohe Zahl der registrierten NGOs legt die Vermutung nahe, dass einige von ihnen für Steuerhinterziehung oder Geldwäsche genutzt werden.**

Zu den Befürwortern des Gesetzes zählt der Parlamentssprecher Gombojavyn Zandanshatar, der eine Stellungnahme auf Facebook veröffentlichte. Hierin beteuert er, dass man „auf keinen Fall Rückschritte“ in Bezug auf die zivilgesellschaftliche Entwicklung machen wolle.<sup>25</sup> Er verweist aber auf die Notwendigkeit einer stärkeren Überprüfung der Finanzflüsse von NGOs. Dies habe nicht nur der Internationale Währungsfonds vorgeschrieben. Gleiches sei auch von der Financial Action Task Force on Money Laundering, der Arbeitsgruppe für finanzielle Maßnahmen gegen

Geldwäsche, verlangt worden.<sup>26</sup> Die Tatsache, dass die Organisation die Mongolei jüngst auf ihre „Graue Liste“ gesetzt hat, beschäftigt Politik und Öffentlichkeit seit Monaten. Und gerade hierin liegt eine Gefahr. So verdeutlichen Gespräche mit Experten vor Ort, dass das Gesetz durchaus populär ist. Der Wunsch der Öffentlichkeit, die Korruption im Land zurückzudrängen, ist stark. Die hohe Zahl der registrierten NGOs legt die Vermutung nahe, dass einige von ihnen für Steuerhinterziehung oder sogar Geldwäsche genutzt werden. Beobachter sind sich weitestgehend einig, dass ein transparentes NGO-Gesetz von Nöten ist. Der jetzige Entwurf geht jedoch weit über das Notwendige hinaus und bedroht das





Die Jugend nimmt Reißaus? Von der enormen Binnenmigration sind insbesondere junge Mongolen betroffen.  
Quelle: © Mareike Guensche, Reuters.

Fortbestehen der florierenden NGO-Landschaft, die in den letzten Jahrzehnten entstanden ist. Nach eigenen Angaben sind über 44 Prozent der jungen Männer und mehr als 55 Prozent der jungen Frauen aktiv in die Arbeit von Jugendorganisationen involviert.<sup>27</sup> In den sozialen Medien warnen sie unter anderem mit Videos vor den möglichen Auswirkungen des Gesetzes.<sup>28</sup> Ob das Gesetz noch aufzuhalten ist, bleibt abzuwarten.

### **Urbanisierung und Niedergang der Nomadenkultur**

Die Urbanisierung schreitet in der Mongolei rasch und massiv voran. 1956 lebten noch 75 Prozent

der Bevölkerung auf dem Land. Mit Einsetzen der Industrialisierung zwischen den sechziger und achtziger Jahren begann eine Landflucht, die ungeahnte Ausmaße angenommen hat. Viele Nomaden gaben die Viehzucht auf und zogen in die großen Städte. Heute ist fast die Hälfte der 3,2 Millionen Bürger in der Hauptstadt Ulan Bator ansässig. Nur noch rund 300.000 Mongolen leben nomadisch.<sup>29</sup> Von der Binnenmigration sind insbesondere junge Mongolen betroffen: Etwa 60 Prozent der Migranten, die zwischen 2000 und 2010 nach Ulan Bator zogen, waren zwischen 15 und 34 Jahre alt.<sup>30</sup> In der Mongolei leben etwa 30 Prozent der Bevölkerung in Armut. Laut einer Studie zur internen Migration

aus dem Jahr 2018 sind wirtschaftliche Überlegungen, familiäre Gründe sowie der Wunsch nach besseren Lebensbedingungen die wesentlichen Migrationsfaktoren.<sup>31</sup> Zuverlässige Zahlen zur Jugendarbeitslosigkeit in der Mongolei existieren nicht. Offiziell gelten rund 18 Prozent der jungen Menschen im Alter zwischen 20 und 24 Jahren als arbeitslos, was mehr als doppelt so hoch ist wie der nationale Durchschnitt.<sup>32</sup> Die Dunkelziffer dürfte aber deutlich größer sein.

Die Urbanisierung verändert das Familienleben gravierend. Auch hier sind junge Familien besonders betroffen. Oft leben ein oder beide Elternteile getrennt von ihren Kindern. Häufig leben Mütter mit ihren Kindern in den Provinzzentren, damit diese die Schule besuchen können. Die Männer arbeiten andernorts in der Landwirtschaft oder im Bergbau. Im November 2019 erregte die Veröffentlichung aktueller Zahlen der nationalen Statistikbehörde große mediale Aufmerksamkeit. Demnach ist die Zahl der Haushalte, die von Frauen geführt werden, rasant gestiegen. Mehr als 72.000 Familien werden von Frauen geführt.<sup>33</sup> „Frühe Eheschließungen, frühe sexuelle Aktivität und Scheidungen aufgrund häuslicher Gewalt“ werden von den Behörden als wesentliche Ursachen genannt.<sup>34</sup> Die Scheidungsrate hat in den letzten Jahren stark zugenommen. 21.000 jährlichen Eheschließungen stehen 4.200 Scheidungen gegenüber. Die Vorsitzende des Ständigen Ausschusses für Sozialpolitik, Bildung, Kultur und Wissenschaft Dalamsuren forderte angesichts dieser Zahlen die Einrichtung eines Ministeriums für Familien, Kinder und Jugend. „Die heutige Jugendpolitik ist unzureichend. Die Regierung muss mehr darauf achten, den Glücksindex zu erhöhen als das Wirtschaftswachstum“, so die Ausschussvorsitzende.<sup>35</sup>

### **Fazit: Zukunft der Demokratie in Gefahr**

Die junge Generation wird von der mongolischen Politik ausgegrenzt. Das hat dramatische Folgen. Der Zuspruch zu den demokratischen Institutionen schwindet rapide. Die Proteste der jungen Menschen angesichts der grassierenden Korruption in Politik und Wirtschaft werden von den Entscheidungsträgern nicht

ausreichend ernst genommen. Junge Frauen werden nur unzureichend vor Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt sowie vor sexuellen Übergriffen geschützt. Zwar sind viele junge Menschen gesellschaftlich engagiert, aber auch hier drohen aufgrund des geplanten NGO-Gesetzes Zensur und Repressalien. Zugleich stellt der Gesetzesentwurf die Zukunft der mongolischen Zivilgesellschaft als Ganzes in Frage. Darüber hinaus sind besonders junge Menschen von den Folgen der Binnenmigration betroffen und die Zahl alleinerziehender Mütter steigt zunehmend.

Viele Indizien sprechen folglich dafür, dass die politische Elite durch ihr Handeln eine Spaltung der Gesellschaft hervorruft und nicht in der Lage ist, der tiefgreifenden sozialen Veränderungen Herr zu werden. Ein politischer Dialog ist von Nöten, welcher den politischen Entscheidungsträgern Zugeständnisse abverlangen wird. Um die Errungenschaften der Demokratisierung nicht zu gefährden, müssen die jungen Menschen aktiv in die politischen Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Die Einführung eines verpflichtenden Staatskunde- oder Politikunterrichts wäre ein erster, wichtiger Schritt. Basiswissen über das demokratische System der Mongolei wird an den Schulen allenfalls unzureichend vermittelt und die meisten Jugendlichen beziehen ihre Informationen über das Fernsehen oder über soziale Medien.<sup>36</sup> Darüber hinaus ist eine staatliche Parteienfinanzierung erforderlich, um die Mitarbeit in den Parteien sowie das passive Wahlrecht unabhängig vom Einkommen zu ermöglichen. Des Weiteren müssen Frauen besser vor Gewalt geschützt und auf dem Arbeitsmarkt gefördert werden. Strengere und zusätzliche Gesetze zum Schutz vor sexueller Gewalt, Aufklärungskampagnen und staatliche Förderprogramme wären erste wichtige Maßnahmen, die in die richtige Richtung weisen. Keine Frage: Die mongolische Demokratie steht vor der großen Herausforderung, die massiven gesellschaftlichen Spannungen zu lösen, die sich zwischen Jurten und Wolkenkratzern ergeben haben.

---

**Johann C. Fuhrmann** ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Mongolei.

- 1 Vgl. Lorenz, Taylor 2019: ‚OK Boomer‘ Marks the End of Friendly Generational Relations, The New York Times, 29.10.2019, in: <https://nyti.ms/2vr2913> [01.01.2020].
- 2 Ichinnorov 2019: GenZ, Millennials, Boomers: Den Generationenkonflikt verstehen, Unread, 21.11.2019, in: <https://bit.ly/37yXcl5> [01.01.2020].
- 3 Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) 2016: Mongolia Human Development Report 2016, in: <https://bit.ly/36zKdOO> [01.01.2020].
- 4 Ebd., S.100.
- 5 Vgl. Fuhrmann, Johann C. 2018: Regierungskrise in der Mongolei, Konrad-Adenauer-Stiftung, Länderberichte, 30.11.2018, in: <https://bit.ly/2O4IZVg> [01.01.2020].
- 6 Vgl. Dierkes, Julian 2018: Politicians in the Wake of the Ждү Scandal, Mongolia Focus, 18.11.2018, in: <https://bit.ly/2RYCPXI> [01.01.2020].
- 7 Vgl. The UB Post 2019: Ts. Sandui and A. Ganbaatar sentenced to 4 years over ‚60 billion MNT‘ case, 04.11.2019, S.1.
- 8 Vgl. UNDP 2016, N.3, S.15.
- 9 Ebd., S.20.
- 10 Vgl. Tugul, A. 2019, „Dass jeder Kandidat 50 bis 100 Millionen Tugrik an die Partei zahlen soll, basiert sich auf einer gut berechneten Grundlage“, icon, 12.11.2019, in: <https://ikon.mn/n/1q0h> [01.01.2020].
- 11 Vgl. UNDP 2016, N.3, S.100.
- 12 Vgl. France24 2019: Mongolian women fight for law against widespread sexual harassment, 25.11.2019, in: <https://bit.ly/2U2Xhtt> [01.01.2020].
- 13 Ebd.
- 14 Siehe hierzu ausführlich: Gemmer, Eva 2018: Gleichberechtigung in der Mongolei. „Einmal zuzuschlagen, ist doch kein Verbrechen“, Spiegel Online, 10.10.2018, in: <https://spiegel.de/a-1229805.html> [01.01.2020].
- 15 Vgl. UNDP 2019: Thinking equal, building smart and innovating for a change in Mongolia, 07.03.2019, in: <https://bit.ly/37zF4Yk> [01.01.2020].
- 16 Vgl. France24 2019, N.12.
- 17 Siehe Facebook: Women for Change NGO, in: <https://fb.com/women4changemongolia> [01.01.2020].
- 18 Vgl. Justizministerium der Mongolei 2019: Gesetzesentwurf über nicht-profitorientierte juristische Personen, in: <https://bit.ly/36yAuZO> [01.01.2020].
- 19 Ebd., Artikel 45.6.
- 20 Ebd., Artikel 48.
- 21 Vgl. DeFacto, Jargal 2019: Grey society, 14.11.2019, in: <https://bit.ly/2Ryz2Sg> [01.01.2020].
- 22 Vgl. Justizministerium der Mongolei 2019, N.18, Artikel 6 (insbesondere 6.2.1 und 6.2.4).
- 23 Vgl. Menarndt, Aubrey 2019: In Mongolia, proposed legislation endangers civil society, The Washington Post, 07.11.2019, in: <https://wapo.st/2RwhMwU> [01.01.2020].
- 24 Vgl. DeFacto, Jargal 2019: Three risks looming over our civil society, 20.07.2019, in: <https://bit.ly/2Rw8xN6> [01.01.2020].
- 25 Vgl. Post auf der Facebook-Seite von Parlamentsprecher Zandanshatar, 16.11.2019, in: <https://fb.com/G.Zandanshatar/posts/1185255534996631> [02.01.2020].
- 26 Ebd.
- 27 Vgl. UNDP 2016, N.3, S.103.
- 28 Gemeinsam warnen NGOs mit Videos vor der Umsetzung des Gesetzes, YouTube, 14.10.2019, in: <https://youtu.be/UpEqKeoz9-4> [01.01.2020].
- 29 Vgl. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) 2018: Deutsch-Mongolische Entwicklungszusammenarbeit, S.14.
- 30 Vgl. UNDP 2016, N.3, S.30.
- 31 Vgl. Internationale Organisation für Migration (IOM) 2018: Mongolia: Internal Migration Study, S.30, in: <https://bit.ly/2uCW6pW> [02.01.2020].
- 32 Vgl. UNDP 2016, N.3, S.77.
- 33 Vgl. The UB Post 2019: Divorce rate high among young families, 22.11.2019.
- 34 Ebd.
- 35 Ebd.
- 36 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.) 2016: Politische Partizipation junger Menschen, Ulan Bator, S.40, in: <https://bit.ly/2Rz54xt> [02.02.2020].

ISSN 0177-7521  
36. Jahrgang  
Ausgabe 1|2020



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Klingelhöferstraße 23  
10785 Berlin  
Telefon (030) 269 96-38 18  
Telefax (030) 269 96-53 383  
[www.auslandsinformationen.de](http://www.auslandsinformationen.de)  
[www.fb.com/internationalreports](https://www.facebook.com/internationalreports)  
[www.twitter.com/auslandsinfo](https://www.twitter.com/auslandsinfo)  
[www.instagram.com/auslandsinfo](https://www.instagram.com/auslandsinfo)  
[auslandsinformationen@kas.de](mailto:auslandsinformationen@kas.de)

Herausgeber:  
Dr. Gerhard Wahlers

Chefredakteur:  
Samuel Krug

Redaktion:  
Thomas Birringer  
Dr. Peter Fischer-Bollin  
Dr. Stefan Friedrich  
Dr. Lars Hänsel  
Dr. Peter Hefe  
Frank Priess  
Sabina Wölkner  
Nils Wörmer  
Dr. Jan Woischnik

Unter Mitwirkung von:  
Valentin Carl, Gregory Meyer, Sarah Müller  
und Leontine Päßler

Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Einzelheftpreis: 10 €. Im Abonnement günstiger. Für Schüler und Studenten wird ein Sonderrabatt gewährt. Für weitere Informationen und Bestellungen wenden Sie sich bitte an: [auslandsinformationen@kas.de](mailto:auslandsinformationen@kas.de)

Bankverbindung:  
Commerzbank Bonn  
IBAN DE43 3804 0007 0103 3331 00  
BIC COBADEFFXXX

Das Copyright für die Beiträge liegt bei den Auslandsinformationen (Ai).

Titelillustration:  
Eine Büste des griechischen Staatsmannes und Lyrikers Solon mit einer darübergelegten Gesichtserkennungsmatrix (Bildmontage).  
Bildfragment Solon: Sailko via Wikimedia ©<sup>1</sup>©<sup>2</sup>.  
Alle weiteren wie jeweils gekennzeichnet.

Lektorat:  
Dr. Benedikt Helfer

Übersetzung:  
Eleonore Topolinski

Gestaltung / Satz:  
racken GmbH, Berlin



